



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS



Die Vorvermarktung in Langerringen und Hiltenfingen für LEW Highspeed wurde erfolgreich abgeschlossen. Das Projekt geht jetzt in die Umsetzung: v.l. Langerringens 2. Bürgermeister Stefan Baur, LEW-Vorstandsmitglied Norbert Schürmann und Hiltenfingens 1. Bürgermeister Robert Irmiler. Bild: LEW

GZ-Interview mit LEW-Vorstand Norbert Schürmann:

Auf dem Weg zur Energie von morgen

Mit ihrem breiten Leistungsspektrum zeigt sich die Lechwerke AG gut für die Zukunft aufgestellt. „Mit LEW haben Bürger und Kommunen einen verlässlichen Partner an der Seite, der Strom, Gas, Wärme und Glasfaser aus einer Hand liefert“, unterstrich LEW-Vorstand Norbert Schürmann im Gespräch mit der Bayerischen GemeindeZeitung.

GZ: Thema Breitbandausbau: Deutschland rangiert hier im internationalen Vergleich nicht auf den vorderen Rängen. Auch im Inland zeigt sich ein starkes Gefälle zwischen Stadt und ländlichen Regionen. Wie beurteilen Sie den Ausbauzustand generell? Welche Maßnahmen von Bund und Land wären dringend notwendig?

Schürmann: Aufgrund des enormen Bedarfs an Datenvolumen, der in Deutschland innerhalb von zehn Jahren um das Zehnfache steigen wird, ist es absolut erforderlich, eine leistungsfähige Dateninfrastruktur aufzubauen. Laut dem Bundesverband Breitbandkommunikation BREKO werden 2025 mehr als 75 Prozent der Haushalte Bandbreiten in einer Größenordnung von mehr als 500 Mbit/s nachfragen. Glasfaser ist dabei die Technologie, die hohe Bandbreiten garantiert. Im städtischen Bereich liegt die Verfüg-

barkeit von 1.000 Mbit/s oder mehr Bandbreite pro Haushalt derzeit bei rund 80 Prozent, im ländlichen Bereich dagegen nur bei unter 20 Prozent.

GZ: Was hat LEW als regionalen Energieversorger bewegt, in den Telekommunikationsmarkt einzusteigen?

(Fortsetzung auf Seite 6)

DStGB-Bilanzpressekonferenz:

Chance für Neustart und Zusammenhalt

„Die Corona-Pandemie hat uns im vergangenen Jahr mit voller Wucht auf allen Ebenen getroffen“, betonten Bürgermeister Ralph Spiegler, Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, und Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg anlässlich der Bilanz-Pressekonferenz des kommunalen Spitzenverbandes in Berlin. Noch könne keine Entwarnung gegeben werden, die Einschränkungen für Wirtschaft und Menschen würden auch im neuen Jahr 2021 zumindest in der ersten Jahreshälfte andauern. Nun müsse aktiv daran gearbeitet werden, dass die Krise nicht zu einer noch stärkeren Spaltung zwischen armen und reichen Regionen in Deutschland führt.

Deutschland habe durch die Auswirkungen der Pandemie im Jahr 2020 die größte Wirtschaftskrise seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges erlebt. Die Wirtschaft sei stark eingebrochen, die Zahl der Arbeitslosen auf über 3 Millionen Menschen angestiegen, weitere 3 Millionen Menschen sind derzeit in Kurzarbeit. Sehr stark betroffen sind laut Spiegler und Landsberg besonders die kommunalen Haushalte.

Steuern brechen weg

Wegbrechende Steuereinnahmen bei gleichzeitig steigenden Ausgaben rissen tiefe Löcher in die kommunalen Kassen. Bereits ohne die Auswirkungen des zweiten Lockdowns prognostizierte die Steuerschätzung im November 2020 rund 50 Milliarden geringere Steuereinnahmen für Städte und Gemeinden bis zum Jahr 2024.

Länder und Bund stehen laut DSDtGB in der Pflicht, mindes-

tens auch für die Jahre 2021 und 2022 einen Rettungsschirm für die Kommunalfinanzen aufzuspannen.

Die Kommunen sind gefordert

Die Kompensationszahlungen müssten dabei neben den Gewerbesteuerverlusten auch die Mindereinnahmen bei den gemeindlichen Anteilen an der Einkommen- sowie der Umsatzsteuer berücksichtigen. Gerade in der Krise benötigten Bür-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Innenminister Herrmann und Digitalministerin Gerlach:

Online-Verfahren für ausländische Fachkräfte

Bayern erleichtert ausländischen Fachkräften, die in einem Unternehmen arbeiten möchten, die Beantragung von Aufenthaltstiteln mit einem neuen Online-Verfahren im BayernPortal (www.freistaat.bayern). Das betrifft die „Blaue Karte EU“ und die „Aufenthaltserteilung für Fachkräfte mit beruflicher und akademischer Ausbildung“. Das haben Bayerns Innenminister Joachim Herrmann und Digitalministerin Judith Gerlach bekanntgegeben.

„Wir stellen dieses Online-Verfahren allen Ausländerbehörden zur Verfügung“, erklärte Herrmann. „Unternehmen müssen ausländische Fachkräfte nicht mehr extra für langwierige Behördengänge freistellen. Arbeitnehmer wiederum sparen sich den Gang zur Ausländerbehörde, können ihren Antrag 24 Stunden, sieben Tage die Woche stellen und werden vom System leicht verständlich durch das gesamte Verfahren gelotet.“ Digitalministerin Judith Gerlach: „Wir treiben die Digitalisierung der Verwaltungsdienstleistungen weiter voran. Künftig sollen Bürger und Unternehmen noch einfacher auch online mit dem Staat in Verbindung treten können. Dieser Service ist eine echte Erleichterung und ein Plus für den international ausgerichteten Wirtschaftsstandort Bayern.“

Beschleunigtes Verfahren

Die unkomplizierte Online-Beantragung ist laut Herrmann ein weiterer Baustein, um Bayern für Fachkräfte attraktiv zu machen. Die „Zentrale Stelle für die Einwanderung von Fachkräften“ (ZSEF) als Außenstelle der Regierung von Mittelfranken in Nürnberg hat ihre Arbeit aufgenommen. Im Rahmen des mit dem



Kommunalminister Joachim Herrmann:

Offenes Ohr für die Anliegen der Kommunen

Fragen in Bezug auf die rechtliche Situation abgelehnter Asylbewerber diskutierten mit Staatsminister Joachim Herrmann der Erste Bürgermeister der Stadt Neunburg vorm Wald, Martin Birner und Elke Reinhart von der Initiative „Integration SAD“ kurz vor Weihnachten im Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration in München. Bei dem Treffen konnten Missverständnisse ausgeräumt werden. Mit Blick auf den häufig geäußerten Wunsch nach einem Verbleib in Deutschland zur Ermöglichung einer qualifizierten Berufsausbildung zeigte Minister Herrmann individuelle Lösungsansätze auf. Er hob außerdem anerkennend das großartige Engagement der Stadt Neunburg vorm Wald im Bereich der Integration hervor: „Wenn Menschen wie Elke Reinhart mit Herzblut, Engagement und hervorragender Sachkunde die Integration von anerkannten Flüchtlingen fördern, aber auch deren Anstrengung konsequent einfordern, dann zeitigt das auch Erfolge“, so der Kommunalminister.

Bild: Staatsministerium des Innern, Bayern

Ausländerbehörden. Herrmann stellte klar, dass das Verfahren für ausländische Fachkräfte nach einer legalen Einreise bestimmt ist, nicht jedoch für die Erteilung von Beschäftigungserlaubnissen an Asylbewerber oder abgelehnte Asylbewerber mit Duldung gilt.



Donald und Corona, zwei Themen, die hoffentlich bis Ende des neuen Jahres vergessen sein werden. Bei letzterem hat der Bürgermeister allerdings wenig Hoffnung. Auch seine Vorzimmerperle hat genug und zwar von den zahlreichen Besserwissern allerorten. Seite 19

Heimatminister Albert Füracker:

Schaufenster für die lebenswerte Heimat Bayern

Bayerische Ländermonate auf dem Demografieportal des Bundes und der Länder

„Die bayerischen Ländermonate von Januar bis April auf dem bundesweiten Demografieportal starten! Bayern ist eine attraktive, lebens- und liebenswerte Heimat. Das gilt nicht nur für die Städte und ihr direktes Umland. Besonders erfolgreich war in den letzten Jahren gerade auch der stetige Anstieg der Einwohnerzahlen im ländlichen Raum“, betont Finanz- und Heimatminister Albert Füracker. „Neben einer vorausschauenden Heimatpolitik ist diese Entwicklung vor allem den engagierten Bürgerinnen und Bürgern des Freistaates zu verdanken. Sie machen unsere Heimat so einzigartig!“, so der Heimatminister weiter.

Seit dem 5. Januar beginnen die bayerischen Ländermonate auf dem Demografieportal des Bundes und der Länder unter www.demografie-portal.de. Dort wird Bayern die Herausforderungen und Aktivitäten im Bereich der Demografiepolitik vorstellen. Das Portal bietet einen guten Überblick, wie vielfältig Bayern im Themenfeld Demografie aufgestellt ist: von Heimatpolitik bis Bildung, von Städtebau bis Familienpolitik, von Arbeitsmarkt bis zu ländlicher Entwicklung. „Vor allem das Zusammenspiel von urbanen Zentren und ländlichem Raum ist charakteristisch für den Freistaat. Mit unserer Heimatstrategie sind wir dafür sehr gut aufgestellt und setzen Entwicklungsimpulse in allen Teilen Bayerns. Die Schaffung gleicher Chancen und gleichwertiger Lebensverhältnisse im ganzen Freistaat ist uns ein zentrales Anliegen und wird auch in den kommenden Jahren die nachhaltige Heimatpolitik des Freistaates weiter prägen“, stellt Füracker fest.

Weitere Informationen zur Demografie in Bayern bietet auch der Demografie-Leitfaden der bayerischen Staatsregierung www.demografie-leitfaden-bayern.de.

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Virtuelle Klausurtagung der CSU-Landesgruppe	2
Ideenwettbewerb „Kommunal? Digital!“	2
Bayerns Kliniken am Limit	3
GZ-Kolumne Hermann Steinmaßl:	
Energiewende mit der Wasserkraft meistern	3
Grünes Licht für interkulturelle Projekte	4
Kommunale Energiethemen	5 - 10
Recycling • Entsorgung • Umwelt	11 - 12
Kommunalfahrzeuge • GaLaBau	13 - 15
Kommunales Verkehrswesen • ÖPNV	16
Aus den bayerischen Kommunen	17 - 20

Virtuelle Klausurtagung der CSU-Landesgruppe:

Gemeinsam stärker aus der Krise

Starterkit für die Altersvorsorge, digitale Bildung ab dem Kindergarten und 5.000 Euro für Berufseinsteiger in der Pflege: Mit einem umfangreichen Zukunftspaket stieg die CSU-Landesgruppe mit ihrer traditionellen, diesmal virtuellen Winterklausur ins Wahljahr 2021 ein. Laut Landesgruppenchef Alexander Dobrindt „muss 2021 das Jahr werden, in dem wir Corona hinter uns lassen“.

Bei der Tagung im Berliner Congress Center ging es laut Dobrindt darum, „den ersten Impuls für das Regierungsprogramm der Union“ zu setzen. Die zur Beratung vorgelegten und verabschiedeten Papiere sind dabei mehr als nur Positionsbestimmungen; sie sind mit einem klaren Gestaltungsanspruch und Handlungsauftrag verbunden.

„Chancen schaffen und Richtung geben“, lautet die Maxime. Hierzu soll u.a. die Kinderbetreuung finanziell stärker gefördert werden. Beiträge für Kinderbetreuungskosten sollen voll von der Steuer absetzbar sein – statt wie heute nur bis zu zwei Drittel und mit maximal 4.000 Euro pro Kind und Jahr. Den zulässigen Höchstbetrag will die CSU dabei auf 6.000 Euro anheben.

Generationengerechtigkeit

Um die finanzpolitische Generationengerechtigkeit zu bewahren, soll ab dem Bundeshaushalt 2022 die grundgesetzliche Schuldenbremse wieder eingehalten werden. „Wer die notwendige Haushaltskonsolidierung mit ei-

nem zusätzlichen Corona-Soli erreichen will, führt das Land in neue Ungerechtigkeiten. Denn diese Beiträge sind von den Bürgern schon einmal geleistet worden. Konsolidierung geht nicht mit Belastungen in der Krise, sondern nur mit neuem wirtschaftlichem Wachstum“, heißt es in dem Beschluss.

Geplant ist auch ein sogenanntes Starterkit. Dafür soll der Staat ab Geburt bis zum 18. Lebensjahr für jedes Kind einen Beitrag von 100 Euro pro Monat in einen Generationen-Pensionsfonds einzahlen, der das Geld renditeorientiert anlegt. Das Starterkit soll die drei bestehenden Säulen der Altersvorsorge – gesetzliche Rente, eigeninitiierte private Vorsorge und betriebliche Altersvorsorge – um eine vierte Säule ergänzen. Mit dem Eintritt ins Rentenalter würde das Geld aus dem Generationen-Pensionsfonds dann zusätzlich zu den Summen aus den bestehenden Säulen ausbezahlt.

Offensive für Krankenhäuser auf dem Land

Zudem setzt sich die CSU eine Sicherstellungsoffensive für Krankenhäuser auf dem Land zum Ziel. Um auch in Zukunft eine gute Versorgung in der Nähe zu haben, soll mit einem Sicherstellungszuschlag von 5 Milliarden Euro für die Grundversorgung sichergestellt werden, dass die Krankenhäuser auf dem Land erhalten bleiben und Gesundheitsversorgung auf hohem Niveau gewährleisten.

Bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege stehen ebenso auf der Agenda. „In der Corona-Pandemie hat das medizinische Personal Großartiges geleistet. Jetzt ist es Zeit, etwas zurückzugeben. Wir wollen die Arbeitsbedingungen weiter verbessern, indem wir ein bürokratiearmes, verbindliches und auf den tatsächlichen Pflegebedarf abgestimmtes Personalbemessungsinstrument unter Berücksichtigung der dazu gehörigen Assistenzberufe flächendeckend einführen. Darüber hinaus wollen wir mehr Angebote der Gesundheitsförderung für die Pflege-

kräfte“, heißt es. Für jene, die gerade in den Beruf einsteigen, soll eine Neueinsteiger-Prämie von 5.000 Euro geschaffen werden, die nach Beendigung der Ausbildung ausbezahlt wird, wenn sie weiter im Pflegeberuf arbeiten.

Die Digitalisierung, der Einsatz von Smart-Home-Technologien sowie der Einsatz modernster Roboter seien eine enorme Chance für eine hohe Lebensqualität im Alter und die Entlastung der Pflegekräfte. Deshalb spricht sich die CSU dafür aus, weitere 500 Millionen Euro für die Ausstattung von Krankenhäusern und Pflegeheimen mit Hightech und Robotik bereitzustellen. Gleichzeitig sollen elektronische Rezepte, Abrechnungen und Dokumentationen künftig Standard werden – mit der klaren Maßgabe: Zeit für Patienten statt Papierkrum.

Beim Ausbau der Verkehrsinfrastruktur schweben der CSU schnelle Verbindungen zwischen Umland und Stadtmitte vor. Der gesamte ÖPNV soll auch in den Innenstädten verbessert werden. Damit Stadt und Land enger zusammenrücken und sich vernetzen können, ist die Zweckbindung der GVFG-Mittel mit einem klaren Schwerpunkt auf die Anbindung des Umlandes, den Ausbau von S- und U-Bahnen sowie Park-and-Ride-Flächen geplant.

Neue Schienenprojekte

Gleichzeitig sollen noch mehr Schienen-Infrastrukturprojekte in allen Regionen umgesetzt werden. Ziel ist es, mehr Flexibilität bei der Wirtschaftlichkeitsberechnung in Kombination mit einer stärkeren Gewichtung des Klimaschutzes zu erreichen. Darüber hinaus sollen Förderprogramme für innovative Verkehrskonzepte verstärkt werden, die Menschen vom Umland schnell in die City bringen. „Hyperloops und Flugtaxis sind keine Sciencefiction – sie sind Realität. Wir wollen, dass sie bei uns entwickelt und zum Einsatz kommen.“

Geplant ist darüber hinaus die Einführung einer „Smartphone-Perso“. Während der Corona-Krise habe sich die Nutzung des Online-Ausweises um 250 Prozent gesteigert. Daran will die CSU anknüpfen und die Akzeptanz für die Online-Ausweiskarte von Personal ausweiten weiter steigern. „Wir wollen, dass die Verwendung des

Online-Ausweises im Internet künftig noch einfacher wird und der Ausweis direkt auf dem eigenen Smartphone gespeichert werden kann. Das gleiche gilt für weitere offizielle Dokumente wie den Führerschein. Darüber hinaus wollen wir für unsere Bürgerinnen und Bürger Behördenangelegenheiten möglichst digitalisieren – nach dem erfolgreichen Vorbild der von uns umgesetzten digitalen Kfz-Zulassung i-Kfz. Gerade häufig genutzte Leistungen müssen so einfach sein wie eine Bestellung in einem Onlineshop. Die Sicherheit aller Anwendungen muss dabei stets gewährleistet und garantiert sein.“

Internet-Riesen besteuern

„Wir wollen die Internet-Riesen besteuern“, lautet eine weitere Forderung. „Wer bei uns mit Dienstleistungen im Internet Geld verdient, der muss auch bei uns Steuern zahlen. Wenn Google und Facebook mit personalisierter Werbung und Daten aus Deutschland Geld verdienen, dann müssen sie von diesem Gewinn auch etwas an unser Gemeinwesen zurückgeben – so wie jedes andere Unternehmen auch. Die Zeit ist deshalb reif für die Google- und Amazon-Steuer. Dafür wollen wir in erster Linie eine international abgestimmte Lösung im Rahmen der OECD.“ Bis sich diese Lösung erreichen lässt, müsse eine europaweite Regelung für eine Mindestbesteuerung getroffen werden.

Weltraumbahnhof

Im Visier hat die CSU überdies einen Weltraumbahnhof für Deutschland und Europa: „Ein zentraler Schlüssel für die Digitalisierung unseres Landes liegt im Orbit unseres Planeten. In den kommenden Jahren werden kleine Satelliten bei der Erdbeobachtung, der Umwelt- und Klimaforschung sowie bei allen Big Data Projekten immer stärker an Bedeutung zunehmen. Wirtschaftliches Wachstum wird von der Anbindung an Satellitennetze abhängen. Bis 2028 werden bis zu 8.500 Kleinsatelliten ins All starten, die alle einen Träger und einen Startplatz brauchen.“ Dieser Markt soll für Deutschland erschlossen werden und das Land zum europäischen Startplatz für Microsatelliten und -launcher machen. Ziel ist es, gemeinsam mit der Wirtschaft eine mobile Startplattform in der Nordsee zu errichten und zu betreiben. **DK**

Digitalministerin Judith Gerlach gibt Startschuss:

Ideenwettbewerb „Kommunal? Digital!“

Smarte Lösungen für Städte und Gemeinden

Ob intelligente Nahverkehrsteuerung oder eine App für die ökologische Optimierung der Müllabfuhr – die Digitalisierung kann auch den bayerischen Kommunen und ihren Bürgerinnen und Bürgern Riesenvorteile bringen. Allerdings braucht es dazu die richtigen Ideen. Bayerns Digitalministerin Judith Gerlach gab deshalb im Dezember den offiziellen Startschuss für den Ideenwettbewerb „Kommunal? Digital!“. Bis Mitte Februar werden die smartesten Vorschläge für digitale Lösungen in Kommunen gesucht.

Für die zehn besten Ideen locken jeweils bis zu 500.000 Euro Preisgeld. Gerlach erklärt: „Unsere bayerischen Kommunen sind die erste Anlaufstelle, wenn es um die Grundversorgung der Bürgerinnen und Bürger geht. Hier können sie digitale Verbesserungen hautnah erleben. Aber nicht jede Kommune muss das digitale Rad immer wieder neu erfinden. Mit unserem Ideenwettbewerb wollen wir digitale Lösungen mit Modellcharakter für mehr Nachhaltigkeit identifizieren, die dann von anderen Städten und Gemeinden übernommen werden können. Ziel: Unsere schönen bayerischen Kommunen mit Hilfe der Digitalisierung noch umweltfreundlicher, effizienter, lebenswerter und so quasi 'smarter' zu machen.“

Best Practice-Wettbewerb

„Kommunal? Digital!“ ist ein Best Practice-Wettbewerb für alle bayerischen Kommunen. Der Bewerbungsprozess durchläuft zwei Phasen:

Phase 1: Aufruf zur Vorlage von Projektskizzen mit einer Projektdauer von bis zu drei Jahren (Bewerbungs-

schluss: 12. Februar 2021).

Phase 2: Nach der erfolgten Vorauswahl Vorlage eines detaillierten Konzeptes, erarbeitet in Kooperation mit einer wissenschaftlichen Einrichtung (8. März 2021 bis 21. Mai 2021).

Fünf Millionen Euro für Bayerns Top 10

Anschließend werden bis zu drei Projekte pro Regierungsbezirk im Rahmen des Wettbewerbs ausgezeichnet. Die prämierten Kommunen dürfen sich über ein ordentliches Preisgeld freuen: Insgesamt stehen fünf Millionen Euro für Bayerns Top 10 der smarten Ideen zur Verfügung, d.h. jedes prämierte Projekt wird vom Freistaat mit bis zu 500.000 Euro gefördert. Die Preisträger werden von einer Jury bestimmt, die sich aus Vertretern der kommunalen Spitzenverbände sowie je einem Vertreter aus Wissenschaft und Wirtschaft zusammensetzt. Digitalministerin Judith Gerlach ist Vorsitzende der Jury.

Informationen zum Ablauf des Bewerbungsverfahrens und die detaillierten Teilnahmebedingungen finden Sie unter www.kommunal-digital.bayern. □

Finanz- und Heimatminister Albert Füracker:

Engagement für Heimatpflege wird gefördert

Rund 2,5 Millionen Euro Unterstützung für Dachverbände der Heimatpflege und Institutionen der Volksmusikpflege und -forschung

„Bayern ist stolz auf seine regionale Kultur und seine vielfältigen Traditionen, die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft verbinden. Heimat ist ein Schlüsselthema der heutigen Zeit und wegen der zunehmenden Globalisierung wichtiger denn je. Das kulturelle Erbe Bayerns zu bewahren und in bewusster Auseinandersetzung mit der Tradition immer wieder neu zu gestalten, ist wesentlicher Bestandteil unserer Heimatpolitik“, sagt Finanz- und Heimatminister Albert Füracker.

Eine zentrale Rolle kommt dabei der Heimatpflege zu. „Engagierte Vereine und Verbände mit ihren vielen oftmals ehrenamtlich Tätigen sorgen dafür, dass Bayern eine so lebens- und liebenswerte Heimat ist und auch weiterhin bleibt“, so der Heimatminister.

Fördermittel für überregional bedeutsame Institutionen

„Daher freue ich mich besonders, dass wir auch in 2020 wieder Dachverbände der Heimatpflege sowie Institutionen der Volksmusikpflege und -forschung mit insgesamt rund 2,5 Millionen Euro unterstützen konnten.“ Die Fördermittel gehen an überregional bedeutsame Institutionen, wie beispielsweise den Bayerischen Landesverein für Heimatpflege e. V..

Beratungs- und Fortbildungsangebot

Dieser stellt als Dachorganisation der Heimatpflegerinnen und -pfleger ein umfassendes Beratungs- und Fortbildungsangebot zur Verfügung und unterhält mehrere regionale Volksmusikberatungsstellen. Ein weiteres Beispiel ist der Bayerische Trachtenverband e. V., der mit den staatlichen Fördergeldern die Jugendarbeit und die volksmusikalischen Aktivitäten von

Trachtenvereinen in ganz Bayern unterstützt. „Heimat lebt von der Gemeinschaft und von bürgerschaftlichem Engagement. Mit ihrer Arbeit leisten die Vereine auch einen wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt“, so Füracker.

Auch mit weiteren Förderprogrammen unterstützt der Freistaat die Umsetzung verschiedenster Heimat-Projekte. So können im Rahmen des Förderprogramms Regionalkultur Investitionen in Spielstätten historischer Heimatschauspiele sowie innovative Projekte aus dem Bereich Heimatpflege mit Einmalzuschüssen gefördert werden, wie in 2020 beispielsweise die in sechs Gemeinden der Landkreise Altötting, Mühldorf, Traunstein und Rosenheim durchgeführte Kultur- und Diskussionsveranstaltung „Der Neue Heimatfilm unterwegs“.

Regionale Identität fördern

Im Rahmen der Modellförderung „Regionale Identität“ werden bayernweit bereits Projekte in 25 Regionen mit einer Gesamtsumme von rund 7,6 Millionen Euro gefördert, darunter u. a. die mobile Präsentationsplattform „Heimat mobil“ der Bezirksheimatpflege der Oberpfalz oder die Inwertsetzung regionaler Streuobst-Kulturen an der Fränkischen Moststraße. □

Landshuter Energiegespräche

Wer den Online-Vortrag „Nachhaltige Klärschlammbehandlung im ländlichen Raum – das Projekt greenIKK“ von Julia Straub (Technologiezentrum Energie der Hochschule Landshut) mit anschließender Diskussion am 18. Januar 2021, Beginn 18.30 Uhr mitmachen möchte, muss sich umgehend anmelden: www.hawlandshut.de/la-energiegespraeche □

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Sebastian Winkler
84494 Niedertaufkirchen
am 21.1.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Wolfgang Roßkopf
91795 Dollnstein
am 21.1.

Oberbürgermeister
Jürgen Dupper
94032 Passau
am 22.1.

Bürgermeisterin Thea Kohlroß
97852 Schollbrunn
am 26.1.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Alfred Paulus
93349 Mindelstetten
am 18.1.

Bürgermeister Peter Münster
82223 Eichenau
am 19.1.

Bürgermeister Anton Wallner
83075 Bad Feilnbach
am 26.1.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Stephan Märkl
82491 Grainau
am 23.1.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Stephan Höß
88167 Röthenbach im Allgäu
am 27.1.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Schwäbische Landräte schreiben an Ministerpräsident Markus Söder:

Unterstützung für Krankenhäuser gefordert

Landrat Thorsten Freudenberger hat sich zusammen mit seinen schwäbischen Kolleginnen und Kollegen an Ministerpräsident Markus Söder gewandt. In dem gemeinsamen Schreiben geht es um die Ersatzvergütung von finanziellen Ausfällen, wenn die Krankenhäuser COVID-Patienten behandeln.

Die aktuelle Regelung folgt der Bundesgesetzgebung und bedeutet konkret, dass bestimmte Krankenhäuser im Moment nur unter entsprechenden Hürden oder grundsätzlich keine Ersatzvergütung erhalten. Das betrifft Krankenhäuser der Notfallkategorie „Basisnotfallversorgung“ sowie Krankenhäuser, die keiner oder einer Spezialkategorie zuzuordnen sind. Zu befürchten steht, dass kleinere Häuser wie die der Kreisspitalstiftung Weißenhorn keine oder viel zu geringe Ausgleichszahlungen für die derzeitigen Corona-Dienstleistungen erhalten, was für die Kommunalpolitik nicht hinnehmbar ist.

Die Landrätinnen und Landräte fürchten

- dass die betroffenen Kliniken aus wirtschaftlichen Gründen nur noch bedingt oder gar nicht mehr an der Versorgung von COVID-Patienten teilnehmen,
- dass ein Versorgungseingpass von COVID-Patienten droht,
- und dass es zu einer Überlastung der Schwerpunktkrankenhäuser kommt, die COVID-Patienten behandeln.

Sie fordern

- Die Schaffung von Strukturen und Regelungen, um den Patiententransfer aus stark belasteten oder bereits lokal überlasteten Regionen fest zu regeln. Damit soll einer Überlastungslage bereits im Vorfeld vorgebeugt werden und diese umgangen werden;
- sowie eine entsprechende Ersatzvergütung für alle Krankenhäuser, die sich an einer solchen Kooperation beteiligen.

Dadurch können auch kleinere Krankenhäuser in den ländlichen Regionen an der notwendigen Versorgung von COVID-Patienten teilnehmen, was ihnen sonst aus wirtschaftlichen Gründen nicht möglich wäre.

Die schwäbischen Landräte bitten deshalb den Ministerpräsidenten, sich für eine unverzügliche Änderung der Finanzierungsregelung beim Bund einzusetzen.

„Durch die gute und kollegiale Zusammenarbeit zwischen den Krankenhäusern konnte bis jetzt ein Versorgungseingpass in Schwaben vermieden werden“, sagt Landrat Thorsten Freudenberger. „Dies gilt es unbedingt weiter aufrecht zu erhalten. Deshalb muss dringend verhindert werden, dass kleine, kommunale Kliniken aus finanziellen Gründen hierzu ihren Beitrag nicht weiter leisten können. Wir sind für eine flächendeckende Versorgung aller Patientinnen und Patienten insbesondere auch auf die kleineren Häuser angewiesen.“ □

Bayerische Krankenhausgesellschaft:

Bayerns Kliniken am Limit

Jahrespressekonferenz im Münchner Presseclub

Inmitten herausfordernder Zeiten übergab der langjährige Geschäftsführer der Bayerischen Krankenhausgesellschaft Siegfried Hasenbein zum Jahresende die Leitung des Verbands der Krankenhausärzte an seinen Nachfolger Roland Engehausen. Aus diesem Anlass wurde im Münchner PresseClub darüber diskutiert, wie die Kliniken in Bayern die großen Herausforderungen derzeit bewältigen und wie eine zukunftsorientierte Krankenhauslandschaft in Bayern aussehen kann.

BKG-Geschäftsführer Siegfried Hasenbein verabschiedete sich mit einem ausdrücklichen Dank an „das gesamte Personal in den bayerischen Krankenhäusern, an die Pflegekräfte, Ärzte und alle anderen Mitarbeiter, die in den vergangenen Monaten mit viel Engagement, Herzblut und vollem Einsatz für ihre Patientinnen und Patienten da waren“. Nach seinen Erfahrungen haben die Kliniken viel im Umgang mit der neuen Pandemie gelernt. Inzwischen seien nicht nur Abläufe optimiert und entscheidende Rahmenbedingungen in den Kliniken verbessert worden. Die Krankenhäuser hätten auch im Miteinander funktioniert.

Hasenbein zufolge nahmen kleinere Krankenhäuser den großen Schwerpunktversorgern immer wieder Patienten ab. Als in den ersten Wochen der Pandemie Schutzkleidung und verschiedenste Materialien knapp wurden, hätten sich Bayerns Kliniken untereinander ausgeholfen und gemeinsam Sorge für eine optimale Versorgung der Patienten getragen.

Wertschätzung für die Krankenhausbeschäftigten

Seither sei viel passiert, so der scheidende Geschäftsführer. Neben dem finanziellen Bonus und anderweitig entgegengebrachter Wertschätzung für die Krankenhausbeschäftigten seien die Kliniken beispielsweise mit Beatmungsgeräten und Infektionsschutzschränken sowie finanziellen Hilfen unterstützt worden.

Erneut sei aber auch klar geworden, „dass der Mangel an Fachkräften, explizit an spezialisierten Pflegekräften, die Achillesferse in unserem Gesundheitswesen ist“, führte Hasenbein aus. Man komme nun in eine schwierige Phase in der Pandemiebewältigung. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, besonders die Ärzte und Pflegekräfte, seien längst am Limit angekommen und nicht unendlich belastbar. Auch aus wirtschaftlicher Sicht kämen Bayerns Kliniken an ihre Grenzen. Die neuesten Regelungen im Dritten Bevölkerungsschutzgesetz um die sogenannten Ausgleichszahlungen frei gehaltener Krankenhausbetten ist aus Sicht der BKG praxisfern und gefährdet die im Frühjahr aufgebaute und bewährte Zusammenarbeit der Krankenhäuser bei der COVID-19-Versorgung.

Therapie-Verbesserungen

Auch das Augenmerk des neuen BKG-Geschäftsführers Roland Engehausen ist derzeit auf die aktuelle COVID-19-Versorgung gerichtet. Nach seinen Worten konnten die bisherigen Fallzahlsteigerungen dank des großen Engagements in den Kliniken und erster Therapie-Verbesserungen noch gemeistert werden und es bestehe die Hoffnung, dass die Behandlungssteigerungen in den Kliniken durch die Lockdown-Maßnahmen abflachen werden. Aber wenn der Gesetzgeber nicht kurzfristig den finanziellen Ausgleich notwendiger Freihaltungen für verschiebbare Behandlungen verbessert, werden aus Engehausens Sicht viele Krankenhäuser, die sich bisher um die Behandlung von COVID-19-infizierten Patienten

verdient gemacht haben, in eine wirtschaftliche Zwickmühle kommen, die die Versorgung gefährdet. Da der staatliche Rettungsschirm löchrig sei und Kliniken der Grund- und Regelversorgung, die auch Covid-Patienten behandelten, 2021 keine Hilfen mehr erhielten, sollte ein Ganzjahresbudget für Kliniken beschlossen werden, das unabhängig von der Corona-Pandemie zur Verfügung stehe.

Höchster Respekt für die Beschäftigten

Allen Beschäftigten in den bayerischen Krankenhäusern sprach Engehausen seinen höchsten Respekt für eine gute Patientenversorgung trotz einiger politischer Stolpersteine aus. Wirkungsvolle Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel und für mehr Ausbildung in den Krankenhäusern werden vermutlich noch stärker in den Fokus rücken. Die Digital-

isierung werde die Vernetzung der Patientenversorgung über die bisherigen Sektorengrenzen hinaus verstärken. Auch bei diesen Themen wolle die BKG den bayerischen Krankenhäusern künftig mit Rat und Tat zur Seite stehen und sich für gute politische und vertragliche Rahmenbedingungen einsetzen. Dazu werde auch gehören, dass die Krankenhäuser für die gute Patientenversorgung eine Vertrauenskultur und längerfristige Verlässlichkeit bei Prüf- und Qualitätsvorgaben benötigen.

Abgeordneter Krahl arbeitete auf Corona-Intensivstation:

„Mein Herz schlägt für die Pflege“

Schutzmaske wechseln, Patienten beatmen, Angehörige beruhigen – Andreas Krahl (MdL) unterstützte seine Kolleginnen und Kollegen in der Weihnachtspause im Kreisklinikum Garmisch-Partenkirchen auf der Corona-Intensivstation. Denn da wurde jede helfende Hand benötigt. Als Landtagsabgeordneter engagiert er sich vor allem für den Stimmkreis Weilheim-Schongau. Bereits im Frühjahr 2020 kehrte er in seinen ehemaligen Beruf als Gesundheits- und Krankenpfleger zurück. Die Bayerische Gemeindezeitung sprach mit ihm über die Situation auf der Intensivstation, die Belastung des Pflegepersonals und welche Bedeutung den Kommunen in der aktuellen Lage zukommt.

GZ: Sie haben über die Feiertage bis einschließlich 10. Januar wieder Ihren alten Beruf als Gesundheits- und Krankenpfleger aufgenommen und sind auf einer Covid-Intensivstation tätig geworden. Wie lange haben Sie diese Idee mit sich herumgetragen und wie einfach war sie umsetzbar?

Krahl: Ich habe diese Arbeit schon während der ersten Pandemie-Welle gemacht. Ich war im Frühjahr 2020 im Kreisklinikum Weilheim, jetzt war ich im Kreisklinikum Garmisch-Partenkirchen. Die Umsetzbarkeit war relativ leicht, weil ich die Ausbildung habe. Und es ist jetzt nicht so, dass sich das Pflegepersonal in der Intensivpflege irgend-



Landtagsabgeordneter Andreas Krahl verbrachte seinen Weihnachtsurlaub auf der Corona-Intensivstation im Kreisklinikum Garmisch-Partenkirchen.

Bild: Andreas Krahl

wo stapelt, also der Bedarf ist da. Und so habe ich gesagt: Wenn ihr mich braucht, dann komme ich in meinem Weihnachtsurlaub.

GZ: Ist es nachahmenswert für Personen, die in einer ähnlichen Situation über eine geeignete Ausbildung verfügen, sich zu melden und fragen: „Ich könnte, darf ich?“

Krahl: Die Betonung liegt auf „über eine geeignete Ausbildung verfügen“. Was wir zurzeit nicht brauchen – egal auf welcher Station – ist, dass Leute erst einmal konkret angeleitet werden müssen. Wir brauchen geschultes, medizinisches Fachpersonal.

GZ: Wie ist die Situation auf der Covid-Intensivstation im Kreisklinikum Garmisch-Partenkirchen, auf der Sie waren?

Krahl: Das ist eine große Intensivstation mit 19 Betten. Sie müssen sich die Anordnung wie ein „U“ vorstellen. Auf der linken Seite des U-Schenkels liegen die regulären Patienten und auf der rechten Seite sind die Covid-Patienten. In unserem Team teilen wir uns die Pflegeschichten für alle Patienten dann ein. Die Station ist relativ gut belegt. Wir haben natürlich schwankende Zahlen. Am 7.11.2020 hatten wir nur zwei Betten frei.

GZ: Wie sind die Krankheitsverläufe der Covid-Patienten, werden die Patienten auch wieder gesund?

Krahl: Ja, die werden wieder gesund. Aber auf der Station ist die Form der Beatmungsintensität der Covid-Patienten deutlich intensiver und damit auch die Krankheitsfolgen, als beispielsweise bei einem Patienten mit Lungenentzündung. Wenn wir intubieren und beatmen ist es nicht so, dass Spon-

Liebe Leserinnen und Leser,

GZ

KOLUMNE
Hermann Steinmaßl

Energie, Klimaschutz und Naturschutz können in Einklang gebracht werden. Die bewährte, heimische, klimafreundliche und stabile Wasserkraft spielt dabei eine wichtige Rolle. Auch die kleine Wasserkraft überzeugt mit wesentlichen Leistungen, die im öffentlichen Interesse stehen.

1. Das Ziel den durchschnittlichen Temperaturanstieg auf 1,5 Grad einzudämmen und den weltweiten CO2 Ausstoß erheblich zu reduzieren ist zu unterstützen. Es zählt jede erzeugte klimafreundliche Kilowattstunde aus unserer Heimat.

2. Wir brauchen die Ehrlichkeit, dass die erneuerbaren Energien die Natur und die Landschaft beanspruchen.

Energiewende mit der Wasserkraft meistern

3. Im Hinblick auf eine Verantwortung für die „Gemeinschaftsleistung Energiewende“ gemäß dem Ethikrat hat jede Region die Pflicht ihre Möglichkeiten auszuschöpfen. Für das Wasserland Bayern heißt das: Nutzung der Wasserkraft.

4. Aktuell kommen etwa 50 % des Stroms in Bayern aus erneuerbaren Energien. Weitere 30 % aus Kernenergie und 20 % aus Gas und Steinkohle. Der Anteil der Wasserkraft beträgt bei den erneuerbaren knapp 29 %, bei der Biomasse 23 %, bei der Photovoltaik 32 % und bei der Windenergie 12 %.

5. Die Wasserkraft ist seit über 100 Jahren die bedeutendste grundlastfähige Energiequelle in Bayern. Von ursprünglich 11.900 Anlagen fielen in den vergangenen 100 Jahren 7.700 Anlagen der vermeintlich günstigen Energie aus Öl, Kohle und Kernenergie zum Opfer. Im Hinblick auf den jetzigen Ausstieg aus Öl, Kohle und Kernenergie ist die Wasserkraft auf jeden Fall zu erhalten, bzw. sie ist sogar wieder auszubauen, für einen regional gestalteten Klimaschutz und eine gesicherte Stromversorgung.

6. Bayern wird ein wetterabhängiges Flächenkraftwerk. Wasserkraftanlagen und Speicherwasserkraftwerke können Netzschwankungen ausgleichen und tragen zur Netzstabilität und Versorgungssicherheit bei.

7. Bayern hat 100.000 km Flüsse (Fließgewässer) und nur 4.200 Wasserkraftwerke, von denen heute bereits rund die Hälfte fischpassierbar sind. Im Durchschnitt besteht also alle 50 Kilometer ein Wasserkraftwerk, das „noch“ nicht passierbar ist. Diesen ökologischen Mangel kann man besser regeln. Gemeinsam mit den Gemeinden könnte man Ökoausgleichsflächen (Ökokonto) entwickeln, den Uferbereich erweitern und Raum für fischfreundliche, ökologische Passierstrecken und zusätzliche Laichplätze etc. schaffen. Dies wäre wesentlich besser als die vom Umweltministerium geplanten „rauh Rampen“, mit denen man viele der 50.000 anderweitigen Querbauwerke mit viel Geld umbauen will. Eine Studie

tanatmung wieder funktioniert. Das muss alles trainiert werden. Das ist ein Krankheitsprozess, der zieht sich über Wochen, zum Teil über Monate.

GZ: Viele Verwandte können ihre Angehörigen in diesen Zeiten nicht begleiten und das, wo gerade persönliche Anteilnahme unendlich wichtig ist. Wie beurteilen Sie diesen Einschnitt in unsere gesellschaftlichen Strukturen?

Krahl: Man nimmt ihn sehr deutlich wahr. Was wichtig ist, dass in einer Phase, in der der Patient stirbt, der Besuch von Angehörigen – Gott sei Dank – noch immer möglich ist. Gerade die Kollegen und Kolleginnen von hier versuchen da alles möglich zu machen. Ich formuliere es deutlich: „Damit niemand alleine sterben muss.“ Und ansonsten, bei einem normalen Krankheitsverlauf, bedeutet das noch eine Zusatzbelastung für das Pflegepersonal. Weil wir das Bindeglied zwischen den Patienten und den Angehörigen sind. Das heißt, wir

telefonieren z. B. mit den Angehörigen während wir am Bett stehen, versuchen zu übersetzen. Das ist eine sehr belastende Situation. Aber man muss schlicht und ergreifend sagen: Eine andere Möglichkeit in der derzeitigen Situation gibt es einfach nicht.

GZ: Wie gehen Sie persönlich mit der Sorge um die eigene Gesundheit um, wenn man sich täglich um schwerkranke und ansteckende Patienten kümmert? Und wie hat sich die jetzige Ausnahmesituation in Bezug auf Überarbeitung, Überstunden und Engpässe – jetzt auch noch während der Feiertage – im Vergleich zu normalen Zeiten auf Ihrer Station geändert?

Krahl: Ich persönlich habe keine größere Sorge. Auch von den Kollegen und Kolleginnen bekomme ich das nicht mit. Das ist aber auch logisch, wir sind dazu ausgebildet mit infektiösen Patienten umzugehen. Das ist unser Beruf, das sind wir ja gewöhnt. Jetzt haben wir allerdings die Situation, dass die Anzahl der infek-

der TU München hat gezeigt, dass an diesen rauen Rampen die meisten Fische verenden. Die bestehenden Querbauwerke sind einst aber aus guten Gründen errichtet worden. Tragen sie doch z.B. zur Grundwassersicherung und zum Hochwasserschutz bei. Dies gilt auch für die Wasserkraft.

8. Die Beanspruchung unserer Gewässer ist vielfältig. Die Städte entstanden an den Flüssen und Küsten. Verschmutzung und schädliche Einträge in unsere Flüsse kommen vorwiegend von außerhalb der Gewässer, von Einträgen durch Siedlungen und durch die Bewirtschaftung des Landes. Ein Großteil des Wohlstandsmülls (z.B. Kunststoffabfälle) wird von den Wasserkraftbetreibern entnommen. Dieser würde ansonsten weiter flussabwärts getrieben und die Gewässer bis ins Meer belasten. Nach einer Studie entfernen 3.300 Anlagen im deutschen Donauraum 290.000 kg Plastikmüll im Jahr; fast 90 kg je Anlage.

9. Es bestehen 50 Wasserkraftanlagen in Naturschutzgebieten und 100 in FFH-Gebieten und dies nicht trotz, sondern in einigen Fällen wegen der Wasserkraft. (Beispiele: Innstaufen, Ismaninger Stauseen). Deshalb muss man auch bei den Mindestwassermengen eine Abwägung zwischen Verlusten von klimafreundlichen Energien und „tatsächlichen ökologischen Gewinnen“ treffen, die durch eine Verlagerung der Wassermengen entstehen.

10. Wasserkraft fördert die regionalen Wertschöpfungskreisläufe und sichert die Wettbewerbsfähigkeit von Mühlen, Sägewerken und regionaler Landwirtschaft. So werden u.a. 150 Getreidemühlen betrieben, die mit 1,25 Mio. Tonnen p.a. ganz Bayern mit Mehl aus regional erzeugtem Getreide versorgen können.

11. Der Klimawandel belastet die Gewässer generell. Deshalb ist eine klimafreundliche Energieversorgung besonders wichtig. Wasserkraft ist vor allem auch eine nachhaltige, klima- und ressourcenschonende Energie. Ein Wasserkraftwerk mit 100 kW installierter Leistung ersetzt in 30 Jahren 16.000 t CO2 und 95.000 t Gesamtabbau beim Braunkohle-tagebau. Es versorgt über 100 Familien dauerhaft mit Strom und schont wertvolle Ressourcen. Wasserkraftbetreiber sind Klimaschutz-Unternehmer.

12. Die Energiewende ist auch eine Wende zu den dezentralen Erzeugungseinheiten. Sie sollte auch regional organisiert werden. Bei regionaler Betrachtung wird die einzelne, auch kleine Wasserkraft wesentlich mehr Gewicht bekommen als mit Vergleichen zur allgemeinen Stromerzeugung, bei der auch noch die Kernkraft und die Kohle enthalten sind.

Fazit: Alle genannten Gesichtspunkte sprechen für die Wasserkraft, vor allem auch für die sogenannte „Kleine“ mit vielen positiven Eigenschaften. Mit weiteren Rückbauforderungen und Stilllegungen von Wasserkraftanlagen werden die Probleme unserer Flüsse nicht gelöst. Der Klimaschutz ist bei allen Abwägungen zu berücksichtigen.

Ihr Dipl. Ing. Hermann Steinmaßl

Altlandrat Landkreis Traunstein, MdL a.D.,
Stv. Vors. Vereinigung Wasserkraftwerke Bayern und
Landesvertretung Erneuerbare Energien Bayern (LEE)

tiösen Patienten extrem hoch ist. Die Schutzvorkehrungen, die wir ergreifen, müssen wir de facto bei jedem Patienten durchführen. Was natürlich mit An- und Ausziehen der Schutzkleidung extrem zeitaufwändig ist. Aber was die Sorge um die eigene Gesundheit angeht, nehme ich das nicht mehr wahr als vorher auch. Die Belastung steigert sich also, weil wir auf der einen Seite deutlich mehr Patienten zu versorgen haben, zum anderen die wichtigen Infektionsschutzmaßnahmen haben. Und es kommen natürlich auch Krankheitsfälle im Personal dazu, die kompensiert werden müssen.

GZ: Was nehmen Sie für Ihre Aufgabe als politischer Gestalter und Entscheider mit aus dieser sehr intensiven Zeit? Und wo im Gesundheitswesen sehen Sie allerdingsten Handlungsbedarf?

Krahl: Gerade die jetzige Phase der Pandemie führt uns ein-drucksvoll vor Augen, wie wichtig (Fortsetzung auf Seite 4)

Chance für Neustart ...

(Fortsetzung von Seite 1)

gerschaft und Wirtschaft starke und handlungsfähige Kommunen. Bund und Länder müssten die Kommunen über weitere Stützungsmaßnahmen in die Lage versetzen, ihre Investitionen weiter zu erhöhen, um so die Konjunktur aktiv und nachhaltig ankurbeln zu können.

Auch die Auswirkungen der wirtschaftlichen Krise auf den Arbeitsmarkt werden sich in steigenden Ausgaben für soziale Leistungen niederschlagen. Gleichzeitig stehe zu befürchten, dass sich das Gesicht der Innenstädte und Ortskerne nachhaltig verändern wird. „Viele Einzelhändler, Gastronomiebetriebe und kulturelle Einrichtungen haben massiv unter den monatelangen Schließungen gelitten. Trotz staatlicher Unterstützung werden nicht alle durchhalten. Das hat massive Auswirkungen auf die Lebens- und Aufenthaltsqualität in unseren Kommunen“, heißt es in dem Bilanzbericht.

Um dem Handel und den Bürgerinnen und Bürgern ein attraktives Umfeld zu bieten, schlägt der Deutsche Städte-

und Gemeindebund einen Innenstadt- und Ortskernfonds vor. Dieser Fonds sollte mehrere Milliarden Euro umfassen und mit zusätzlichen Mitteln aus einer neu zu schaffenden Abgabe für die großen Onlinehändler gespeist werden. „Sie nutzen alle die Infrastruktur der Städte, aber zahlen regelmäßig keinerlei Steuern, Beiträge und Abgaben. Soweit der stationäre Handel ebenfalls online tätig ist, was wir ja fordern und fördern, kann in diesem Bereich die entsprechende Abgabe mit der Gewerbesteuer verrechnet werden. Dieser Fonds soll neue Modelle ermöglichen und den Kommunen auch ein Mittel an die Hand geben, zum Beispiel Schlüsselimmobilien (etwa geschlossene Kaufhäuser) zu kaufen und einer neuen Nutzung zuzuführen. Nichts ist tödlicher für eine Innenstadt, als wenn Ankerimmobilien wochen-, monate- oder jahrelang leer stehen. Wir halten auch eine Schärfung der planungsrechtlichen Instrumente, insbesondere des kommunalen Vorkaufsrechts, für notwendig“, erläuterte Spiegler.

Flexibel gegen Konkurrenz zum Onlinehandel

Wegen der Konkurrenz zum Onlinehandel, der 24 Stunden am Tag sieben Tage die Woche geöffnet ist, plädiert der DStGB auch dafür, die Ladenöffnungszeiten flexibler zu gestalten. Dazu gehören aus seiner Sicht „in einem gewissen Umfang auch zusätzliche verkaufsoffene Sonntage. Wir verstehen die Einwände der Gewerkschaften und der Kirchen, aber wenn am Ende der Einzelhandel in den Städten stirbt, ist niemandem geholfen.“

Fest stehe bereits jetzt, dass die Städte und Gemeinden nach der Krise in der Lage sein müssen, zu investieren, um dringende notwendige Konjunkturimpulse zu setzen. Dafür brauche es die Unterstützung von Bund und Ländern. Es wäre fatal, gegen die Krise ansparen zu wollen. Bereiche für dringende notwendige Zukunftsinvestitionen gebe es genug: Digitalisierung und digitale Infrastruktur, Umbau der Innenstädte und Ortskerne, Klimaschutz und Klimafolgenanpassung und weitere dringende notwendige Vorhaben, die seit vielen Jahren nicht realisiert werden konnten.

Entlastungen bei Bürokratie

„Um den Konjunkturmotor nach der Krise anwerfen zu können und die hoffentlich vorhandenen Mittel auch schnell investieren zu können, brauchen wir Entlastungen bei Bürokratie und Vergaberecht“, so Spiegler. Ein Vorbild könne das Konjunkturpaket nach der Finanzkrise im Jahr 2009 sein, bei dem eine große Zahl an bürokratischen Hürden beiseite geräumt wurde. Mit starken und handlungsfähigen Städten und Gemeinden werde es gelingen, auch die Folgen der Pandemie zu überwinden. Denn auch in dieser Krise lägen Chancen.

Spiegler und Landsberg zufolge haben die Menschen die Erfahrung gemacht, dass man eine derartige Bedrohungssituation besser durchsteht, wenn man zusammenhält. Auch habe sich gezeigt, dass der Staat insgesamt funktioniert. Er habe Hilfe nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für die Menschen organisiert und geleistet. Eine neue Forsa-Umfrage zeige, dass das Zutrauen der Menschen in die kommunale Familie mit über 58 Prozent deutlich gestiegen ist. „Dieses Vertrauen müssen wir ausbauen und weiter nutzen. Wenn es gelingt, mit star-

ken Städten und Gemeinden vor Ort diesen Weg weiter zu gehen, kann daraus eine Renaissance der kommunalen Selbstverwaltung entstehen.“

Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse

In Zukunft müsse es auch verstärkt darum gehen, das gemeinsame Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Deutschland konsequent weiter voranzutreiben. Die Krise habe die Spreizung zwischen armen und reichen Regionen verstärkt. Bei allen neuen Gesetzen und Verordnungen sollte künftig geprüft werden müssen, ob dieses Vorhaben das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse fördere. Wichtig wäre zudem, dass sich der mediale und politische Scheinwerfer nicht immer wieder ausschließlich auf die wenigen Metropolen in Deutschland richtet. Die Mehrheit der Menschen lebe eben nicht in Großstädten, sondern in den weniger dicht besiedelten Regionen und ländlichen Räumen. „Ob Pop-Up-Radwege in Berlin oder Hamburg, der Ausbau des städtischen ÖPNV oder der Wohnungsmangel in Ballungsräumen – all dies wird in der Öffentlichkeit vorrangig unter dem Aspekt der Metropole gesehen. Das muss aufhören“, forderten die DStGB-Repräsentanten.

Wohnen und Arbeiten besser zusammenzuführen

Mit dem Ziel einer Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse und einem Mehr an Dezentralisierung sei es notwendig, Wohnen und Arbeiten besser zusammenzuführen, machten Spiegler und Landsberg deutlich. Die neuen und oft mobilen Arbeitswelten würden hier große Chancen. Dies würde die oft überhitzten Ballungkerne entlasten und die Potenziale der ländlichen Räume, gerade beim Wohnen, zu investieren, um dringende notwendige Konjunkturimpulse zu setzen. Dafür brauche es die Unterstützung von Bund und Ländern. Eine Dezentralisierung reduziere die vielen täglichen Pendlerströme in die Metropole und schütze damit gleichermaßen Mensch und Umwelt.

Als „gut und richtig“ wird in diesem Zusammenhang die Weiterentwicklung der Elektromobilität erachtet. Gleichwohl dürfe nicht außer Acht gelassen werden, dass hunderttausende Menschen auf ihr Auto angewiesen sind, weil sie als Pendler aus den ländlichen Räumen über hunderte von Kilometern täglich in die Städte gelangen müssen. „Wir müssen bei allen Verkehrskonzepten im Blick haben, dass Stadt und Land voneinander profitieren“, so die Verbandsvertreter.

Baulandmobilisierung

Apropos Wohnen: Ein zentrales Problem bleibt die Baulandmobilisierung. Diese muss nach Auffassung des DStGB getreu dem Grundgesetz-Postulat „Eigentum verpflichtet“ stärker an einer kommunalen und an Allgemeinwohlbelangen ausgerichteten Steuerung orientiert sein. Wichtig sei, die geplanten Neuerungen im Baulandmobilisierungsgesetz schnell umzusetzen. Speziell die Stärkung kommunaler Vorkaufsrechte, die Einführung eines sektoralen Bebauungsplans zur Festsetzung von Flächen für den sozialen Wohnungsbau, aber auch die bis Ende des Jahres 2022 geplante Verlängerung des § 13 b BauGB zur Einbeziehung von kleinen Außenbereichsflächen in das beschleunigte Verfahren, der Schaffung bezahlbaren Wohnraums bei den Vorkaufsrechten müssten Städte und Gemeinden auch deren

Ausübung zum Verkehrswert festlegen können.

Um den Wohnungsbau anzukurbeln, sei auch die Musterbauordnung derart weiter zu entwickeln, dass die Potenziale der Digitalisierung genutzt und Verfahren beschleunigt werden. Die Einführung der Typengenehmigung in die Musterbauordnung müsse von den Ländern zeitnah in ihre Landesbauordnungen übernommen werden. So könnten kostensparende Verfahren wie das serielle und modulare Bauen forciert werden.

Vollkasko-Mentalität und Staatsgläubigkeit eindämmen

Insgesamt gilt es aus Sicht des DStGB aber auch, die zunehmende Vollkasko-Mentalität und Staatsgläubigkeit einzudämmen. Die richtigen und umfangreichen Hilfsmaßnahmen von Bund, Ländern und Kommunen hätten oftmals den Eindruck vermittelt, der Staat könne alles und überall leisten. So würden immer neue und differenzierte Rechtsansprüche in der Politik diskutiert und vorangetrieben. Beispiele: der Rechtsanspruch auf kostenlose Ganztagsbetreuung in der Schule, der Rechtsanspruch auf ein bedingungsloses Grundeinkommen oder ein Anspruch auf Homeoffice. Dabei werde regelmäßig verkannt, dass der Staat nur das verteilen kann, was er vorher über Steuern eingenommen hat.

„Hier brauchen wir eine Trendwende und das ehrliche Eingeständnis, dass die Corona-Krise uns finanziell dauerhaft und nachhaltig fordern wird. Vieles, was wünschenswert ist, ist nicht finanzierbar. Wir warnen ausdrücklich davor, gerade in den Wahlkämpfen 2021 immer neue und kostenintensivere Versprechungen zu formulieren und zu fordern“, unterstrichen Spiegler und Landsberg und ergänzten: „Wir müssen alles dafür tun, dass unser bewährter Sozialstaat leistungsfähig und finanzierbar bleibt. Dazu gehört aber auch Mut, Eigeninitiativen zu fördern und zu fordern. Wir dürfen die Leistungsbereitschaft als wesentliches Element einer Sozialen Marktwirtschaft nicht kleinreden. Wir müssen deutlich machen, dass ohne eine erfolgreiche deutsche Wirtschaft auch der Sozialstaat in Gefahr gerät.“

„Der starke Zusammenhalt und das Bekenntnis zu einem gemeinsamen Europa und gemeinsamen Werten waren und sind die besten Begleiter, um die Krise zu überwinden und eine krisenfestere, lebenswerte Zukunft zu gestalten“, stellten die DStGB-Repräsentanten abschließend fest. DK

Grünes Licht für interkulturelle Projekte

Bayerns Innen- und Integrationsminister Joachim Herrmann hat grünes Licht für die weitere finanzielle Unterstützung interkultureller Projekte 2021 gegeben. Dabei handelt es sich um die HEROES-Projekte in Augsburg, Nürnberg und Schweinfurt, das Projekt „habadEhre“ in Regensburg, und das Projekt „W³- Wissen, Werte, Wir. Farbe bekennen“ in Rosenheim. In diesen Erfolgsprojekten setzen sich junge Menschen in regelmäßigen Trainings mit Themen wie Ehre, Identität, Geschlechterrollen und Menschenrechten auseinander.

„Die Projekte haben sich bewährt“, stellte Herrmann fest. Alle Angebote leisteten wertvolle Arbeit, um die Grundlagen einer demokratischen, offenen und freien Gesellschaft zu vermitteln und gemeinsam entsprechende Werte zu bilden. Der Freistaat Bayern unterstützt die interkulturellen Projekte im kommenden Jahr mit einer Fördersumme von rund 600.000 Euro.

Für ein gleichberechtigtes, menschenrechtsbasiertes Zusammenleben

Dem HEROES-Konzept liegt die Idee zugrunde, dass alle Menschen in einer Gesellschaft ungeachtet ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer Herkunft, ihrer Nationalität, ihres Alters und ihres sozioökonomischen Status gemeinsam für ein gleichberechtigtes, menschenrechtsbasiertes Zusammenleben einstehen. Die HEROES-Teams bestehen dementsprechend bewusst aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit unterschiedlicher Sozialisations- und Migrationsgeschichte.

HEROES arbeitet in zwei Schritten: Zunächst leitet die Initiative Gruppen für junge Männer aus Ehrenkulturen, die über Themen wie Gleichberechtigung, Ehre und Menschenrechte diskutieren und in ihrem Alltag und in der Gesellschaft etwas verändern wollen. Im Fokus steht dabei die Problematisierung der Männerrolle im Kontext der Ehrenunterdrückung von Mädchen und Frauen. Ziel ist es, Jungen und jungen Männern die Möglichkeit zu geben, sich von diesen Machtstrukturen zu distanzieren. Die jungen Männer werden mit pädagogischen Methoden dazu motiviert, Stellung zu beziehen: gegen die Unterdrückung im Namen der Ehre sowie für die Durchsetzung der Menschenrechte und Gleichberechtigung der Geschlechter.

habadEHRE ist ein kulturübergreifendes, pädagogisches Konzept zur Förderung der Gleichberechtigung aller Menschen unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Alter, Religion und Ethnie. Entsprechend des Projektnamens ist die Auseinandersetzung mit dem Thema „Ehre und

Respekt“ das zentrale Anliegen. Das Projekt ist in zwei Phasen aufgebaut: In der ersten Phase wird eine Gruppe von acht bis zwölf interessierten Jugendlichen über einen Zeitraum von zehn Monaten zu zertifizierten Workshopleitern, den sog. FAIRmittlern, umfassend ausgebildet. In Phase 2 leiten diese eigenständig in Zweiertteams Workshops zum Thema „Ehre, Respekt und Gleichberechtigung.“ Im Peer to Peer Setting können die Inhalte auf einer persönlicheren Ebene diskutiert werden und zu einem konstruktiven Austausch beitragen.

Ziel: Wissen vermitteln, Werte bilden und ein „Wir“ wirklich leben

Wissen vermitteln, Werte bilden und ein „Wir“ wirklich leben, lautet das Ziel des Projekts W³ der Gesellschaft zur Förderung beruflicher und sozialer Integration (gfi) gGmbH. W³ soll das Einfügen in eine Gemeinschaft fördern: Menschen aller Geschlechter und Nationalitäten, aller Kulturen und religiöser Zugehörigkeiten sollen gewaltfrei und gleichberechtigt miteinander leben können. Dafür vermittelt W³ den Jugendlichen die Grundlagen einer demokratischen, offenen und freien Gesellschaft, bildet und festigt gemeinsam mit ihnen die entsprechenden Werte. Es geht darum, Menschenwürde zu achten, extremistische Ideologien zu durchbrechen, verantwortungsvoll miteinander umzugehen und Vielfalt zu akzeptieren.

Das Angebot beinhaltet intensive Trainings wie auch Bildungsreisen im In- und Ausland, die während der Trainingsphase unternommen werden. Mit ihrem erweiterten Ansatz beziehen die „W³- Projekte“ gezielt auch junge Frauen ein.

Aufgrund der aktuellen Lage startet das Projekt am neuen Standort in Traunstein zunächst mit einer geschlechtergemischten Gruppe. Nach dem erfolgreichen Absolvieren der Trainingsphase erhalten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer offiziell ihre neue Funktion als Multiplikatoren und werden damit zu W³-Wissensträgern. In dieser Funktion planen sie Workshops für junge Menschen (beispielsweise in Jugendtreffs) und sorgen so dafür, dass sich der Wirkungskreis von W³ weit über die eigentliche Projektgruppe hinaus ausbreitet.

Das Projekt wird aus Mitteln des bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration gefördert. DK

tiven Industrie- und Dienstleistungsstandort mit großer Branchenvielfalt entwickelt.

Die Stadt bietet eine ausgezeichnete Lebensqualität vor allem für junge Familien. Kinderbetreuung in Krippen und Kindergärten sowie ein umfangreiches Bildungsangebot an allen Schularten sind umfassend vorhanden. Den Ruf einer Kulturstadt, der weit über die Grenzen des Landkreises hinausstrahlt, verdankt die Stadt dem hervorragenden Kulturprogramm und ihren vielen kulturellen Einrichtungen. Sulzbach-Rosenberg gilt nicht umsonst als „Herzogstadt mit Flair“. □

Mein Herz ...

(Fortsetzung von Seite 3)

es ist, nicht nur die Anzahl von Pflegefachkräften zu haben, sondern auch die gute Ausbildung, egal in welchem Bereich. Also wir brauchen einen Fokus nicht nur auf die Quantität, sondern entsprechend auch auf die Qualität der Ausbildung.

GZ: Und wahrscheinlich dann auch auf die entsprechende Entlohnung ...

Krahl: Die Politik macht es sich seit Jahren einfach, wenn sie sagt: „Okay, wir müssen den Pflegekräften vermeintlich mehr Geld zahlen, dann wird alles gut.“ Das wird so einfach nicht funktionieren, denn es geht nur um Rahmenbedingungen. Es geht darum: Wie können wir es schaffen, dass meine Kolleginnen und Kollegen auf der Station den Beruf, den sie erlernt haben, so auch ausüben können. Es geht um die Gestaltung, Vorbereitungsarbeiten und nicht zuletzt natürlich um die Ausbildung. Da wird der Grundstein für all das gelegt. Es ist nicht richtig, dass Auszubildende in der professionellen Pflege – bereits ab dem ersten Stationseinsatz – nicht das Recht auf Ausbildung haben, sondern voll mitarbeiten müssen. Da werden diese Leute verbrannt und werden sich über kurz oder lang umorientieren und das dürfen wir einfach nicht zulassen!

GZ: Laut Wikipedia haben Sie zuerst eine Ausbildung zum Bankkaufmann gemacht und dann aber zum Krankenpfleger umgesattelt. Warum?

Krahl: Wenn Sie Wikipedia gelesen haben, dann sehen Sie auch, dass ich im Bayerischen Wald geboren und aufgewachsen bin. Und im Bayerischen Wald macht man als guter Sohn das, was die Mama rät. Das war dann die Bankausbildung. Danach habe ich dann den Beruf erlernt, für den mein Herz schlägt.

GZ: Haben Sie noch eine Partnerschaft an unsere Leserschaft?

Krahl: Gerade die kommunalen Krankenhäuser nehmen uns im Moment die Hauptlast in der Pandemie ab. Zukunftsgerichtete Politik im Gesundheitswesen heißt also, dass wir wirklich gerade die kommunalen Häuser und die kommunalen Versorgungsstrukturen zukunftsfest gestalten. Und dass wir das in Zukunft ermöglichen, dafür braucht es einen gesamtgesellschaftlichen Kraftakt über alle Instanzen hinweg – egal ob das der Kreistag, der Landtag oder der Bundestag ist. red

Sulzbach-Rosenberg komplettiert Bayerns größten Kommunalverband

Alle kreisangehörigen Gemeinden, Märkte und Städte sind ab jetzt Mitglied beim Bayerischen Gemeindetag

„Das ist ein starkes und eindrucksvolles Zeichen kommunaler Solidarität“, sagte Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl. Die Stadt Sulzbach-Rosenberg (Lkr. Amberg-Sulzbach) ist ab 1. Januar 2021 das 2.031. Mitglied des Bayerischen Gemeindetags. Mit ihrem Beitritt zu Bayerns größtem Kommunalverband sind nun alle kreisangehörigen Städte, Märkte und Gemeinden des Freistaats Bayern Mitglied des seit dem Jahre 1912 bestehenden Verbands. „Sulzbach-Rosenberg zeigt mit seinem Beitritt kommunale Solidarität unter den kreisangehörigen Kommunen und stärkt die Durchschlagskraft des gesamten Verbands.“

Mit sämtlichen kreisangehörigen Gemeinden, Märkten und Städten im Rücken können wir als Verband noch stärker als bisher die kommunalen Anliegen gegenüber der Bayerischen Staatsregierung und dem Bayerischen Landtag zur Sprache bringen“, sagte Brandl.

Sulzbach-Rosenberg ist mit 20.000 Einwohnern die größte

Stadt im Landkreis Amberg-Sulzbach. Über Jahrhunderte wuchs die Stadt mit dem Eisenerzbergbau und der Eisenverhüttung. Die gute Verkehrsinfrastruktur durch die Anbindung an Autobahnen und Bundesstraßen machen Sulzbach-Rosenberg als Wirtschaftsstandort attraktiv. Sie konnte sich deshalb zum heutigen modernen und attrak-

Attraktives Zukunftsbild für Rohrenfels

Erdgas und Breitband stellen Zukunft sicher

Die Gemeinde Rohrenfels ist ans Erdgasnetz angeschlossen, dies ist ein großer richtungsweisender Schritt in eine zukunftsorientierte Energieversorgung. Die Firma SPANTEC wird als Erste mit Erdgas versorgt.

„Die persönliche Chemie zwischen der Gemeinde und dem SPANTEC-Team hat von Anfang an gepasst. Die nachhaltige Philosophie, sowie das Bekenntnis zu investieren und den Standort im Ortsteil Wagenhofen gemeinsam mit uns weiter entwickeln zu wollen, hat uns überzeugt“, erklärt Bürgermeisterin Manuela Heckl und lobt gleichermaßen ihren Vorgänger Wigbert Kramer, der seinerzeit die Initialzündung zu der Ansiedlung gegeben hat und maßgeblich an der Realisierung beteiligt war. Mit der schwaben netz-Mannschaft um Uwe Sommer, Prokurist, war sich Manuela Heckl eines starken Partners an ihrer Seite sicher.

Effizientes Zusammenspiel für den Kunden

Sommer, der seit über einem Jahrzehnt, gemeinsam mit seinem eingespielten Team, für Innovationen und Entwicklungen im Netzvertrieb von schwaben netz verantwortlich zeichnet, sieht sich als Mannschaftsspieler: „Hier haben wir hochkonzentriert Hand in Hand gearbeitet. Ohne den vollen Einsatz der Technik-Mannschaft von schwaben netz, insbesondere von Hochdruckmeister Josef Groß und der Tiefbaufirma Femo, die just in diesem Wintereinbruch Herausragendes geleistet haben, hätten wir bei der Witterung den Zeitplan nicht halten können.“ Der Kunde SPANTEC benötigt eine große Anschlussleistung, die in etwa dem Bedarf von gut 50 Einfamilienhäusern entspricht (wenn pro Haus rund 15 kW gebraucht werden). Seit Anfang Dezember fließt Erdgas in das brandneue, hochmoderne Produktionswerk.

Der Heimkehrer

Die international tätige Firma SPANTEC hatte den Zugang zum klimaschonenden Energieträger Erdgas zur Voraussetzung für die Ansiedlung gemacht. „SPANTEC ist ein Systemanbieter für geotechnische Produkte. Da ist es wichtig, dass die Energiebilanz passt, auf die gerade im skandinavischen Raum vermehrt Wert gelegt wird und mit unter den Ausschlag für die Auftragsvergabe geben kann“, erläutert Geschäftsführer und Hauptanteils-eigner Dipl.-Ing. Thomas Schäfer des Spezialunternehmens

Weihnachtsspende für Raphael Hospiz Verein Günzburg:

schwaben netz spendet 5.000 Euro

Einen Scheck über 5.000 Euro übergab Gabriele Krybus, Konzernmanagement schwaben netz, an Dr. Peter Müller, erster Vorsitzender beim Raphael Hospiz Verein Günzburg. schwaben netz ist die 100-prozentige Unternehmenstochter von erdgas schwaben.

„Die Menschen, die sich im Raphael Hospiz Verein um Sterbe- und Trauerbegleitung kümmern, engagieren sich ausschließlich ehrenamtlich. Wir finanzieren uns unter anderem aus Spenden“, sagte Dr. Peter Müller. „Wir freuen uns deshalb sehr über die Weihnachtsspende. Damit drücken die schwaben netz-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Wertschätzung für unsere Arbeit aus und tragen dazu bei, dass unser Engagement sichtbar wird.“

Gabriele Krybus betont: „Wir nehmen unsere gesellschaftliche Verantwortung als Unternehmen und Wirtschaftsfaktor vor Ort ernst. Gerade jetzt

für Spann- und Ankertechnik. „Der gebürtige Neuburger Schäfer, den es ist nach dem Abitur in die Ferne zog, kehrt nun, nach beinahe 30 Jahren, quasi zu seinen Wurzeln zurück.“, philosophiert Schäfer. In Wagenhofen entsteht im Augenblick ein komplett neues modernes Produktionswerk mit der weithin sichtbaren und über 8.000 qm großen Produktionshalle sowie die neue Firmenzentrale. Der beeindruckende Neubau wird bis Ende des Jahres bezogen.

„Immer da, wo es spannend wird, sind unsere Anker mit im Spiel“, lacht Thomas Schäfer (46). An exotischen Orten ebenso wie beispielsweise in Bhutan im Himalaya aktuell beim Bau eines Wasserkraftwerkes oder beim Bau der Fehmarnbeltquerung, der geplanten neuen Verkehrsverbindung unter der Nordsee hindurch zwischen Dänemark und Deutschland. Hier liefert SPANTEC spezielle Testtanks.

„Ebenso haben wir für ein Großprojekt in Kopenhagen komplett neu entwickelte Glasfaseranker geliefert. Ja, und Stuttgart 21, das Prestigeobjekt der Deutschen Bahn mit Tieferlegung des Stuttgarter Hauptbahnhofes steht im Wesentlichen auf unseren Ankern.“ Der Familienvater übertreibt nicht mit seinem Motto „wo es spannend wird, ist SPANTEC dabei.“ Ende Januar 2021 soll der Umzug des Headquartiers in die Heimat beendet sein.

gas&glas-Projekt von erdgas schwaben in Wagenhofen

Die Gemeinde Rohrenfels profitiert insgesamt von dem gas&glas-Projekt von erdgas schwaben im Ortsteil. 70 % der Wagenhofener sind überzeugt und setzen auf den klimaschonenden Energieträger Erdgas und den High-Speed Glasfaseranschluss. schwaben netz hat für die Netzerweiterung bereits die Hälfte der Leitungen gebaut, der 2. Teil folgt dann im Jahr 2021, sobald es das Winterwetter zulässt. Die Infrastruktur, also Energienetz und Leerrohr für Breitbandversorgung, ist damit zukunftsfest: „Über ein Erdgasnetz kann morgen grünes, nachhaltig erzeugtes Gas fließen und übermorgen Wasserstoff“, erklärt Uwe Sommer die nachhaltige Energieversorgung. □



Von rechts: Joachim Konrad, Erster Bürgermeister in Altusried, Monika Steinhauser, Bücherbusfahrer, Christine Aicher, Leiterin der Bücherei Altusried, und Helmut Kaumeier, Leiter Kommunalkunden erdgas schwaben. □

2000 Euro für Allgäuer Leseratten

erdgas schwaben spendet für Altusrieder Bücherbus

Neuen Lesestoff für kleine und große Leseratten konnten Christine Aicher und Monika Steinhauser von der Gemeindebücherei Altusried einkaufen. Denn erdgas schwaben hatte 2000 Euro gespendet, und dafür gibt's jetzt neue Kinder- und Bilderbücher, Spiele, DVDs und CDs, außerdem Sachbücher und Romane.

„Eine Bücherei gehört für mich zum unverzichtbaren kulturellen Angebot einer Gemeinde unserer Größe und erhöht die Lebensqualität unserer Bürger“, sagt Joachim Konrad, Erster Bürgermeister in Altusried.

Kulturelles Angebot und mehr Lebensqualität durch die mobile Bücherei

Seit 1984 kommt die mobile Bücherei zu ihren Lesern in den weit auseinander liegenden Ortsteilen. Das ist allgäuweit einmalig. Vor allem junge Familien stöbern gerne in den rund 2500 Medien, die der Bus anbietet.

Die neuen Medien ergänzen den Bestand des Altusrieder Bücherbusses. Monika Steinhauser fährt damit zweimal in der Woche abwechselnd die Ortsteile

Krugzell, Kimratshofen, Muthmannshofen und Frauenzell an. Mit den Grundschulen in Krugzell und Kimratshofen gibt es eine enge Zusammenarbeit.

erdgas schwaben unterstützt vor allem Einrichtungen für Kinder und Jugendliche

erdgas schwaben ist den Menschen in der Region seit mehr als 150 Jahren eng verbunden und übernimmt als Unternehmen soziale Verantwortung. „Im Mittelpunkt stehen dabei vor allem Einrichtungen, die Kinder und Jugendliche unterstützen – wie Büchereien“, betont Helmut Kaumeier, Leiter Kommunalkunden erdgas schwaben. „Sie leisten nicht nur einen wichtigen Beitrag zur Bildung, sondern spielen auch eine große Rolle als Treffpunkt für Kinder und Jugendliche.“ □

Naturstrom Abensberg gewinnt weiteren Partner

Die Stadt Abensberg freut sich, mit der Michael Glatt Maschinenbau GmbH einen weiteren, bedeutenden Partner von Naturstrom Abensberg gewonnen zu haben. Die Leitung der Stadtwerke Abensberg hat bei einem Termin im November mit Geschäftsführer Martin Dreßen noch einige Details besprochen, damit im Dezember die Einspeisung von Strom, gewonnen aus Sonnenkollektoren, in den Naturstrom Abensberg-Pool erfolgen kann.

Dreßen sieht in der eigenen Stromproduktion und in der Zusammenarbeit mit dem Naturstrom Abensberg-Pool wesentliche Vorteile für sein Unternehmen und für den Standort Abensberg: „Nachdem ich erfahren habe, dass es in Abensberg eine eigene Naturstrom-Marke gibt, habe ich mich um den Aufbau einer starken PV-Anlage bemüht.“

Mit der in kürzester Zeit durch Fachbetriebe errichteten Sonnenkollektoranlage, auf vier Dächern des Unternehmens verteilt, erzeugt Dreßen nun im Jahr 410.000 kWh. Das Unternehmen, das im Jahr 2019 etwa 1.000 Tonnen Stahl verarbeitet hat, benötigt davon rund 230.000 kWh. Rund 180.000 kWh werden in den Naturstrom Abensberg-Pool eingespeist. Eine andere Option wären Speichermöglichkeiten gewesen; die aber sind für Dreßen derzeit noch nicht wirklich ausgereift.

Mit Hans Schmid, dem Leiter der Stadtwerke Abensberg, hat er sich deshalb intensiv ausgetauscht. Heraus kam eine Zusammenarbeit, die aus dem Maschinenbau-Unternehmen einen Naturstrom Abensberg-Einspeiser macht.

Ausbildungszentrum entsteht

Dreßen hat noch weitere Pläne für die Stromproduktion – wie bereits im Gespräch mit Abensbergs Erstem Bürgermeister Dr. Uwe Brandl anlässlich des 95. Firmenjubiläums im letzten Jahr bekannt wurde, setzt der Geschäftsführer auf ein eigenes Ausbildungszentrum. Dieses wird in einer sanierten Fertigungshalle entstehen. Derzeit wird geprüft, ob auch die sanierte Halle mit PV bestückt wird.

Nötig ist die Sanierung, so Dreßen, „weil unsere Marktstellung und die Auftragsituation trotz Corona gut sind.“ Außerdem hofft er, dass die Investitionen in ein eigenes Ausbildungszentrum die Gewinnung von Azubis erleichtert. Im Ausbildungszentrum sollen Anlagenmechaniker in den Fachrichtungen Schweißtechnik und Apparate- und Behälterbau ausgebildet werden, auch Technische Produktdesigner und Büromanagement sind angedacht. Gerade für den Grundkurs Metall müssen Azubis nach Schwandorf – „Das können wir den Betrieben hier auch anbieten.“ Auch die Schulen könnten das Ausbildungszentrum nutzen, betonte Dreßen aktuell nochmals.

Die Michael Glatt Maschinenbau GmbH mit Sitz in der Industriestraße in Abensberg gehört zu den Marktführern im Bereich der Fertigung von hochwertigen Druckbehältern und Apparaten. Insbesondere für die Weltmarktführer der Chemische Industrie, der Pharmazie und Biotechnologie sowie der Silizium-Industrie konnte sich das Unternehmen als kompetenter Geschäftspartner etablieren.

Wichtiger Baustein hin zu einer CO2-freien Stadt

Gestartet im Februar 2019, hat sich die Marke Naturstrom Abensberg in einem harten Markt etabliert; der Schritt in den Landkreis erfolgte im Frühjahr 2020. „Naturstrom Abensberg“ ist ein wichtiger Baustein hin zu einer CO2-freien Stadt Abensberg, die mit dem Ziel einer stromautarken Kommune auch einen Standpunkt zur Starkstromtrassen-Diskussion setzt. □



Energie für heute und morgen

Mein ÖkoGas –
100 % CO₂-neutral

Echt fair für Ihre Zukunft

erdgas-schwaben.de



erdgas schwaben
sicher, günstig, nah

Auf dem Weg zur Energie ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Schürmann: Die LEW-Gruppe ist seit Jahrzehnten in der Stromerzeugung, der Stromverteilung und dem Energievertrieb aktiv. Um unsere Netzinfrastruktur zu steuern, haben wir eigene Glasfaserleitungen genutzt. Vor etwa 20 Jahren wurde die LEW TelNet GmbH gegründet. Sie erbrachte zunächst vor allem interne Dienstleistungen für die LEW-Gruppe. Weil sich Bedarf und Rahmenbedingungen entsprechend entwickelten, entschlossen sich die Lechwerke in der Folge, die Wertschöpfungskette zu vertiefen und mit LEW TelNet auch Angebote für Unternehmen und Behörden aufzulegen. Als Bund und Land 2009 entsprechende Breitband-Förderprogramme ins Leben riefen, nutzten wir auch diese konsequent. Mittlerweile kann LEW TelNet auf einen erheblichen Marktanteil in unserer Region verweisen. In einzelnen, ausgewählten Kommunen setzen wir auch privatwirtschaftlichen Ausbau von Glasfaser um.

Förderprogramme nutzen

GZ: Ist es möglich, privatwirtschaftlichen Ausbau mit Förderprogrammen zu ergänzen?

Schürmann: Auch das. Seit 2009 nutzt LEW TelNet gemeinsam mit Kommunen Förderprogramme zur Breitbandgrundversorgung in Bayern zum Aufbau von Hochgeschwindigkeitsnetze in Bayern. Gerade im ländlichen Raum bei der Erschließung von Orten und Ortsteilen in den Außenbereichen sind nicht selten einzelne Weiler und Höfe anzutreffen. Hier raten wir den Kom-

munen, entsprechende Förderprogramme zu nutzen, um am Ende eine flächendeckende Erschließung mit guter Versorgung zu gewährleisten. Darüber hinaus enthält unser Portfolio auch eigenwirtschaftlichen Ausbau: etwa bei Neubau- und Gewerbegebieten sowie in ausgewählten Kommunen mit dem Produkt LEW Highspeed, mit dem wir Intranet, Telefonie und TV-Dienste über Glasfaser bis ins Haus bieten. Unser Ziel ist, gemeinsam mit den Kommunen in unserer Region den Breitbandausbau bestmöglich voranzutreiben.

GZ: Wie ist die Nachfrage? Wie weit reicht Ihr Aktionsradius?

Schürmann: LEW TelNet hat seit 2009 insgesamt etwa 250 Breitbandprojekte umgesetzt. Der privatwirtschaftliche LEW Highspeed-Glasfaserausbau (seit 2018) umfasst aktuell 14 Projekte. Unser Versorgungsgebiet schließt sowohl Schwaben als auch traditionell Teile Oberbayerns mit ein. Zwischen Donauwörth und Schongau, von Landsberg bis Ulm, betreiben wir ein mittlerweile 4.500 Kilometer langes Glasfasernetz. In diesem Bereich sind wir der größte regionale Glasfasernetzbetreiber. Zum Vergleich: Als LEW TelNet 1997 an den Start ging, waren es 700 Kilometer, 2009 mit Beginn des Förderprogramms 1.100 Kilometer und 2018 3.000 Kilometer Glasfasernetz.

GZ: Welche Schritte umfasst der Breitbandausbau mit LEW Highspeed?

Schürmann: LEW Highspeed setzen wir in ausgewählten Kommunen um. Am Anfang steht zunächst einmal die Abstimmung

mit Bürgermeistern und kommunalen Gremien. So eine flächendeckende Glasfaserschließung ist ein Kraftakt, bei dem alle gemeinsam an einem Strang ziehen müssen. Dann gehen wir in die so genannte Vorvermarktung, die in der Regel zwei Monate dauert. Mittels Veranstaltungen vor Ort bzw. Online-Beratungen ist die Marktresonanz dann sehr schnell spürbar. Fakt ist, dass in den allermeisten Fällen die nötige Vorvermarktungsquote von mehr als 35 Prozent der Haushalte erreicht wird, oft deutlich mehr. Gehen wir in die Umsetzung mit LEW Highspeed, haben Kunden dann zum Beispiel den Vorteil, den Hausanschluss kostenlos zur Verfügung gestellt zu bekommen.

Grundsätzlich ist die Zusammenarbeit mit den Kommunen sehr eng und konstruktiv. Das hat auch damit zu tun, dass die Lechwerke bereits seit 120 Jahren in der Region aktiv sind.

Wichtiger Standortfaktor

GZ: Das heißt, Sie haben keine Schwierigkeiten, Kommunen zu finden, die ausbauen wollen?

Schürmann: Das ist richtig. Die Glasfasertechnologie ist ein wichtiger Standortfaktor, für uns ein klares Wachstumsthema. Gerade in den vergangenen Corona-Monaten haben uns übrigens auch viele Unternehmenskunden mit Blick auf das Thema Homeoffice vermehrt kontaktiert. Bei diesen Kunden haben wir dann schnell höhere Übertragungskapazitäten zur Verfügung gestellt. So konnten wir den Geschäftsbetrieb der Unternehmen unterstützen und zudem einen Mehrwert in der Region generieren.

GZ: Die Lechwerke AG gehört jetzt ebenso wie das Bayernwerk zur E.ON-Gruppe. Gibt es Projekte, in denen der Breitbandausbau gemeinsam gestemmt wird?

Schürmann: In der Gemeinde Merching haben LEW und Bayernwerk als Netzanbieter erfolgreich ein gemeinsames Glasfaser-Pilotprojekt gestartet. Nun wird das Breitbandnetz der Gemeinde auf den neuesten Stand der Technik gebracht.

GZ: Themenwechsel. Die Lechwerke blicken – wie bereits erwähnt – auf eine 120-jährige Geschichte zurück. Der Name verrät, wo der Konzern seinen Ursprung hat. Wie wichtig ist die Wasserkraft für das Erreichen einer Energiewende und sehen Sie in Ihrem Versorgungsgebiet oder generell Ausbaupotenzial?

Schürmann: Verglichen mit anderen Bundesländern ist die Wasserkraft in Bayern eine sehr starke erneuerbare Energiequelle. Unsere Wasserkraft verknüpft in idealer Weise Tradition und Moderne. Das ist auch die DNA der Lechwerke. Wir wollen Gestalter sein für die Energiewende in Bayerisch-Schwaben. Gerade LEW Wasserkraft steht für die Optimierung der Wasserkraft, für Nachhaltigkeit und neue Wege der Zusammenarbeit im Dialog mit Kommunen, Verbänden, Vereinen, Anliegern und der Wissenschaft. Nicht umsonst wurde sie 2019 mit dem Bayerischen Umweltpreis ausgezeichnet. Die Wasserkraft ist der Ursprung der LEW und gleichzeitig wichtiger Baustein der Energiezukunft.

GZ: Welche Möglichkeiten bieten sich aktuell?

Schürmann: Wir sehen zwar momentan keine Möglichkeit, Wasserkraftwerks-Neubauten zu realisieren. Aber wir sehen die Chance, Modernisierungsprojekte weiter voranzutreiben, sprich beispielsweise den Wirkungsgrad zu steigern. Womit wir wieder beim Thema Digitalisierung sind.

GZ: Das heißt, es werden jetzt nicht unbedingt neue Turbinen eingebaut, sondern es wird digital nachjustiert?

Schürmann: Sowohl als auch. Am LEW-Wasserkraftwerk in Meitingen beispielweise, das neben den Werken in Gersthofen und Langweid als UNESCO-Welterbestätte ausgezeichnet wurde, haben wir neben der Modernisierung der Kraftwerksteuerung auch neue Turbinen eingebaut, die jetzt einen noch höheren Wirkungsgrad haben.

Natürlich sind wir immer bestrebt, unsere Prozesse zu optimieren und damit effizienter zu realisieren. In Hochwasser-Situationen müssen wir zum Beispiel immer auch darauf vorbereitet sein, die Fahrweise der Wasserkraftanlagen entsprechend anzupassen. Hierzu ist ein störungsfreier Betrieb erforderlich. Deshalb haben wir unsere Wasserkraft-Anlagen weitestgehend mit einem Glasfaseranschluss ausgestattet. Dank der umfassenden Digitalisierung lassen sich nun von unserer Zentralwarte aus alle Kraftwerksfunktionen kontrollieren und bedienen. Mögliche Störungen können präzise analysiert und wo möglich über eine Fernwartung beseitigt werden. Zudem lassen sich die Funktionen des Leitsystems nun auch von außerhalb der Zentralwarte aufrufen. Zum Beispiel vom Laptop eines Servicetechnikers, der vor Ort im Kraftwerk eine Wartung durchführt.

Das Soll ist (fast) erfüllt

GZ: Im Energiekonzept der Bundesregierung ist ein Anteil der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch von 80 Prozent für das Jahr 2050 vorgesehen. Wie hoch ist der Anteil im Energiemix der LEW und welche Position hat die Wasserkraft in diesem Gefüge?

Schürmann: 2019 betrug der Anteil der erneuerbaren Energiequellen in unserem Stromnetz mehr als 70 Prozent, 2020 nach ersten Schätzungen sogar nahezu 80 Prozent. Dabei haben Wasserkraft und Photovoltaik in unserem Versorgungsgebiet jeweils einen Anteil von 36 Prozent, Biomasse 23 Prozent und Wind 5 Prozent. Vor allem die Photovoltaik entwickelt sich dynamisch.

GZ: Stichwort Elektromobilität: Wenn der regional erzeugte Strom auch noch regional genutzt wird, wie mit der Elektromobilität möglich, bleibt die Wertschöpfung daheim. Welche Vorteile ergeben sich für Kommunen, als Vorbild voranzugehen und ihren Fuhrpark entsprechend umzustellen?

Schürmann: Wir setzen auf Elektromobilität. Sie ist ein wichtiger Erfolgsfaktor der Verkehrswende. Diese Antriebsform ist aus unserer Sicht die richtige strategische Ausrichtung für die nächste Generation. Auch hier spielt die Digitalisierung eine wichtige Rolle: Mithilfe intelligenter Ladesteuerung kann ein teurer Netzausbau vermieden und Elektromobilität wettbewerbsfähig gemacht werden. Wie das in der Praxis funktionieren kann, zeigen wir in einer Tiefgarage in Meitingen. Dort haben wir mehrere Stellplätze mit Ladeboxen ausgestattet und ein dynamisches Lastmanagement integriert, unseren sogenannten eLoad Manager. Das Lastmanagementsystem passt die Ladeleistung dynamisch an den Stromverbrauch im Gebäude an. Die E-Autos werden mit der Leistung geladen, die das Gebäude aktuell nicht benötigt. Das verhindert eine Überlastung der Leitungen und ermöglicht gleichzeitig komfortables Laden auch mehrerer Fahrzeuge am selben Entnahmepunkt. Eine aufwendige und teure Erhöhung der Leistung ist damit nicht nötig.

Smart City Konzepte

GZ: Elektromobilität ist nur ein Baustein für eine smarte City oder Region. Beschäftigt sich die LEW mit der Digitalisierung von Kommunen und wenn ja, welche Angebote haben Sie an unsere Leser?

Schürmann: Um sog. Smart City Konzepte umzusetzen, haben wir ein Produkt namens Inno.Live entwickelt. Gemeinsam mit den kommunalen Verwaltungen werden dabei mittels Sensoren Abläufe und Services intelligent vernetzt und digital gesteuert. Dadurch können die Kommunen ihre Arbeitsabläufe optimieren, den Bürgerservice verbessern und Kosten einsparen.

GZ: Haben Sie praktische Bei-

Neue Mitglieder für Oil and Gas Methane Partnership

Thüga Energienetze, schwaben netz und Energienetze Bayern gehören zu den neuen Mitgliedern der Oil and Gas Methane Partnership 2.0 (OGMP 2.0). Diese globale Initiative unter Führung des UN Environment Programme verfolgt das Ziel, die Methanemissionen weltweit zu reduzieren.

Neue Partner, neues Rahmenwerk für das Reporting von Methan-Emissionen: Im November 2020 wurde OGMP 2.0 einem Relaunch unterzogen. Die insgesamt 62 Mitglieder verpflichten sich, ihren Methan-Ausstoß entlang der gesamten Wertschöpfungskette deutlich präziser als bisher zu erfassen, ihn transparent zu machen und vor allem nachweislich zu reduzieren. Bis 2030 sollen die Methan-Emissionen in der gesamten Öl- und Gasindustrie um 60 bis 70 Prozent gegenüber 2015 sinken.

Verteilnetze sind wichtig für Pariser Klimaziele

Vier deutsche Verteilnetzbetreiber haben sich OGMP 2.0 angeschlossen, drei davon gehören zur Thüga-Gruppe: die Tochtergesellschaft Thüga Energienetze sowie die Partnerunternehmen schwaben netz und Energienetze Bayern, der Gas-Verteilnetzbetreiber der Energie-Südbayern-Gruppe. „30 Jahre Emissionen haben die Methan-Emissionen in unseren Netzen bereits erheblich gesenkt“, sagt Michael Riechel, Vorsitzender des Vorstands der Thüga Aktiengesellschaft. „Mit unserem starken Engagement bei OGMP unterstützen wir die Ziele dieser wichtigen Initiative. Zudem wollen wir unsere Erfahrungen und Best-Practices aus der Thüga-Gruppe aktiv in die Arbeit einbringen. Wir sind davon überzeugt, dass unsere Verteilnetze durch ehrgeizige Reduktionsmaßnahmen kombiniert mit der Verteilung von erneuer-

baren und dekarbonisierten Gasen eine wichtige Rolle spielen werden, um die Klimaziele von Paris zu erreichen.“

Hochwertigen Netzbetrieb auf Goldstandard heben

Durch den Beitritt verpflichten sich die beteiligten Unternehmen, den Goldstandard anzustreben. Dafür müssen sie die Methan-Emissionen so exakt wie möglich ermitteln und konkrete Maßnahmen definieren, durch die Senkungen in den nächsten drei Jahren erreicht werden können. Der Erfolg wird jährlich verifiziert. Anton Erb, Geschäftsführer Energienetze Bayern: „Neben der Umsetzung von Maßnahmen im operativen Betrieb sehen wir dringenden Verbesserungsbedarf in der Koordinierung von Bauarbeiten Dritter in der Nähe unserer Gasleitungen, wodurch Beschädigungen und damit Lecks an Gasleitungen reduziert werden können.“

Anselm Pfitzmaier, Geschäftsführer schwaben netz: „Wir werden den Austausch innerhalb von OGMP aktiv dazu nutzen, um von den Best-Practices in anderen Ländern neue Impulse für unser deutsches DVGW Regelwerk zu erhalten.“ Reinhard Wendl, Geschäftsführer Thüga Energienetze: „Thüga Energienetze hat vor rund 20 Jahren das Gussauswechslungsprogramm erfolgreich beendet und betreibt ausschließlich Kunststoff- und Stahlleitungen. Wir werden unser Augenmerk besonders auf Reduktionsmaßnahmen im operativen Betrieb richten.“ □

Bund durch eine Gesetzesänderung den Einbau privater Ladestationen für Elektrofahrzeuge in Mehrfamilienhäusern erleichtert. Sehen Sie hier eine Chance für den Umstieg der Bevölkerung auf Elektrofahrzeuge?

Schürmann: Das ist ein weiterer wichtiger Baustein. Wir stellen aktuell einen erheblichen Zuwachs an Neuanmeldungen von Elektrofahrzeugen fest. Dies hat u.a. mit dem neuen Programm der Bundesregierung „Ladestationen für Elektroautos – Wohngebäude“ (KfW 440) zu tun. Ziel ist es, Privatpersonen zum Umstieg auf elektrisch betriebene Fahrzeuge zu motivieren. Dabei wird ein Investitionszuschuss von 900 Euro pro Ladepunkt gewährt. Insgesamt werden 250.000 private Ladepunkte gefördert. Übrigens betreibt LEW mit mehr als 300 öffentlichen Ladepunkten das größte Ladenetz in der Region. Die Strommengen für alle Ladepunkte stammen ausschließlich aus erneuerbaren Quellen.

Smart City Konzepte

GZ: Elektromobilität ist nur ein Baustein für eine smarte City oder Region. Beschäftigt sich die LEW mit der Digitalisierung von Kommunen und wenn ja, welche Angebote haben Sie an unsere Leser?

Schürmann: Um sog. Smart City Konzepte umzusetzen, haben wir ein Produkt namens Inno.Live entwickelt. Gemeinsam mit den kommunalen Verwaltungen werden dabei mittels Sensoren Abläufe und Services intelligent vernetzt und digital gesteuert. Dadurch können die Kommunen ihre Arbeitsabläufe optimieren, den Bürgerservice verbessern und Kosten einsparen.

GZ: Haben Sie praktische Bei-

spiele für die digitale Steuerung kommunaler Abläufe?

Schürmann: LEW Inno.Live besteht aus drei Komponenten: Sensoren, einem Funksystem und einer eigens entwickelten Datenbank. Die Sensoren erkennen beispielsweise, ob Türen offen oder geschlossen sind, melden volle Müllbehälter oder zeigen an, wann Blumenbeete gegossen werden müssen. Diese Daten übermitteln sie über ein besonders kostengünstiges und energiesparendes LoRa-Funksystem. Über ein Gateway werden die Daten in einem weiteren Schritt per Mobilfunk in eine zentrale Datenbank übertragen und dort aufbereitet. In einem Online-Portal stehen die Informationen den Nutzern zur Verfügung.

Der Effekt ist, dass Kosten reduziert und beispielsweise Fahrwege optimiert werden. Das ist dann auch wieder ein Beitrag zum Klimaschutz. Das Produkt Inno.Live ist in einigen Kommunen wie Stadtbergen, Königsbrunn und Denklingen bereits umgesetzt, mit zahlreichen weiteren Kommunen sind wir im Gespräch.

GZ: Um solche Angebote entwickeln zu können, werden viele Daten benötigt. Welche Zukunftsvision kann mit diesem „Rohstoff der Zukunft“ eines Tages Wirklichkeit werden?

Schürmann: Mit Blick auf die Energiewirtschaft ist die Digitalisierung ein wichtiger Baustein, um unser Klimaschutzziel 2050 zu erreichen. Aus unserer Sicht ist es möglich, ein Energiesystem aus vielen tausend erneuerbaren Energiequellen aufzubauen. Deshalb lautet unsere Strategie: Energiezukunft – grün, digital, dezentral. Unsere Zukunftsvision ist der Dreiklang aus Klimaschutz, Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit. **DK**



KUBUS
KOMMUNALBERATUNG UND SERVICE GMBH

Kompetenz für Kommunen.
Ein Unternehmen kommunaler Spitzenverbände

Für Sie bieten wir folgende Dienstleistungen an:

- Ausschreibung von Strom und Erdgas
 - rechtssichere Energiebeschaffung
 - elektronische Ausschreibung mit elektronischer Auktion
 - digitalisierter Ausschreibungsprozess mit geringem Verfahrensaufwand
 - Bündelausschreibungen
- Beschaffung von Kommunaltechnik
 - neutrale, herstellerunabhängige Leistungsbeschreibung
 - Begleitung bis Auftragserteilung inkl. aller Bekanntmachungen und Benachrichtigungen

KUBUS Kommunalberatung und Service GmbH
Büro München
Germaniastraße 42, 80805 München
☎ 089/44 23 540-0 ✉ bayern@kubus-mv.de

Hauptsitz Schwerin
Bertha-von-Suttner-Straße 5, 19061 Schwerin
☎ 0385/30 31-251 ✉ info@kubus-mv.de

www.kubus-mv.de

BDEW-Jahresbericht „Energieversorgung 2020“:

Stromverbrauch im Corona-Jahr deutlich zurückgegangen

Windenergie inzwischen mit Abstand der wichtigste Energieträger im deutschen Strommix / Kohleverstromung stark rückläufig

Die CO₂-Emissionen der Energiewirtschaft sind in diesem Jahr um 15 Prozent gegenüber 2019 gesunken (2020: 217 Millionen Tonnen CO₂; 2019: 254 Millionen Tonnen). Im Vergleich zu 1990 beträgt die Minderung der CO₂-Emissionen seit 2020 rund 53 Prozent. Das zeigen vorläufige Berechnungen aus dem jetzt veröffentlichten BDEW-Jahresbericht „Energieversorgung 2020“.

„Die Energiewirtschaft ist bei der notwendigen Treibhausgas-Reduktion eindeutig auf Kurs“, sagte Kerstin Andrae, Vorsitzende der BDEW-Hauptgeschäftsführung, auf der Jahresabschluss-Pressekonferenz des Verbandes.

Ein Faktor für die Minderung der CO₂-Emissionen war die auch in diesem Jahr gestiegene Stromerzeugung aus Erneuerbare Energien und der Rückgang der Kohleverstromung: So erzeugten Wind, Photovoltaik, Biomasse und andere regenerative Energieträger 2020 insgesamt 251,7 Mrd. kWh Strom und damit 4,2 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Stromerzeugung aus Steinkohle sank um mehr als ein Viertel, die Stromerzeugung aus Braunkohle um knapp ein Fünftel.

Der besonders starke Rückgang der CO₂-Emissionen in diesem Jahr ist zu einem Teil auch durch die Corona-Pandemie und dem daraus resultierenden wirtschaftlichen Einbruch verursacht. So ist der Stromverbrauch im Jahr 2020 im Vergleich zum Vorjahr um rund 4,4 Prozent auf 543,6 TWh gesunken.

„Was wir für die weitere CO₂-Reduzierung vor allem brauchen, ist ein entschlossener und schneller Ausbau der Erneuerbaren Energien. Die EEG-Novelle, die im Bundestag verabschiedet werden soll, enthält zwar einige positive Ansätze, wird aber noch nicht ausreichen, um der Energiewende den notwendigen Anschlag zu

verleihen“, erklärte Andrae.

„In den vergangenen zehn Jahren haben wir einen regelrechten „Siegeszug“ der Erneuerbaren Energien in der Stromerzeugung erlebt. Insbesondere die Windenergie an Land ist und bleibt der „Packesel“ der Energiewende. Jetzt droht der weitere Ausbau jedoch ins Stocken zu geraten: Durch das Förderende werden immer mehr Anlagen vom Netz gehen. Zudem werden inzwischen zwei von drei Windrädern beklagt.

Erheblicher Nachbesserungsbedarf

Es ist deshalb umso bedauerlicher, dass die Koalition die Chance nicht genutzt hat, im Zuge der EEG-Novelle wichtige Verbesserungen und Erleichterungen für die Erneuerbaren Energien umzusetzen: Konkret hätte die Bundesregierung schon jetzt für bessere Bedingungen für das Repowering sorgen können. Der BDEW hat hierfür bereits Vorschläge vorgelegt. Auch im Bereich des Artenschutzrechts bedarf es endlich handhabbarer und bundesweit einheitlicher Vorgaben. Die Bundesregierung muss dies im ersten Quartal 2021 anpacken.“

Auch im Bereich der Photovoltaik bestehe weiterhin erheblicher Nachbesserungsbedarf. Insgesamt habe es im Jahr 2020 trotz der Corona-Pandemie jedoch auch Fortschritte in der Energiepolitik gegeben, sagte Andrae. Mit dem Kohle-

verstromungsbeendigungssetz gebe es nun einen klaren Plan, um Schritt für Schritt aus der Kohleverstromung auszuweichen. Mit der vom BDEW seit Langem geforderten Einführung der CO₂-Bepreisung in den Bereichen Wärme und Verkehr habe die Bundesregierung einen Paradigmenwechsel in diesen Sektoren eingeleitet.

Dennoch gebe es auch im kommenden Jahr viel zu tun: „Gerade in Hinblick auf die Erhöhung der europäischen Klimaziele gilt es nun, noch einmal mehr Tempo zu geben. Wir müssen alle Potenziale zur Treibhausgasreduzierung ausschöpfen“, sagt Andrae.

Finanzierung der Erneuerbaren reformieren

Mit Blick auf die Elektromobilität müsse die Koalition endlich eine Einigung beim Gebäude-Elektromobilitätsinfrastruktur-Gesetz (GEIG) erreichen, um den Ausbau der privaten Ladeinfrastruktur zu beschleunigen.

Eine zentrale Aufgabe der nächsten Bundesregierung müsse es zudem sein, die Finanzierung der Erneuerbaren Energien zu reformieren. „Das EEG stößt hier mittlerweile an seine Grenzen“, sagt Andrae.

Auch das Thema Wasserstoff müsse weiterhin ganz weit oben auf der Agenda der Politik bleiben. „Mit der Nationalen Wasserstoffstrategie hat die Bundesregierung einen ersten Plan für den Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft vorgelegt. Nun gilt es, diesen Plan in die Tat umzusetzen. Hier spielt auch die Energiewirtschaft eine große Rolle. Der Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft ist eine der zen-

tralen Aufgaben der kommenden Jahre.“

Strom-Erzeugungsmix für das Jahr 2020

Wind, Photovoltaik, Biomasse und andere regenerative Energieträger erzeugten 2020 insgesamt 251,7 Mrd. kWh Strom und damit 4,2 Prozent mehr als im Vorjahr. Ihr Anteil an der Bruttostromerzeugung beträgt nun 44,6 Prozent. Der Anteil der Erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch – die für die Zielerreichung der Erneuerbaren Energien maßgebliche Quote – beträgt 46,3 Prozent. Die Windenergie (Onshore + Offshore) ist mit einer Stromerzeugung von insgesamt 132,8 Mrd. kWh inzwischen mit Abstand der wichtigste Energieträger im deutschen Strommix und erzeugte annähernd so viel Strom wie sämtliche Braun- und Steinkohlekraftwerke zusammen (brutto).

Deutlich zurückgegangen ist auch in diesem Jahr die Stromerzeugung aus Braun- und Steinkohle: Die Stromerzeugung aus Steinkohle sank um mehr als ein Viertel, die Stromerzeugung aus Braunkohle um knapp ein Fünftel. Auch die Kernenergie weist insbesondere aufgrund der Stilllegung des Kernkraftwerks Philippsburg 2 Ende 2019 einen Rückgang auf. Die Stromerzeugung aus Gaskraftwerken legte leicht um 0,7 Prozent zu.

Neben Zahlen zur Stromerzeugung und CO₂-Emissionen der Energiewirtschaft enthält der BDEW-Jahresbericht „Die Energieversorgung 2020“ unter anderem auch Daten zu Gaswirtschaft, Fernwärmeversorgung und Eco-Mobilität in Deutschland. □

Konzern Versicherungskammer beteiligt sich an BayWa r.e.

Nachhaltigkeitsstrategie wird konsequent weiterverfolgt, um Energiewende zu unterstützen

Der Konzern Versicherungskammer steigt als neuer Ankerinvestor bei der BayWa r.e. renewable energy GmbH ein, einem Unternehmen des Agrardienstleisters BayWa AG, München. Als Teil eines Anlegerkonsortiums unter Führung von Energy Infrastructure Partners AG (EIP), Schweiz, wurden für 530 Millionen Euro insgesamt 49 Prozent der Anteile erworben. BayWa r.e. ist weltweit führend im Bereich der erneuerbaren Energien und verfügt über eine Photovoltaik- und Onshore-Wind-Pipeline mit einer Kapazität von 13 Gigawatt.

„Investieren bedeutet für uns Verantwortung, auch gegenüber der Gesellschaft und der Umwelt. Mit der Beteiligung an der BayWa r.e. haben wir einen großen Schritt getan, unsere Nachhaltigkeitsstrategie konsequent zu verfolgen“, sagt Isabella Pfaller, Finanzvorstand im Konzern Versicherungskammer.

CO₂-Ausstoß reduzieren

Mit Investitionen in regenerative Energien verfolgt der größte öffentliche Versicherer die Ziele, stabile Einnahmen durch Einspeisevergütungssysteme oder langfristige Nutzungsverträge zu generieren, eine rentable Kapitalanlage sicherzustellen, einen Beitrag zur Energiewende zu leisten sowie den CO₂-Ausstoß zu reduzieren. Vor einem Jahr hat sich die Versicherungskammer mit der Unterzeichnung der Principles for Responsible Investments (PRIs) zudem verpflichtet, ökologische, soziale und ethische Kriterien bei Investitionsentscheidungen zu berücksichtigen.

Circa ein Fünftel der bisherigen Infrastrukturinvestitionen der Versicherungskammer ste-

cken schon in erneuerbaren Energien. Mit der Beteiligung an BayWa r.e. wird dieser Bereich weiter ausgebaut. So ist die Versicherungskammer vor einem Jahr mit einem Anteil von circa vier Prozent als Aktionär bei der Encavis AG, Hamburg, eingestiegen, die mit Wind- und Solarparks in ganz Europa für nachhaltigen Strom sorgt.

In den vergangenen Jahren finanzierte der Konzern mit mehreren Konsortien drei Offshore-Windparks in der Nordsee. Darüber hinaus ist er auch innerhalb des eigenen Geschäftsgebietes an Wind- und Solarparks, wie zum Beispiel in Brandenburg und Bayern beteiligt. Auch außerhalb von Deutschland ist der Konzern Eigentümer von Solar- und Windparks, unter anderem in Frankreich, Skandinavien und Benelux.

„Mit den Investitionen in Infrastrukturmaßnahmen leisten wir einen wichtigen Beitrag zur Energiewende. Dank der vielfältigen Investitionen in erneuerbare Energien sorgen wir bereits für eine CO₂-Einsparung von mehr als 2,2 Millionen Tonnen – das entspricht einem Gewicht von mehr als 5.000 ISS Raumstationen“, so Pfaller. □

Wasserstoff-Gipfel Hydrogen Dialogue mit erfolgreicher digitaler Premiere:

Einzigartige Perspektiven für die globale Energiewende

Über 700 nationale und internationale Teilnehmer aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik am Start

Der Hydrogen Dialogue der NürnbergMesse, in diesem Jahr umgesetzt in Kooperation mit dem NÜEdialog der WiSo Nürnberg, FAU, spiegelte den internationalen „State of the Art“ der Wasserstoff-Technologie eindrucksvoll wider: Über 45 hochkarätige Referentinnen und Referenten, darunter der Bayerische Staatsminister und Schirmherr Hubert Aiwanger, die Wirtschaftsweise Prof. Veronika Grimm, Schaeffler-CEO Klaus Rosenfeld, Prof. Armin Schnettler, CEO New Energy Business bei Siemens Energy sowie Nürnbergs Oberbürgermeister Marcus König trafen sich zum ersten digitalen Wasserstoff-Gipfel.

Über 700 nationale und internationale Teilnehmenden aus den Bereichen Wirtschaft, Politik und Wissenschaft tauschten sich auf der Plattform des Hydrogen Dialogue und NÜEdialog aus und zeigten dabei in rund 30 Vorträgen einzigartige Perspektiven für die globale Energiewende auf.

Investition in eigenes Wasserstoff-Kraftwerk geplant

Die NürnbergMesse bringt damit nicht nur die Wasserstoff-Gemeinschaft zusammen, sie wird künftig auch selbst ein aktiver Teil von ihr sein: Sie hat auf dem Kongress angekündigt, als weltweit erste Messegesellschaft in ein eigenes Wasserstoff-Kraftwerk zu investieren mit dem Ziel, bis 2028 eine CO₂-neutrale Energieversorgung auf dem Messegelände in Nürnberg zu erreichen.

NürnbergMesse-CEO Dr. Ro-

land Fleck zieht Bilanz: „Wir freuen uns über die erfolgreiche digitale Premiere des Hydrogen Dialogue. Mit dem Tandem aus Kongress und Kraftwerk haben wir den Wasserstoff-Turbo gezündet und stärken damit die Authentizität des Messeplatzes Nürnberg.“

Key Player auf Augenhöhe

Auch die Teilnehmer des Wasserstoff-Gipfels, der aufgrund der Corona-Pandemie komplett digital stattfand, sind voll des Lobes: „Die Dichte an Kompetenz dieser Veranstaltung ist bemerkenswert“, sagte Schaeffler-CEO Klaus Rosenfeld. Der Branchengipfel bringe „alle Key Player auf Augenhöhe zusammen“. Rosenfeld betonte weiter: „Die Welt scheint in einer beispiellosen Wasserstoff-Euphorie vereint, diese Dynamik, diesen geradezu historischen gesellschaftlichen Konsens pro Nachhaltigkeit müssen wir ge-

meinsam nutzen, um der Energiegewinnung und Speicherung mit Wasserstoff endlich zum Durchbruch zu verhelfen.“

„Wirtschaftsweise“ Prof. Veronika Grimm, Vorstand des Zentrums Wasserstoff.Bayern (H2.B), zeigte sich ebenfalls begeistert von der Veranstaltung, die die Aufbruchsstimmung und die Bedeutung der Branche aufzeigte: „Der Hydrogen Dialogue hat bei seinem digitalen Auftakt eine unglaubliche Zahl an Wasserstoff-Akteuren aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik zusammengebracht. Jetzt kommt es auf die Umsetzung der zahlreichen politischen Initiativen an!“

Auch Veranstaltungsleiterin Jasmin Rutka freut sich über die gelungene Premiere: „Unser digitaler Hydrogen Dialogue ist von unseren Ausstellern und Teilnehmenden hervorragend angenommen worden. Deshalb wollen wir die Wasserstoff-Gemeinschaft jetzt auch dauerhaft auf unserer Plattform versammeln und vernetzen. Unser Dank gilt der WiSo Nürnberg als Mitveranstalter, dem H2.B, unseren Fachbeiräten sowie allen Kunden und Partnern, ohne die die Veranstaltung nicht so erfolgreich verlaufen wäre. Wir freuen uns jetzt schon auf das nächste Zusammentreffen!“ □



Paul kauft am liebsten regional: Äpfel, Eier und Strom.

Auch bei erneuerbaren Energien ist die Herkunft wichtig. So ist das Ziel von regionalen Strommärkten: Strom dort erzeugen, wo er genutzt wird. Dadurch werden Bayerns Kommunen energetisch immer unabhängiger.

Energie, die Bayern weiterbringt. Bayernwerk.

Mehr unter bayernwerk.de

bayernwerk

Memmingen nimmt am European Energy Award teil

Vertrag mit der eza! unterschrieben
Aufbau eines Klimateams und Erarbeitung eines Klimaschutzkonzepts

„Ich bin der tiefsten Überzeugung, dass es sinnvoll und wichtig ist, dass sich die Stadt Memmingen auf dem Gebiet des Klimaschutzes noch besser engagiert“, betonte Oberbürgermeister Manfred Schilder bei der Vertragsunterzeichnung im Rathaus. Mit Unterstützung durch das Energie- und Umweltzentrum Allgäu (eza!) wird die Stadt am European Energy Award (eea) teilnehmen und in den kommenden Jahren die bestehenden Strukturen verbessern: „Mit unserem Blick von außen können wir der Stadt Memmingen neue Anregungen und Impulse für den Klimaschutz geben.“ Derzeit arbeitet die Kommune bereits im Bereich Energiemanagement mit der eza! zusammen und wird für die Teilnahme am eea vor allem auf umsetzungsorientierten Klimaschutz und langfristige Lösungen setzen.

Die vorerst vierjährige Zusammenarbeit wird in verschiedenen Bereichen erfolgen. Zum einen in der Entwicklungsplanung und Raumordnung im Bereich Bauen, indem nachhaltiger und klimaneutraler Städtebau weiter vorangetrieben werden soll. Weiter werden die kommunalen Gebäude und Anlagen auf ihren Energieverbrauch analysiert und unter Umständen energetisch saniert. Auch die Ver- und Entsorgung wird unter die Lupe genommen: Fernwärme, Biogas oder Ökostrom sind hier die Stichpunkte.

Ein weiterer Bereich ist die Mobilität, was den Bereich des Öffentlichen Nahverkehrs genauso mit einbezieht wie den Ausbau der Infrastruktur für die E-Mobilität. Zusätzlich werden für die Umsetzung des kommunalen Klimakonzepts Personen und Finanzen zur Verfügung gestellt um die geplanten Aktivitäten weiter voranzubringen, auch Weiterbildungen, die Beschaffung von Fördergeldern oder anderer innovativer

Finanzierungsmittel gehören hier dazu. Zusätzlich zu den Maßnahmen der Kommune soll die Kommunikation und Kooperation vorangetrieben werden um in Form von Bürgerbeteiligung oder Schulprojekten die Klimaziele besser erreichen zu können.

Neue Wege gehen

Das langfristige Ziel ist es, aktiv den Klima- und Umweltschutz der Stadt Memmingen voranzutreiben sowie nachhaltig auf erreichte Ziele aufzubauen und diese zu erweitern, um dadurch die Auszeichnung European Energy Award verliehen zu bekommen. Dafür werde zuerst der Ist-Zustand geprüft, erzählt Martin Sambale, danach werde ein wahrscheinlich 15-köpfiges Klimateam gegründet, das sich aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der verschiedenen Referate sowie den Stadtratsfraktionen zusammensetzen soll. Zusammen mit dem Team soll

ein zukunftsfähiges Klimaschutzkonzept entwickelt werden. „Ich freue mich darauf, im Bereich des wichtigen Themas Klimaschutz neue Wege zu gehen, das Geleistete kritisch zu hinterfragen und für die Zukunft zu optimieren“, so Oberbürgermeister Manfred Schilder.

Nach dem offiziellen politischen Beschluss zur Teilnahme am eea-Programm, erfolgt die Suche nach einem akkreditierten Beraterunternehmen (im Falle der Stadt Memmingen die eza!). Mit Unterstützung dieses eea-Beraters erfolgt anschließend die Gründung des Energieteams, das für die Umsetzung des eea in der Kommune verantwortlich ist. Mit Hilfe eines umfassenden Maßnahmenkatalogs und durch Unterstützung der eea-Beraterin bzw. des eea-Beraters werden die bisher in der Kommune realisierten Energie- und Klimaschutzaktivitäten erfasst, analysiert und bewertet. Das Ergebnis dieser Ist-Analyse ist ein Stärken-Schwächen-Profil der Kommune, welches anhand eines standardisierten Punktesystems, angepasst an die Rahmenbedingungen der Kommune, erstellt wird.

Anhand der Ist-Analyse werden noch nicht ausgeschöpfte Potenziale im Bereich Energieeffizienz und Klimaschutz der Kommune identifiziert und Prioritäten definiert. Auf dieser Basis wird das Energiepolitische Arbeitsprogramm mit einem verbindlichen Maßnahmenplan erarbeitet. Dort

werden für die geplanten Aktivitäten Prioritäten, Zuständigkeiten, Zeiträume und Budgets verbindlich festgelegt. Danach folgen die Umsetzung der Projekte und in einem Audit die Überprüfung, ob das Geplante realisiert und die gesetzten Ziele erreicht wurden.

Beim eea gibt es zwei Phasen des Audits: In einem jährlichen internen Audit führt das Energieteam zusammen mit der eea-Beraterin bzw. mit dem eea-Berater die Überprüfung und Aktualisierung des Erreichens selbst durch. Beim externen Audit, der Grundlage für die Zertifizierung und Auszeichnung der Kommunen, wird eine eea-Auditorin bzw. ein eea-Auditor hinzugezogen.

Erreicht die Kommune durch die Umsetzung der Projekte die Qualitätsstandards, die für die Zertifizierung mit dem European Energy Award notwendig sind, meldet sie sich zum externen Audit an. Eine akkreditierte eea-Auditorin bzw. ein akkreditierter eea-Auditor überprüft die Ergebnisse.

Aktualisierung der Ist-Analyse

Die Ist-Analyse wird anschließend an das Audit angepasst bzw. aktualisiert und der Maßnahmenplan für das kommende Jahr aufgestellt. Dann startet der Zyklus erneut.

Mindestens 50 Prozent Zielerreichungsgrad sind notwendig, um den European Energy Award zu erhalten und damit „Partner mit Auszeichnung“ zu werden. Erreicht die Kommune 75 Prozent oder mehr der erforderlichen Punkte, ist sie „Partner mit Auszeichnung Gold“ und wird mit dem European Energy Award Gold ausgezeichnet. Hat eine Kommune nach der Bewertung der eea-Auditorin bzw. des eea-Auditors die notwendige Punktzahl erreicht, empfiehlt sie bzw. er deren Auszeichnung.

Da die Kommunen ihre Bemühungen nachhaltig unter Beweis stellen sollen, wird das externe Audit alle vier Jahre wiederholt.

Näheres auch auf www.european-energy-award.de

träge von Feinsedimenten verändern die Ökosysteme. Zudem blockieren insgesamt knapp 57.000 Querbauwerke die bayerischen Flüsse, darunter unzählige Abstürze, Verrohrungen und Sohl-schwellen.

Nach Berechnungen des WWF Deutschland trifft ein Fisch alle 500 Meter auf eine Barriere, wovon 95 % kleiner als zwei Meter sind, und nur 11 % uneingeschränkt von Fischen passiert werden können. „Small is not beautiful“, urteilen auch die Forschenden hinter einer kürzlich veröffentlichten „Nature“-Studie. Sie fordern, die negativen Auswirkungen kleiner Barrieren stärker zu berücksichtigen und unnötige zurückzubauen. Denn: Unsere Flüsse müssen wieder durchwanderbar werden, damit Fische und andere Gewässerlebewesen Laichplätze erreichen, sich vor Fressfeinden schützen, und bei Hochwasser in Seitenbäche bzw. bei Wassererwärmung in höhere Flussabschnitte fliehen können.

Nur knapp ein Fünftel der bayerischen Gewässer ist nach den aktuellsten Bewertungen in einem „guten ökologischen Zustand“. Dies muss sich bis 2027 ändern, dazu verpflichtet uns die Europäische Wasserrahmenrichtlinie. Doch auch wenn schon jetzt absehbar ist, dass die Ziele verfehlt werden: Lassen Sie uns mit vereinten Kräften darauf hinarbeiten, lebendige und frei fließende Flüsse zurückzugewinnen, und die Energiewende mit geeigneten Mitteln voranzutreiben.“

Sigurn Lange
Stefan Ossyssek
WWF Deutschland



V.l.: Stadtkämmerer Gunther Fülle, Martin Sambale, Geschäftsführer der eza!, Energiemanager Mario Hönisch, Oberbürgermeister Manfred Schilder und Fabian Damm, Leiter des Baureferats.

Bild: Manuela Frieß/Pressestelle der Stadt Memmingen

Aiwanger zu Solar- und Windenergie:

Erfreuliche Fortschritte

Positiv gestaltet sich der Ausbau der Solarenergie im Freistaat. Energieminister Aiwwanger zufolge wurden in Deutschland im vergangenen Jahr 416 neue Projekte mit einer Leistung von 2.402 Megawatt bezuschlagt. Mit 203 Anlagen ist knapp die Hälfte der Projekte im Freistaat geplant.

Maßgeblich zu diesem Erfolg beigetragen hat laut Aiwwanger die von ihm erfolgreich durchgesetzte Ausweitung des bayerischen Kontingents für PV-Freiflächenanlagen auf Acker- und Grünflächen in landwirtschaftlich benachteiligten Gebieten. Dadurch konnte seit Beginn seiner Amtszeit insgesamt knapp 800 Megawatt zusätzliche Solarleistung in den Freistaat geholt werden. Die bayerischen Kontingente wurden in einem ersten Schritt 2019 von 30 auf 70 und in einem zweiten Schritt im Juli 2020 auf 200 Anlagen erhöht. Dies hatte bei den Ausschreibungen 2019 eine zusätzliche bezuschlagte Solarstromleistung von 264 Megawatt und 2020 von 530 Megawatt zur Folge.

„Auch die letzte im Jahr 2020 durchgeführte Ausschreibung für große PV-Anlagen spiegelt die Pole Position des Freistaats wider“, freut sich der Minister. Von insgesamt 45 am 1. Dezember 2020 bezuschlagten Geboten entfielen 21 auf Bayern. Damit ist der Freistaat das Bundesland mit den meisten bewilligten PV-Freiflächenanlagen der Ausschreibungsrunde.

Ende 2020 gab es damit nochmal 13 Zuschläge für Projekte auf Acker- und Grünflächen in benachteiligten Gebieten. Insgesamt konnten in Bayern von den 200 möglichen Projekten in landwirtschaftlich benachteiligten Gebieten 123 vergeben werden. Die Photovoltaik leistet dort mit 12,1 Terawattstunden (Stand 2019) den größten Beitrag bei der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien. „Das werden wir weiter konsequent ausbauen und so die dezentrale Energiewende zu einem Erfolg unserer Regierung machen“, stellte Aiwwanger fest.

Die Betreiber von Solaranlagen in Bayern rief er dazu auf, ihre Systeme bei der Bundesnetzagentur zu registrieren: „Wer sich nicht in das Melderegister der Bundesnetzagentur eintragen lässt, dem droht ein Zahlungsstopp der EEG-Umlage. Gerade in Bayern gibt es viele kleine Solaranlagenbetreiber, die zum erfolgreichen Ausbau der erneuerbaren Energien beitragen und auf die Umlage angewiesen sind.“

Zuvor hatte die Bundesnetzagentur bekanntgegeben, dass die Anmeldefrist für Solaranlagen bereits Ende Januar ausläuft. Ohne Registrierung würde die Auszahlung der Umlage gestoppt. Die zurückgehaltenen Zahlungen würden aber nachgezahlt, sobald die Anlage in das Marktstammdatenregister eingetragen sei. Bundesweit seien etwa 350.000 Anlagen noch nicht registriert. Das Register soll zur Datenbank der Energiewende werden. Es soll helfen, Strom und Gas effizient zu transportieren und den Bau neuer Leitungen reduzieren. Solaranlagen, Anlagen zur Kraft-Wärme-Kopplung sowie ortsfeste

Batteriespeicher müssen genauso registriert werden wie Windenergieanlagen oder konventionelle Kraftwerke.

Eine positive Zwischenbilanz zog der Minister auch mit Blick auf die vor einem Jahr gestartete bayerische Windenergieoffensive AUFWIND. Nach jahrelangem Stillstand sei das Thema Windenergie wieder ‚in‘ und viele Kommunen stießen neue Projekte an.

Vor kurzem hätten auch die Windkümmerer als ausgewiesene und erfahrene Experten ihre Arbeit in allen sieben Regierungsbezirken aufgenommen und helfen den bislang ausgewählten 33 Kommunen insgesamt 25 Projekte voranzutreiben. „Die ersten Rückmeldungen unserer Windkümmerer sind sehr positiv. Ich bin davon überzeugt, dass sie die Aufbruchsstimmung in ganz Bayern weiter befeuern werden“, erklärt Aiwwanger. Windenergie sei mit Abstand die flächeneffizienteste erneuerbare Energiequelle. Moderne Windkraftanlagen erzeugen heute etwa rund zehnmal so viel Strom im Vergleich zu den Anlagen, die zur Jahrtausendwende errichtet wurden. Experten sind sich einig, dass die Energiewende ohne den Ausbau der Windkraft an Land nicht zu bewältigen ist.

Geeignete Flächen für Windkraftanlagen nutzen

Deshalb appelliert Staatsminister Aiwwanger an alle Gemeinden, geeignete Flächen zu aktivieren: „Zeigen Sie den jungen Leuten, dass Sie ihre Botschaft verstanden haben und zur klimafreundlichen Energieversorgung der Zukunft beitragen. Wenn es geeignete Flächen gibt, nutzen Sie sie für eine Windkraftanlage.“ Kommunen ohne Windkümmerer könnten sich beispielsweise an die neue Landesagentur für Energie und Klimaschutz (LENK) wenden, um Unterstützung zu bekommen. Windenergie bringe außerdem Wertschöpfung in die Region, denn mit der Reform des EEG könnten Kommunen am Ertrag von Windkraftanlagen beteiligt werden.

Für 2021 werden im Rahmen von AUFWIND viele weitere Maßnahmen umgesetzt: So soll der Windenergie-Erlass aktualisiert werden, der viele Hinweise zur Planung und Genehmigung von Windrädern enthält. Aiwwanger wird sich außerdem dafür einsetzen, Kommunen bei der Bauleitplanung, einem zentralen Instrument zur Genehmigung von Windkraftanlagen, bestmöglich zu unterstützen. „Wir werden alle Akteure noch besser vernetzen und LENK wird sich jetzt nach der Aufbauphase mit voller Kraft auch um das Thema Windenergie kümmern. Wir werden alle Möglichkeiten nutzen, die uns zur Verfügung stehen“, sichert der Minister zu. **DK**

Lebendige Bäche und Flüsse

Stellungnahme des WWF zum GZ-Sonderdruck „Passion für Wasserkraft“

Der Sonderdruck der Bayerischen Gemeindezeitung „Passion für Wasserkraft“ vom 5.11.2020 stieß nicht auf einhellige Zustimmung. Sigrun Lange und Stefan Ossyssek von WWF Deutschland baten darum, die Positionen ihres Verbandes in der GZ darstellen zu können. Dieser Bitte kommen wir hiermit nach. Aus ihrer Sicht bringt die Förderung der (Klein-)Wasserkraft nicht den erhofften Durchbruch für die Energiewende.

„2020 war ein sehr warmes und trockenes Jahr – nach 2018 das zweitwärmste seit Beginn der Wetteraufzeichnung. Manche mag das „Traumwetter“ erfreuen, andere beklagen die absterbenden Wälder, die Ernteausfälle und die geringen Wasserstände der Bäche und Flüsse. Klar ist: Die Energiewende muss vorangetrieben werden, um die globale Klimaerwärmung zu begrenzen. Laut Bundesnetzagen-

Nachrüstung untersucht, 108 davon mit einer theoretischen Leistung kleiner 100 kW. Gemäß der aktuellen EEG-Novelle soll der Strom aus kleinen Wasserkraftanlagen (Leistung < 500 kW) künftig mit 3 Cent pro Kilowattstunde zusätzlich vergütet werden, um das Überleben unrentabler Anlagen zu sichern. Dies kommt Bayern zugute, denn im Freistaat werden bundesweit die meisten Wasserkraftan-

der Erträge aus Wasserkraft. Zudem haben sich nach einer Studie der TU München die Hoffnungen auf „fischfreundliche“ Wasserkraftanlagen weitgehend zerlegt. Ein Vergleich zwischen konventionellen und innovativen Anlagen zeigt, dass Rechen insbesondere kleine Fische (< 15 cm) nicht vor der Turbinenpassage bewahren und Fische auch bei innovativen Anlagen in beträchtlichem Umfang zu Tode kommen können.

Das Bayerische Landesamt für Umwelt rät daher vom Neubau von Wasserkraftanlagen an frei fließenden Flussabschnitten ab und empfiehlt, bestehende Querbauwerke vorzugsweise rückzubauen, statt mit einer Wasserkraftnutzung nachzurüsten. Denn nicht nur Turbinen sind problematisch; die Stauhaltung an Wehren verändert die Gewässerlebensräume massiv: Die Fließgeschwindigkeit verringert sich, oberhalb der Wehre erwärmt sich das Wasser, verschlammte und reichert sich mit Nährstoffen an. Unterhalb fehlt der Kies, und damit die Laichplätze für Fische.

Keine Zukunftstechnologie

Durch eine enge Abfolge von Stauwehren verwandeln sich Flüsse in Seenketten. Fließgewässerarten verschwinden, Allerweltsarten wandern ein. Und in den Restwasserstrecken fehlt Wasser und Dynamik. Dem Statusbericht der Europäischen Umweltagentur zufolge ist die Wasserkraftnutzung für fast die Hälfte (46 %) der durch den Energiesektor bedingten Beeinträchtigungen von europarechtlich geschützten Habitaten, Vogelarten und Nichtvogelarten verantwortlich. Eine Zukunftstechnologie für die Energiewende sieht anders aus.

Dennoch sind Wasserkraftanlagen und Wehre nur ein Problem unserer Flüsse. Einengung, Begräddigungen, Uferverbau sowie Ein-



Ein naturnaher Abschnitt der Ill im Bayerischen Wald. Bild: Sigrun Lange

turen ist 2020 der Anteil der erneuerbaren Energien in Deutschland auf knapp 50 % gestiegen. Bis 2030 sollen es 65 % werden. Wie ist dieses Ziel zu erreichen? Während die Bundesregierung die Wind- und Sonnenenergie massiv ausbauen will, hält Bayern an der 10H-Regelung für Windkraftanlagen fest und setzt u.a. auf den Ausbau und die Förderung der kleinen Wasserkraft.

150 Wehre wurden hinsichtlich einer möglichen energetischen

lagen betrieben. Doch die über 4.000 Kleinanlagen (Leistung < 1 MW) produzieren lediglich 1,3 % des bayerischen Stroms (Stand: 2018). Damit können pro Jahr knapp 300.000 Haushalte versorgt werden, weniger als zwei Drittel aller Haushalte der Oberpfalz (Verbrauch eines Durchschnittshaushalts: 3.200 kWh).

Der „Klima-Report Bayern“ prognostiziert aufgrund künftig häufigerer Extremwetter- und Niedrigwasserphasen einen Rückgang

EEG-Novelle 2021 – Schub für den Ausbau der Erneuerbaren

Von Dr. Andreas Lenz, MdB

Mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz 2021 (EEG) sollen die ambitionierten Ziele beim Ausbau der Erneuerbaren Energien (laut Koalitionsvertrag 65 Prozent am Stromanteil bis 2030) erreicht werden. Das EEG 2021 umfasst zahlreiche einzelne Aspekte in den Bereichen Photovoltaik, Biomasse, Windkraftanlagen, Wasserkraft und der Geothermie. Alle Teilbereiche tragen dazu bei, dass zukünftig mehr Erneuerbare Energien im Strommix beinhaltet sein werden.

Photovoltaik

Bayern ist Sonnenland – die Photovoltaik (PV) wird zukünftig weiter an Bedeutung gewinnen. Dabei sollen vor allem die Potentiale auf den Dachflächen genutzt werden. Deshalb gilt für uns: „Dach vor Freifläche“. Dafür wird mit dem EEG 2021 ein eigenes Segment für die Ausschreibung von großen Dachflächen geschaffen. Dabei gibt es für Anlagen von 300 – 750 Kilowatt peak (kWp) die Wahl zwischen der Teilnahme an Ausschreibungen oder einer Festvergütung innerhalb der auch Eigenverbrauch möglich ist.

An Randstreifen entlang von Autobahnen und Schienenwegen können Kommunen Sonderflächen für PV-Anlagen ausweisen. Zukünftig ist es möglich diese Seitenstreifen von 110 Meter auf 200 Meter auszuweiten. Dadurch können Bestandsanlagen, die bereits einen Netzanschluss haben erweitert werden, außerdem werden die Anlagen insgesamt gebündelt.

Zudem werden neue innovative Formen von PV-Anlagen bei der Erprobung unterstützt. So werden im Jahr 2022 eigene Ausschreibungen für die so



Dr. Andreas Lenz, MdB.

genannte Agro-PV oder Floating-PV durchgeführt. Bei Agro-PV handelt es sich um eine zusätzliche, parallele Nutzung einer bewirtschafteten Ackerfläche durch PV, vor allem bei

Sonderkulturen ist hier Potenzial vorhanden. Bei Floating-PV werden PV-Anlagen auf Flößen auf Seen ausgebracht.

Windkraft

Ein Teil der Wertschöpfung aus Windkraft wird künftig auch direkt bei der Kommune vor Ort ankommen, wo die Windräder stehen. Kommunen können mit dem EEG 2021 je erzeugter Kilowattstunde Strom 0,2 Cent von den Betreibern der Windräder erhalten. Voraussetzung dafür ist, dass sich Flächen der Kommune im Umkreis von 2.500 Metern um das Windrad befinden. Ein Windrad wird sich für die Kommune zukünftig also stärker finanziell „lohnen“. Zugleich ist sichergestellt, dass die Einnahmen nicht auf die Kreisumlage angerechnet werden.

Der Bundestag hat zudem die Bundesregierung aufgefordert, noch in diesem Jahr eine gesetzliche Regelung vorzulegen mit der die Kommunen in denen Windräder stehen von den Gewerbesteuereinnahmen profitieren. Das Ziel ist, dass bis zu 90 % der Gewerbesteuereinnahmen nicht mehr am Sitz des Betreibers, sondern am Standort der Windräder anfallen. Auch so profitiert die Standortkommune zukünftig stärker.

Reaktionen auf die EEG-Novelle

Bundestag und Bundesrat haben zum Jahresende das Erneuerbare-Energien-Gesetz 2021 verabschiedet. Zuvor hatten sich die Koalitionsparteien auf verschiedene Anpassungen bei der EEG-Reform geeinigt. Deutlich gemischt fallen hierzu die Bewertungen von DStGB, KPv und VKU aus.

Mit der jetzt vorliegenden Novelle des EEG kommt es nach Ansicht des Deutschen Städte- und Gemeindebunds nach langer Diskussion zu weitergehenden Möglichkeiten für die betroffenen Gemeinden, an der Wertschöpfung bei Windenergieanlagen an Land zu profitieren. Auch wenn die Wertschöpfungsbeteiligung weiterhin freiwillig ist, so sei dennoch positiv zu werten, dass jetzt ein fixer Betrag von 0,2 Cent je kWh zu zahlen ist.

Planungssicherheit für Standortgemeinden

Ausdrücklich sei zu begrüßen, dass der Gesetzgeber im Rahmen der EEG-Reform ebenfalls die Notwendigkeit erkannt hat, dass der Begriff der „Betroffenheit“ der Gemeinde widerspruchsfrei zu regeln ist. Dies schaffe Planungssicherheit für die Standortgemeinden, Nachbargemeinden und die Betreiber. Die Nachbargemeinden könnten nun anteilig partizipieren. Dies erhöhe die Chancen für die Akzeptanz für die Windenergie in den betroffenen Regionen. Auch dürfte der gesetzliche Hinweis, dass Vereinbarungen zu freiwilligen Zahlungen im Zuge der Wertschöpfungsbeteiligung an der Windenergie an Land durch die Gemeinden keine Straftatbestände des Strafgesetzbuch erfüllen, Unsicherheiten für die kommunalpolitisch Verantwortlichen abbauen.

Grundsätzlich positiv bewertet der DStGB ebenfalls die bei der Gewerbesteuererlegung vorgesehene Erhöhung des besonderen Zerlegungsmaßstabs von 70 Prozent auf 90 Prozent zugunsten der Standortgemeinden. Für eine tatsächlich angemessene Beteiligung der Standortgemeinden an der Wertschöpfung von EE-Anlagen müsse hier allerdings auf die „installierte Leistung“ und nicht das „steuerbilanzielle Sachanlagevermögen“ abgestellt werden.

„Aus kommunaler Sicht begrüßen wir das Ergebnis der parlamentarischen Beratungen ausdrücklich. Die kommunale Planungshoheit wird nicht ausgehöhlt, sondern bei der Windenergie sogar gestärkt. Die Kommunen, auf deren Gebiet Windenergieanlagen stehen, werden künftig besser am Ertrag aus der Windenergieerzeugung beteiligt. Damit werden wesentliche Forderungen der AG Kommunalpolitik in der EEG-Reform 2021 umgesetzt“, betonte der kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Christian Haase, MdB.

Von großer Bedeutung sei die Streichung der ursprünglich vorgesehenen Definition der erneuerbaren Energien als Teil der öffentlichen Sicherheit. Dies hätte zu erheblichen bauplanungsrechtlichen Problemen vor Ort bis hin zu Einschränkungen des kommunalen Planungsrechts und damit einer Einschränkung der kommunalen Selbstverwaltung führen können. Für die Kommunen sei wichtig, dass sie planungsrechtlich weiter die Handlungshoheit behalten und Planungsbeschlüsse nicht nachträglich aufgeweicht werden können.

Planung und Genehmigung von Repowering

„Wir begrüßen auch ausdrücklich, dass mit dem ebenfalls zur Beratung eingebrachten Entschließungsantrag die Rahmenbedingungen zur Beschleunigung der Planung und Genehmigung von Repowering bei Windenergieanlagen verbessert werden sollen. Mit diesem Ansatz, der ebenfalls eine Forderung der AG Kommunalpolitik aufgreift, erhalten die Kommunen künftig bei diesem wichtigen Aspekt des Ausbaus erneuerbarer Energien mehr Planungssicherheit. Die geplanten Änderungen dürfen sich aber nicht auf Repoweringanlagen beschränken. Das

gesamte Windkraftplanungsrecht muss novelliert werden“, forderte Haase.

VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing zufolge bleibt die EEG-Novelle bei den zentralen Fragen wie etwa dem Erreichen der Klimaziele 2030 durch Anhebung der Ausbaupfade und dringend notwendige Vereinfachungen im Planungs- und Genehmigungsrecht sowie beim Artenschutz nur bei großen Ankündigungen. Ihre Beantwortung werde in einen Entschließungsantrag verschoben. Die Regierungskoalition stehe jetzt in der Verantwortung, im ersten Quartal zügig nachzuliefern. Diese Fragen müssten kurzfristig geklärt werden, damit auch die investitionsbereiten Stadtwerke Planungssicherheit bekommen. Ansonsten bestehe die Gefahr, dass sie auf den Sankt-Nimmerleinstag verschoben werden. „Wir können es uns nicht leisten, ein weiteres Jahr zu verlieren“, machte Liebing deutlich.

Änderungen zur Kraft-Wärme-Kopplung

Nicht nachvollziehbar für die kommunale Energiewirtschaft sei allerdings die Tatsache, dass im Rahmen des EEG in letzter Minute überraschend erhebliche Änderungen zum KWKG in den Gesetzentwurf eingefügt wurden. Mit dem Verweis auf eine angebliche beihilferechtliche Notwendigkeit würden hier wichtige Entscheidungen des Bundestags aus dem Sommer konterkariert.

Dazu gehöre, dass die Einführung des Power-to-Heat-Bonus verschoben, die Nutzung des EE-Bonus erschwert, Ausschreibungen erweitert oder der Kohleersatzbonus für ältere Anlagen abgesenkt werden soll. Damit werde den Stadtwerken vor allem der Umbau der Wärmeversorgung vor Ort erheblich erschwert. „Diese Kurzfristigkeit liegt nicht im Sinne eines angemessenen parlamentarischen Verfahrens, wenn wesentliche Veränderungen weder von Abgeordneten noch von Betroffenen geprüft werden konnten“, stellte Liebing fest. **DK**

Geothermie und Wasserkraft

Auch bei Geothermie und Wasserkraft wurde nochmal nachgebessert. Bis 2024 wird für Geothermie-Anlagen die Degression ausgesetzt und beträgt dann jährlich 0,5 Prozent bis ein Bestand von 120 Megawatt installierter Leistung erreicht ist.

Kleine Wasserkraftanlagen bis 500 kW erhalten für 100 kW ihrer installierten Leistung eine zusätzliche Vergütung von 3 Cent je kWh. Fallende Wasser-

stände und gestiegene umweltrechtliche Anforderungen machen eine Erhöhung der Vergütung notwendig. Die rechtlich klingenden Daten bedeuten wesentliche Verbesserungen für die Geothermie und Wasserkraft vor Ort.

Kommunale Planungshoheit

Die Kommunale Planungshoheit wird nicht angetastet. Befürchtungen, dass direkt in die kommunale Planungshoheit ein-

gegriffen werden können, sind ausgeräumt.

Darüber hinaus wird die Möglichkeit von direkten Stromlieferverträgen eröffnet. Auch das ist eine Möglichkeit Strom regional vor Ort zu vermarkten und Wertschöpfung im kommunalen Umfeld zu generieren.

Der Ausbau der Erneuerbaren erhält durch das EEG 2021 einen Schub, er wird kommunalfreundlicher und trägt dazu bei die ambitionierten Klimaschutzziele zu erreichen. **□**

EEG 2021:

Neues für die Windenergie

100 Prozent Erneuerbare im Stromsektor vor 2050

Von Dr. Bernd Wust, LL.M., Kapellmann und Partner Rechtsanwälte

Der Deutsche Bundestag hat in seiner letzten Sitzung vor Weihnachten das neue EEG 2021 beschlossen. Darin wird die vollständige Umstellung der Stromerzeugung und des Stromverbrauchs in Deutschland auf erneuerbare Energien noch vor dem Jahr 2050 angepeilt. Zum Vergleich: Im Jahr 2020 betrug der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung rund 50 Prozent. Das neue EEG soll dafür die förderrechtlichen Weichen stellen.

Der Großteil des Ausbaus muss durch Photovoltaik und der Windenergieanlagen stattfinden. Das Gesetz sieht feste Ausbaupfade für die einzelnen Energieträger vor, die durch das EEG finanziell abgesichert werden sollen. Für die Windenergie ist ein Zubau von 2.900 MW im Jahr 2022 vorgesehen, der bis 2028 auf einen jährlichen Zubau von 5.800 MW steigen soll. Die in Vorjahren nicht erreichten Mengen werden jeweils nachgeholt.

Besondere Anreize für Windkraft in Süddeutschland

Angesichts des zuletzt sehr schwergängigen Ausbaus der Windkraft sieht das Gesetz zahlreiche neue Ausbaureize vor. Vor allem Standorte in Süddeutschland sollen in den EEG Ausschreibungen wettbewerbsfähiger gemacht werden:

Das EEG sieht bereits jetzt ein sog. Referenzertragsmodell vor, durch das unterschiedliche Ertragsstärken der Standorte (Standortgüte) in Deutschland bei der Förderung und der Ausschreibung berücksichtigt werden. Vergleichsmaßstab für die Standorte ist jeweils der gesetzlich definierte Referenzertrag des Anlagentyps. Bislang fand ein Ausgleich der Standortgüte nach unten nur bis zu einer Ertragsstärke von 70 % des Referenzertrags statt. Bayerische Standorte liegen häufig darunter. Die Kurve wird nun auf 60 % verlängert. Der Gesetzgeber will dadurch neue Standortpotentiale erschließen, was bayerischen Standorten künftig bessere Chancen in der Ausschreibung gibt.

Weitere Besserstellung erfahren Projekte in der sog. Südregion. Die Südregion umfasst mit Ausnahme weniger nordbayerischer Landkreise ganz Bayern, daneben Baden-Württemberg, das Saarland sowie die südlichen Teile von Rheinland-Pfalz und Hessen. In den Windausschreibungen werden künftig 15 % der Zuschläge (ab 2014: 20%) vorrangig an Projekte in der Südregion vergeben. Dieser Anteil der



Dr. Bernd Wust.

Ausschreibungsmengen ist also für süddeutsche Standorte reserviert. Dies ist ein klares Signal und einen Handlungsauftrag an die süddeutschen Bundesländer, den Ausbau der Windenergie anzuschließen.

Um die Akzeptanz der Windenergie vor Ort zu erhöhen, wird mit § 36k eine finanzielle Beteiligung von Kommunen an neuen Windenergieanlagen eingeführt. Die Betreiber können den betroffenen Gemeinden freiwillig 0,2 Cent je eingespeister Kilowatt-

stunde ausbezahlen. Als betroffen gilt eine Gemeinde, deren Gemeindegebiet in einem Radius von 2,5 Kilometern um die Windenergieanlage liegt, bei mehreren Gemeinden wird die Zahlung anteilig aufgeteilt. Die Betreiber können die Kosten an den Netzbetreiber weiterbelasten, die Kosten fließen damit in die EEG-Umlage. Voraussetzung für die Zahlung ist eine schriftliche Vereinbarung zwischen dem Betreiber und der Gemeinde, die bereits vor Genehmigungserteilung geschlossen werden kann.

Lohnende Energiequelle für Gemeinden

Es wird ausdrücklich klargestellt, dass die Annahme einer solchen Zahlung keine Vorteilsannahme im Sinne der §§ 331 ff. StGB darstellt. Bedenkt man, dass moderne Windenergieanlagen auch in Bayern einen Ertrag von um die 10 Mio. kWh pro Jahr abwerfen, können den Gemeinden dadurch Zahlungen von bis zu 20.000 Euro pro Anlage und Jahr zufließen. Einnahmen aus der Gewerbesteuer kommen hinzu. Windenergie wird sich also für die Gemeinden künftig doppelt lohnen.

Auch wenn anvisierten Ausbaumengen nach der Prognose vieler Branchenverbände für die EE-Ziele im Stromsektor nicht ausreichen, ist dem Gesetz gleichwohl ein klares Bekenntnis zum weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien zu entnehmen. Insbesondere wird den südlichen Ländern ein klarer Auftrag zum Ausbau der Windenergie gegeben. In Bayern liegt die Verantwortung hierfür aufgrund der 10H-Regelung vor allem bei den Kommunen, die die entsprechenden Flächen in ihren Bauleitplänen ausweisen müssen. Durch die vorgesehene Kommunalbeteiligung wird sich das künftig auch für die Gemeinden mehr lohnen. **□**

BDEW zum Investitionsförderprogramm „Bundesförderung effiziente Wärmenetze“:

„Zentrales Instrument für die Wärmewende in Städten“

Zur Finanzierung des neuen Investitionsförderprogramms „Bundesförderung effiziente Wärmenetze“ (BEW) ist ein neuer Haushaltstitel im Energie- und Klimafonds (EKf) geplant. Der hierfür im Bundeshaushalt maßgebliche Einzelplan Wirtschaft und Energie wurde im Bundestag beraten und im Rahmen des gesamten Bundeshaushalts 2021 abgestimmt.

Hierzu erklärt die Vorsitzende der BDEW-Hauptgeschäftsführung, Kerstin Andreae: „Die Bundesförderung effiziente Wärmenetze ist ein zentrales Instrument, um die Wärmewende in Städten voranzutreiben. Es ist daher richtig, dass das Förderprogramm nun mit den nötigen finanziellen Mitteln ausgestattet werden soll. Wichtig ist auch, dass die entsprechenden Verpflichtungsermächtigungen bis zum Jahr 2032 angelegt sind und der politische Wille besteht, die Mittel ab dem Jahr 2022 auf bis zu einer Milliarde Euro jährlich aufzustocken. Auch die vom Bundeswirtschaftsministerium zur BEW beauftragten Gut-

achter halten diesen jährlichen Betrag für erforderlich. Er würde den Unternehmen in Kombination mit der Auslegung bis 2032 die langfristige Planungssicherheit geben, die solch hohe Investitionen in die Dekarbonisierung der Fernwärme erfordern.

An einigen Stellen besteht jedoch noch inhaltlicher Nachbesserungsbedarf: So sollten klimaneutrale Gase wie Biomethan und grüner Wasserstoff sowie nachhaltige holzartige Biomasse, zum Beispiel Waldrest- und Landschaftspflegeholz, in der Bundesförderung effiziente Wärmenetze und in der darin vorgesehenen Betriebsmittelförderung berücksichtigt wer-

den. Die maximale Fördersumme für Einzelprojekte ohne EU-Einzelantrag sollte zudem von den geplanten 50 auf 100 Millionen Euro angehoben werden.

Bedauerlich ist auch, dass sich der Start des Programms voraussichtlich bis in das zweite Quartal 2021 verzögert. Unsere Unternehmen stehen in den Startlöchern, um in die Umstellung der Erzeugung auf erneuerbare Wärme und Abwärme sowie in den Umbau der Wärmenetze und Hausübergabestationen zu investieren. Allein große Stadtwerke planen in den kommenden 20 Jahren in diesen Bereichen Investitionen von mehreren hundert Millionen Euro. Diese Projekte sind auch wichtige Impulse für regionale Wertschöpfung, Steuereinnahmen und Arbeitsplätze. Das Förderprogramm sollte daher so schnell wie möglich auf den Weg gebracht werden. **□**

Zukunftsinvestition eMobility:

Systemlösungen für unterirdische Infrastruktur

Bayernwerk setzt bei E-Ladestationen auf Unterflurverteiler-Netzanschluss von Langmatz

Wie Corona gezeigt hat, sind der schnelle Ausbau der digitalen Infrastruktur und der beschleunigte Hochlauf der Elektromobilität zentrale Aufgaben. Daher hat die Bundesregierung im Juni 2020 ein umfangreiches Konjunkturprogramm verabschiedet. Ein Schwerpunkt des Programms ist die gezielte Förderung der Elektromobilität. Allein der Ausbau der E-Ladeinfrastruktur wird vom Bund mit 2,5 Milliarden Euro gefördert. So erfährt das Thema eMobility derzeit eine neue Dynamik: Im dritten Quartal 2020 hat sich im Vorjahresvergleich die Gesamtzahl von E-Ladesäulen bundesweit um 28 Prozent auf mittlerweile rund 19.700 erhöht – ein absoluter Rekordwert (Quelle: Statista).

„Die extreme Zunahme von Ladeinfrastruktur-Projekten stellt Netzbetreiber, Kommunen und Planer vor echte Herausforderungen. Dazu zählen zunehmend eingeschränkte Platzverhältnisse, das Ziel einer stadt-bildkonformen Architektur sowie Sicherheitsbedenken bei der Aufstellung von Anschluss-schränken“, beschreibt Dieter Klasmeier, Marketing-Leiter bei der in Garmisch-Partenkirchen ansässigen Langmatz GmbH, die aktuelle Situation. Vor diesem Hintergrund haben Langmatz und die Bayernwerk Netz

GmbH, Bayerns größter Energie-netzbetreiber, gemeinsam eine technische Lösung entwickelt, bei dem der Netzanschluss für die E-Ladesäule in einem Unterflurverteiler im Boden versenkbar ist und damit einen oberirdischen Schaltschrank komplett ersetzt.

Unterflurlösung: Perfekt für eMobility und Smart City

Vor rund einem Jahr hatten die beiden Projektpartner in der Gemeinde Oberammergau begonnen, den innovativen Ansatz

im Rahmen eines bislang einzigartigen Pilotprojekts zu testen. Auf Grund der positiven Erfahrungen hinsichtlich der technischen und wirtschaftlichen Machbarkeit, gilt das Projekt nun als Blaupause für künftige Unternehmungen.

Zuverlässiger Partner

„Nach unseren Erfahrungen ist die Idee, eine Ladesäule mit einem versenkbaren und zugleich zugänglichen Schacht zu kombinieren, eine perfekte Lösung in Zeiten von Smart City“, so Stefan Drexler, kommunaler Betreuer der Bayernwerk Netz GmbH. Seiner Meinung nach hat sich in dem einjährigen Testlauf bestätigt, dass die Unterflurlösung einen zukunftsweisenden Weg bietet, nicht nur für den Bereich eMobility, sondern für sämtliche kommunale Einrichtungen, auch für Glasfaser, WLAN oder sonstige kritische Infrastruktur. Ludwig Fi-

scher, Bereichsleiter Technik bei Langmatz, sagt ergänzend: „Wir wollten in der Zusammenarbeit mit unserem langjährigen Partner Bayernwerk zeigen, dass es ein echter Vorteil für Kommunen, Ladesäulen- und Netzbetreiber ist, an sensiblen Ortslagen nicht darauf angewiesen zu sein, einen oberirdischen Schaltschrank aufstellen zu müssen.“

Die unterirdischen Schränke sind platzsparend, müssen nicht in ein historisches Stadtbild integriert werden und können auch an denkmalgeschützten Orten installiert werden.

Zukunftssichere Stromversorgung für E-Ladesäulen

Der in Oberammergau eingesetzte Unterflurverteiler EK 880 von Langmatz ist ein vollwertiger Hausanschluss auf Basis der bekannten Kunststoffkabelschächte und ersetzt damit den typischen grauen, oberirdischen Schaltschrank. Der für autorisierte Personen jederzeit zugängliche Verteiler kann mittels Gasdruckdämpfer leicht geöffnet und bedient werden, hat Bauraum für einen Hausanschlusskasten, einen Zählerplatz zur Direktmessung und verfügt über die notwendigen elektrischen Schutzmaßnahmen. Überdies ist er durch eine Tauchhaube vor Überflutungen geschützt sowie vor Vandalismus und unberechtigtem Zugriff sicher.

„Das Pilotprojekt hat eindrucksvoll bewiesen, dass unser Unterflur-Netzanschluss eine stadt-bildkonforme und zukunftsichere Stromversorgung sicherstellt. Auf Basis dieser Lösung können künftig alle Ladeinfrastrukturprojekte, unabhängig von der Bebauung, von Sicherheitsbedenken und Platzverhältnissen realisiert werden“, so das Resümee von Fischer.

Langmatz ist ein international tätiges Industrieunternehmen für Kunststoff- und Metallverarbeitung mit Sitz in Garmisch-Partenkirchen. Als Spezialist für technische Systemlösungen zählt es europaweit zu den führenden Infrastrukturpartnern für Energietechnik, Telekommunikation und Verkehrstechnik. □



Sowohl stadtbildkonform als auch vor Überflutung und Vandalismus sicher: Der für autorisierte Personen jederzeit zugängliche Unterflurverteiler EK 880 von Langmatz sorgt für die Stromversorgung einer E-Ladesäule.

Bild: Langmatz

Belastungsprobe für Europas Stromnetz

Das europäische Stromnetz ist am 8. Januar auf eine harte Probe gestellt worden – vielleicht sogar nur knapp an einem flächendeckenden Stromausfall vorbeigeschrammt. Nachdem vermutlich mehrere Kraftwerke in Südosteuropa plötzlich ausgefallen waren, mussten laut einem Bericht des ORF Landesstudios Oberösterreich Kraftwerke in der gesamten Alpenrepublik schlagartig hochgefahren werden, um ein Blackout zu verhindern.

Kurz nach 14 Uhr schrillen beim Betreiber der österreichischen Hochspannungsleitungen, der APG, die Alarmglocken. Mehrere Kraftwerke, darunter vermutlich ein Donaukraftwerk in Südosteuropa, sind offenbar plötzlich vom Netz gegangen. Schlagartig fehlen riesige Mengen Energie. Die Stromfrequenz fällt ab. Das europäische Stromnetz gerät ins Wanken.

Wasserkraftwerke im Notfallmodus

Um einen flächendeckenden Zusammenbruch des Stromnetzes zu verhindern, werden in ganz Europa Kraftwerke hochgefahren. Die Wasserkraftwerke der Energie AG entlang der Traun schalten in einen Notfallmodus, um mehr Strom zu erzeugen und das Stromnetz stabilisieren zu können. „Es war eine durchaus ernste Situation auf der einen Seite, auf der anderen Seite hat die Situation auch gezeigt, dass das europäische Verbundnetz sehr robust ist“, so der Sprecher von APG, Fritz Wöber.

Die Sicherheitsmaßnahmen greifen. Um 15.30 Uhr gelingt es, das Netz wieder zu stabilisieren. Wesentlichen Anteil daran haben Gaskraftwerke, die schnell große Energie bereitstellen konnten. Man habe in diesem Fall davon profitiert, dass es eben noch Kraftwerke mit fossilen Brennstoffen gibt, erklärt der Professor für Elektrotechnik an der Fachhochschule Oberösterreich, Peter Zeller.

Ursache noch unklar

„Jetzt würde es natürlich ganz bitter aussehen, wenn wir sehr viele erneuerbare im Netz hätten. Weil wenn man jetzt nicht gerade zufällig Windkraftwerke dazuschalten könnte, oder wenn man nicht genug Solarenergie hätte, dann wäre das Netz sicher kollabiert“, so Zeller. Wie es zu dem Vorfall kommen konnte und welche Kraftwerke betroffen waren, ist noch unklar. Die Ursachenforschung läuft, ist laut den Stromnetzbetreibern aber kompliziert und könnte Tage dauern. □

Elektromobilität:

Gipfeltreffen zum Ausbau der Ladeinfrastruktur

Vertreter der Energiewirtschaft, der kommunalen Unternehmen und der Automobilindustrie kamen auf Einladung der Bundesminister Peter Altmaier und Andreas Scheuer zu einem Spitzengespräch zur Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge zusammen. Sie bekräftigten, dass nur durch eine zielgerichtete Zusammenarbeit aller Akteure eine weitere erfolgreiche Verbreitung von Elektrofahrzeugen im Markt gelingen kann. Aus Sicht des DStGB bedarf es jetzt auch einer gezielten Unterstützung der Kommunen, um kommunale Elektromobilitätsmanager zu installieren, die den Ausbau der Ladeinfrastruktur vor Ort vorantreiben und koordinieren.

Als wichtiger Schritt wurde vom Bundeswirtschaftsministerium insbesondere die Schaffung eines einheitlichen, nutzerfreundlichen Bezahlsystems angekündigt. Dieses soll auch grenzüberschreitendes Laden in der EU ermöglichen. Durch einheitliche technische Standards sollen das Ladeerlebnis, aber auch die Netzintegration verbessert werden. Angekündigt wurde zudem ein vereinfachtes Abrechnungsverfahren im Zuge der EEG-Umlage.

Neues Förderprogramm

Das Bundesverkehrsministerium erläuterte u.a., dass ein neues Förderprogramm für die öffentliche Ladeinfrastruktur Anfang 2021 mit einem Volumen von 400 Millionen Euro aufgelegt wird. Für den Ausbau der gewerblichen Ladeinfrastruktur sollen 350 Millionen Euro in einem Förderprogramm ab Frühjahr 2021 investiert werden. Das ansiverte Schnellladernetz mit 1.000 Standorten soll an großen Verkehrsachsen und Kommunen ausgeschrieben werden. Hierzu wird derzeit ein Schnelllade-Gesetz erarbeitet.

Angesichts rasant wachsender Zulassungszahlen bei Elektrofahrzeugen, warnen einzelne Akteure vor fehlenden Lademöglichkeiten im öffentlichen Raum. Laut Deutschem Städte- und Gemeindebund ist unstrittig, dass den Kommunen beim Aufbau der Ladeinfrastruktur eine Schlüsselstellung zukommt. Damit sie beim Auffinden neuer Flächen, aber auch bei den notwendigen Genehmigungsprozessen vor Ort den Markthochlauf in der gebotenen Geschwindigkeit unterstützen können und nicht zum Flaschenhals werden, benötigten sie die Unterstützung von Bund und Ländern.

Das schon lange formulierte und richtige Ziel, 1 Million Ladepunkte in Deutschland bis 2030 zu schaffen, wird aus Sicht des DStGB nur erreicht, wenn auch die Kommunen entsprechend ausgestattet werden. Neben den übergeordneten Koordinierungsstellen von Bund und Ländern brauche es gerade vor Ort Expertise und Personal für die Standortfindung, Genehmigung und Errichtung von Ladeinfrastruktur. Daher bedürfe es gesonderter Förderprogramme seitens Bund und Land, um so genannte Elektromobilitätsmanager flächendeckend zu verankern.

Genehmigungsverfahren vereinfachen

Da einzelne Ladesäulen am Straßenrand den zu erwartenden Bedarf an Lademöglichkeiten nicht decken werden, sei eine Priorisierung auf Schnellladeparks an Autobahnen und Hauptverkehrsstraßen ebenso notwendig wie eine zeitnahe zu erreichende Versorgungsaufgabe für Tankstellen. Damit Elektromobilität flächendeckend verfügbar wird, müssten alle Akteure ihren Beitrag leisten, Automobilindustrie, Energiewirtschaft aber auch der Handel und die Arbeitgeber. Neben den Förderprogrammen sollte der Blick zudem auf eine Vereinfachung der Prozesse und Genehmigungsverfahren gerichtet werden, damit nach gleichem Muster Ladeinfrastruktur schneller und bürokratiearm entstehen kann.

Laut VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing ist der Ausbau der Ladeinfrastruktur entscheidend für die Verkehrswende. Die Stadtwerke hätten in den vergangenen Jahren dazu einen erheblichen Beitrag geleistet. „Klar ist: Stadtwerke werden

auch in Zukunft maßgeblich den Ausbau der Ladeinfrastruktur vorantreiben. Damit wir die notwendigen Investitionen tätigen können, müssen jedoch bestehende Hemmnisse zügig abgebaut und die Rahmenbedingungen für den Ausbau der privaten und öffentlichen Ladeinfrastruktur optimiert werden.“

„Wir benötigen schleunigst Flächen für den Ausbau der privaten und öffentlichen Ladeinfrastruktur. Darauf muss der Rechtsrahmen für die Elektromobilität ausgerichtet werden. So sollte etwa das Gebäude-Elektromobilitätsinfrastruktur-Gesetz (GEIG), das sich gerade im parlamentarischen Verfahren befindet, sinnvoll erweitert werden und zum Beispiel auch Kunden- und Besucherparkplätze in gewerblichen Gebäuden und Quartierslösungen mit in den Blick nehmen“, fuhr Liebing fort.

Entscheidend sei, dass alle Akteure, die Zugriff auf Flächen haben, an einem Strang ziehen. Benötigt werde daher ein nationaler Stakeholderdialog, der über den Ladegipfel hinausgeht. Kommunen, Energiewirtschaft, Automobilwirtschaft, Handel und Wohnungswirtschaft müssten an einen Tisch.

Liebing zufolge ist kundenfreundliches Laden das A und O. Dabei gehe es weniger um ein einheitliches Bezahlsystem als vielmehr um einfache und flexible Bezahlmöglichkeiten für Kunden. Nur Einheitlichkeit aus Prinzip schränke die Möglichkeiten der Kunden ein und nehme den Betreibern von Ladesäulen Flexibilität und Innovationsräume.

Von ca. 32.000 öffentlichen Ladepunkten in Deutschland sind fast 17.500, also 54 Prozent der Ladepunkte, in kommunaler Hand. Lag der kommunale Anteil 2010 noch bei 35 Prozent, stieg er bis 2014 bereits auf 46 Prozent. „Das belegt: Die kommunalen Unternehmen sind die treibende Kraft beim Ausbau öffentlicher Ladepunkte“, betonte der VKU-Hauptgeschäftsführer. Dies gelte gerade auch für den ländlichen Raum, wo der Anteil der Ladepunkte, die sich in kommunaler Hand befinden, sogar bei 57 Prozent liegt. **DK**

Ende der EEG-Förderung:

Bayernwerk bietet Lösung für PV-Pioniere

Seit dem 1. Januar 2021 fallen die ersten Solar-, Wind- und Biomasseanlagen aus der 20-jährigen Förderdauer des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG). Nach dem im Bundestag beschlossenen EEG-Novelle wird der von diesen Anlagen eingespeiste Strom in Zukunft deutlich niedriger vergütet. Jetzt bietet die Bayernwerk Netz GmbH (Bayernwerk) für die Betreiber dieser Anlagen eine nachhaltige Alternative zur Volleinspeisung des Sonnenstroms. Digitalisierung und schnelle Amortisierung inbegriffen.

Rund 2.400 Anlagen fallen allein in 2021 im Netz des Bayernwerks aus der bisherigen EEG-Förderung. Die Tendenz in den kommenden Jahren: Steigend. Circa 95 Prozent davon sind kleine Photovoltaikanlagen (PV) mit einer Leistung von bis zu zehn Kilowatt, wie sie zu Beginn der 2000er Jahre typischerweise auf den Dächern privater Eigenheime installiert wurden. Nachdem die Anlagen in den vergangenen 20 Jahren von der EEG-Förderung profitiert haben, wird ihr eingespeicherter Strom nun im Falle der Volleinspeisung zu Marktpreisen vergütet. Zwischen 3 und 5 Cent pro Kilowattstunde bekommen die Anlagenbetreiber nach dem neuen EEG für die Volleinspeisung der Sonnenenergie in das Stromnetz.

Neben der Volleinspeisung besteht nach dem neuen EEG aber auch die Möglichkeit, einen Teil der erzeugten Energie für den eigenen Verbrauch zu nutzen.

Das Bayernwerk bietet nun eine Lösung für die PV-Pioniere an und kommt damit auch ihrem Wunsch nach einem einfachen Umstieg auf Eigenversorgung nach.

Umbau und Zählerumrüstung durch das Bayernwerk

Sind die technischen Voraussetzungen gegeben, bietet das Energieunternehmen für die Betreiber der ausgeförderten PV-Anlagen an, die nötigen technischen Anpassungen im Zählerschrank vorzunehmen sowie die erforderliche Zählertechnik zu installieren. Durch den Einsatz einer modernen Messeinrichtung können die bisherig verbauten beiden Zähler zu einem zusammengefasst werden. Damit schafft sich der Kunde durch die Umrüstung aber nicht nur ein Stück Unabhängigkeit, sondern sorgt mit dem Weiterbetrieb seiner An-

lage auch für eine ökologisch nachhaltige Lösung.

Für die PV-Pioniere ist dies auch die wirtschaftlich beste Lösung zur Überschusseinspeisung. Während weiterhin der eingespeiste Strom vergütet wird, liegen die Einsparungen für den selbst verbrauchten Strom bei circa 30 Cent pro Kilowattstunde.

Amortisierung binnen kurzer Zeit

Nach dem Ende der bisherigen EEG-Förderung arbeitet dann eine vergleichsweise kleine Solaranlage durch die Umrüstung auch weiterhin wirtschaftlich. Beispielsweise hat sich die Umrüstung einer PV-Anlage mit einer Leistung von 2 Kilowatt schon in den ersten beiden Jahren amortisiert sowie die laufenden Kosten für das moderne Messsystem gedeckt.

Die vom Auslaufen der Förderung betroffenen Kunden wurden bereits vom Bayernwerk in einem persönlichen Schreiben auf diese Möglichkeit des Weiterbetriebs hingewiesen.

Das unverbindliche Anmeldeformular sowie weitere Informationen finden sie unter www.bayernwerk-netz.de/posteeg. □

Broschüre von Difu und IÖW:

Klimaschutz trotz klammer Kassen: Das können Kommunen tun

In Städten werden große Mengen an Treibhausgasen in den Bereichen Energie, Gebäude, Verkehr sowie Gewerbe und Industrie ausgestoßen. Um das Klima zu schützen, spielen Kommunen daher eine wichtige Rolle. Rund ein Viertel der Kommunen in Deutschland gilt allerdings schon seit Jahren als finanzschwach. Dass gerade auch diese Städte und Gemeinden Spielräume für Klimaschutzinvestitionen haben und davon regionalökonomisch profitieren können, zeigen eine neue Broschüre und fünf ergänzende Infoblätter vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) und dem Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW).

Kommunen können etwa durch lokales Elektro-Carsharing zu klimafreundlichem Verhalten einladen und gleichzeitig ihre Fuhrparks entlasten. Auch besteht die Möglichkeit, kommunale Dachflächen für Solarstromanlagen zu verpachten und dadurch den Ausbau erneuerbarer Energien zu fördern. Diese und weitere in der Praxis erfolgreich erprobte Maßnahmen können Wertschöpfung und damit auch Steuereinnahmen sowie Beschäftigung in die Kommunen bringen. Die Broschüre sowie fünf Infoblätter enthalten zahlreiche Tipps zur praktischen Umsetzung entsprechender Klimaschutzmaßnahmen.

Positive Effekte für die Wertschöpfung vor Ort erzeugen

„Es gibt viele Möglichkeiten, wie auch finanzschwache Kommunen im Klimaschutz aktiv werden können“, erklärt Wissenschaftlerin Katharina Heinbach vom IÖW. „Eine Vielzahl von kommunalen Klimaschutzmaßnahmen verbessert nicht nur die CO₂-Bilanz vor Ort, sondern hat auch positive ökonomische Effekte. So können Einsparungen von Energiekosten den Haushalt entlasten und Investitionen in Klimaschutz wie etwa erneuerbare Energieprojek-

te, energetische Sanierung oder nachhaltige Mobilität lokal mit Wertschöpfung und Beschäftigung verbunden sein.“

Handreichungen für Kommunen

Trotzdem fällt es insbesondere finanzschwachen Kommunen oft schwer, die notwendigen Anfangsinvestitionen zu tätigen. Selbst wenn sie aktuell von sehr günstigen Förderquoten profitieren können, müssen zunächst politische, personelle und regulatorische Hürden genommen werden. „Klimaschutzmaßnahmen – gerade in finanzschwachen Kommunen – setzen nicht nur einen fachübergreifenden und strategischen Dialog zwischen Umwelt-, Bau- und Finanzdezernaten in den jeweiligen Städten voraus. Städte müssen auch offensiv in den Dialog mit den für sie zuständigen Aufsichtsbehörden der jeweiligen Bundesländer treten“, stellt Corinna Altenburg vom Difu fest.

Die Broschüre und die Infoblätter helfen (finanzschwachen) Kommunen über Anfangshürden bei der Projektarbeit für den Klimaschutz hinweg. Sie zeigen Beispiele aus der kommunalen Praxis auf und verweisen auf umfangreiche weiterführende Informationen. So können

sich interessierte Akteure aus Kommunen etwa über die Finanzierung und Umsetzung von Maßnahmen informieren.

Mögliche 100-Prozent-Förderung

Ziel ist es, finanzschwache Kommunen so jenseits ihrer haushaltsrechtlichen Einschränkungen für die Durchführung von Klimaschutzmaßnahmen zu qualifizieren. Die Handreichungen erscheinen dabei genau zum richtigen Zeitpunkt: Denn konkret profitie-

BDE präsentiert Umfrageergebnisse:

Abfall in Zeiten von Corona

Private Abfallvermeidung in Corona-Zeiten ist kaum möglich. Dies zeigt eine aktuelle Umfrage des BDE Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft e. V. unter seinen Mitgliedsunternehmen. Einer der Gründe: Seit Beginn der Pandemie lassen sich die Bundesbürger öfter beliefen bzw. kaufen mehr ein, anstatt ins Restaurant zu gehen.

Das durch die Kontaktbeschränkungen ausgelöste intensivere häusliche Leben spiegelt sich auch in einer Mengenverschiebung der Abfallströme bei Glas, Altpapier und Kunststoffabfällen wider. Insgesamt stellen die Unternehmen schon während des ersten Lockdowns im März 2020 starke regionale Schwankungen fest. So ermittelten sie vereinzelt einen Zuwachs von 20 Prozent bei Glas und Leichtverpackungsabfällen aus Privathaushalten, während die Abfallmengen aus Industrie, Handel und Gewerbe mindestens stark rückläufig waren oder entsprechend ausblieben. Mit Ende der Maßnahmen fielen die Mehrmengen der Haushalte wieder rapide ab und stiegen selbst in der Urlaubssaison nicht mehr auffällig an.

In der Jahresbetrachtung sehen die Unternehmen einen Anstieg der Glasabfallmenge von durchschnittlich 5,9 Prozent. Der Mengenzuwachs bei Leichtverpackungen aus Kunststoffen, Metallen und Verbundmaterialien liegt demnach bei 5,7 Prozent.

Mülltrennung

In punkto Mülltrennung zeichnet sich keine grundsätzliche Veränderung ab. Aktuell weisen die Unternehmen jedoch darauf hin, dass weiterhin viele Gesichtsmasken und Gummihandschuhe unsachgemäß in der Gelben Tonne oder dem Gelben Sack entsorgt werden.

Während sich beim Altpapier die Gewichtsmenge insgesamt kaum änderte und durch weniger grafische Papiere teilweise sogar zurückging, nahm das Mengenvolumen durch mehr Verpackungen aus Pappe und Karton zu. Dementsprechend lag der durchschnittliche Anstieg auch nur bei rund 1,7 Prozent.

Zuwachs an Verpackungsabfall

Die deutschen Entsorgungsunternehmen rechneten zum Jahresende mit einer weiteren Zunahme der Mengen beim Verpackungsabfall. Je nach Abfallart lag die erwartete Steigerung im Dezember im Vergleich zum Vormonat im Durchschnitt zwischen sechs und acht Prozent. Gründe dafür sind die üblichen saisonalen Entwicklungen zu Weihnachten, aber auch das veränderte Einkaufsverhalten der Verbraucher im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie. Demnach rechnet ein Großteil der befragten Un-

ternehmen mit einem Anstieg der Leichtverpackungsmengen von im Schnitt 8,6 Prozent. Der Anteil sog. Leichtverpackungen ist mit einem Jahresvolumen von 30 Kilogramm pro Person der größte Mengentyp bei den untersuchten Abfallarten. Pro Jahr sammeln die Unternehmen ca. 2,5 Millionen Tonnen Leichtverpackungen aus Kunststoff, Metall und Verbundmaterialien bei den privaten Haushalten.

Hintergrundinfo

Die Broschüre und die Infoblätter sind ein Ergebnis des Projekts „Zwischen Wertschöpfungseffekten und haushaltsrechtlichen Restriktionen: Qualifizierung finanzschwacher Kommunen zur Durchführung von Klimaschutzmaßnahmen“, das aus Mitteln der Nationalen Klimaschutzinitiative des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit durchgeführt wurde. □

Klimabilanz 2020:

Warm wie kaum zuvor

Der Deutsche Wetterdienst meldet von der Zugspitze Rekordwerte für das Jahr 2020: Seit Beginn der Wetteraufzeichnungen im Jahr 1900 war es nur 2011 schon einmal so warm.

Auf dem Gipfel der Zugspitze sowie an der Umweltforschungsstation Schneefernerhaus wird vom Deutschen Wetterdienst kontinuierlich seit 1900 (Zugspitzgipfel) das Wetter aufgezeichnet. Schon die aktuellsten Werte vom Dezember 2020 zeigen mit einem Plus von 1,2 K, dass es im Vergleich zu vergangenen Jahren wärmer war als sonst. Nur 2015 wurden bereits schon einmal höhere Werte in einem Dezember gemessen.

Rekordwerte in den Jahren 2011 und 2020

Betrachtet man das gesamte vergangene Jahr, so lässt sich feststellen, dass innerhalb des 120 Jahre langem Messzeitraumes das Jahr 2020 zusammen mit dem Jahr 2011 das wärmste überhaupt war. 2020 wick die gemessene Temperatur an der Zugspitze um + 2,1 K von dem Referenzwert ab. Dabei lag das Maximum mit 15,0 °C am 6. August 2020 zwar leicht unter dem jemals gemessenen Maximalwert von 17,9 °C im Juli 1957, die minimalen Temperaturen 2020 waren aber dagegen deutlich höher als normalerweise. Der Minimalwert von -19,6 °C

wurde am 26. Dezember 2020 gemessen, wohingegen in der Vergangenheit auch Minusgrade bis unter -30,0 °C (Minimum -35,6 °C im Februar 1940) üblich waren.

Aber nicht nur auf der Zugspitze gab es 2020 Rekordwerte bezüglich der Temperatur: In ganz Deutschland zeigt sich eine positive Abweichung in diesem Jahr, verglichen zum langjährigen Mittel. Weltweit lag die Mitteltemperatur laut Erdbeobachtungsprogramm Copernicus 1,25 K über dem Niveau der Vergleichsperiode. Die Arktis ist hier trauriger Spitzenreiter: Bis + 6 K höhere Werte wurden hier im Vergleich zum Bezugszeitraum (1981 bis 2010) gemessen.

Diese ungewöhnlich hohen Temperaturen ließen in der Folge auch das Meereis verstärkt schmelzen, was zu den kleinsten jemals beobachteten Meereisflächen in den Monaten Juli und Oktober führte.

Die aktuellen Daten des Zugspitzgipfels sind auch auf der Seite des Schneefernerhauses verfügbar: http://bit.ly/Wetterdaten_Schneefernerhaus

Mehr Information unter www.copernicus.eu/de oder i.beck@schneefernerhaus.de. □

Neue Kälte-Klima-Richtlinie tritt in Kraft

Ab sofort können Unternehmen, Kommunen und Organisationen zur novellierten Kälte-Klima-Richtlinie eine Förderung beantragen. Gefördert werden stationäre Kälte- und Klimaanlage sowie Fahrzeug-Klimaanlagen in Bussen und Bahnen, wenn darin nicht-halogenierte Kältemittel zum Einsatz kommen. Die Richtlinie wurde jetzt erweitert, formal gestrafft und hinsichtlich der Kältemittel technologieoffen gestaltet.

Attraktive Förderbedingungen gelten für den Umstieg auf zukunftsfähige Anlagen, die das Klima nachhaltig schützen. Die Förderung erfolgt im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) des Bundesumweltministeriums.

Bei den stationären Anlagen ist die Förderung wie bisher modular aufgebaut. Gefördert werden Kälteerzeuger, zugehörige Komponenten und Systeme sowie thermische Speicher. Die geförderten Anlagen müssen besonders energieeffizient sein.

Erstmals Förderung kleiner Anlagen

Erstmals werden im Bereich des Lebensmitteleinzelhandels auch kleine Anlagen, wie zum Beispiel in Dorfläden, gefördert. Wer seine stationäre Kälte- oder Klima-Anlage noch nachhaltiger und klimaschonender betreiben will und auf eigene Kosten eine

am Standort vorhandene oder neu errichtete Anlage zur Nutzung regenerativer Energien regelungstechnisch in die Kälteanlage einbindet, kann dafür eine entsprechende Pauschale in Anspruch nehmen.

Von der Förderung profitieren können Unternehmen ebenso wie Kommunen und weitere Organisationen. Förderanträge zu der Richtlinie nimmt das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) entgegen. Die Antragstellung erfolgt mit dem elektronischen Antragsverfahren. Die mögliche Förderhöhe kann zuvor mit dem bereitgestellten Förderrechner unverbindlich abgeschätzt werden.

Informationen zur Kälte-Klima-Richtlinie und zum Förderrechner unter <https://www.klimaschutz.de/kälte-klima-richtlinie> sowie auf der BAFA-Homepage unter www.bafa.de/kki. □

Umweltminister Glauber:

Biotopverbund soll weiter wachsen

Vertragsnaturschutzprogramm 2021 startet

Im Jahr 2021 sollen noch mehr Flächen in das bayerische Vertragsnaturschutzprogramm (VNP) – Deutschlands größte Naturschutzfördermaßnahme – aufgenommen werden. Dies betonte Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber in München:

„Mit unserem Vertragsnaturschutzprogramm setzen wir das Volksbegehren Plus gemeinsam mit den Landwirten weiter um. Naturverträgliche Bewirtschaftung heißt Verantwortung für den Erhalt der Artenvielfalt übernehmen. Rund 120.000 Hektar Fläche werden im Rahmen des Vertragsnaturschutzprogramms bereits naturverträglich bewirtschaftet. Das entspricht einer Fläche von rund 170.000 Fußballplätzen.“

Glauber zufolge entstehen durch die aufwändige Pflege blütenbunte Wiesen und Weiden, Äcker mit Mohn und seltenen Kornblumen und viele andere artenreiche Lebensräume. „Mit unserem Vertragsnaturschutzprogramm honorieren wir diese Leistung. Bis zum Jahr 2030 wollen wir die Natur-Flächen noch einmal kräftig ausbauen: Gemeinsam mit den Landwirten wollen wir den Biotopverbund im Offenland auf 15 Prozent der Fläche ausweiten.“

Am bayerischen Vertragsnaturschutzprogramm nehmen bereits über 20.000 Betriebe teil. Für die naturverträgliche Pflege der landwirtschaftlichen Flächen werden in Bayern insgesamt rund 65 Millionen Euro bereitgestellt. Die Summe setzt sich aus Landes-, Bundes- und EU-Mitteln zusammen.

Die Antragstellung für das

nächste Jahr läuft vom 11. Januar bis 24. Februar 2021 über die Ämter für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Aufgrund der Corona-Pandemie erfolgt die Antragstellung ausschließlich online. Bei allen Maßnahmen werden Neuantragstellungen für fünf Jahre gefördert. Das Vertragsnaturschutzprogramm bietet damit Planungssicherheit für die teilnehmenden Betriebe.

Aufruf an interessierte Landwirte

Interessierte Landwirte werden gebeten, sich ab sofort mit der für sie zuständigen unteren Naturschutzbehörde für einen telefonischen Beratungstermin in Verbindung zu setzen. „Wir wollen die Förderbedingungen auch für Öko-Landwirte attraktiver gestalten. Deshalb sollen Ackermaßnahmen im Vertragsnaturschutz mit der Förderung für den ökologischen Landbau besser miteinander kombiniert werden können. Ich freue mich auf viele zusätzliche Partner und rufe alle Landwirte zum Mitmachen beim Vertragsnaturschutz auf“, appellierte Glauber. Die verbesserten Fördermöglichkeiten von Öko-Betrieben im Vertragsnaturschutz stehen unter dem Vorbehalt der Zustimmung der EU-Kommission. □

HEUTE BAUSCHUTT MORGEN BAUSTOFF

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN

BAUSTOFF-RECYCLING: Aktiver Klima- & Umweltschutz

Alte Baustoffe werden zu neuen Rohstoffen, z.B. für den kommunalen Straßen- und Tiefbau. Mehr Infos unter: baustoffrecycling-bayern.de

Baustoff Recycling Bayern e.V. Telefon: 089 / 20 80 39 - 414 Leopoldstraße 244 · 80807 München

„KUMAS-Leitprojekte 2020“

Der Förderverein KUMAS – Kompetenzzentrum für Umwelt e.V. zeichnet seit 1998 vorbildliche Umweltprojekte aus. In diesem Jahr fiel die Wahl der Jury auf „Green Factory – Die CO₂-neutrale Fabrik“, „Alt-Kunststoffrecycling – Hochwertige Wiederverwertung von Mischkunststoffen“, „Insekten.Vielfalt.Augsburg – Allianz für mehr Artenreichtum im Lebensraum Stadt“, und „100 Auen, 100 Arten – mit dem Wiesefix kommt Artenvielfalt in unsere Landschaft zurück“. Das „KUMAS Leitprojekt 2020“ dient dem Erhalt und der Entwicklung des regionalen Umwelt-Know-hows.

Die Green Factory der Alois Müller GmbH, Ungerhausen, hat Vorbildcharakter für eine CO₂-neutrale Produktion in der Praxis: Das 18.000 qm große, nahezu energieautarke Produktions- und Bürogebäude der Alois-Müller-Gruppe überzeugt mit einem nachhaltigen und energieflexiblen Konzept, das sich auch für andere Unternehmen in Deutschland realisieren lässt. Die Energie kommt von einer Photovoltaikanlage, einem Blockheizkraftwerk und einer mit nachwachsenden Rohstoffen betriebenen Pellettheizung. Unterschiedliche Speichermedien gleichen mögliche Schwankungen in der Erzeugung aus. Damit die klimafreundlich erzeugte Energie bestmöglich genutzt wird, ist der gesamte Produktionsprozess auf die Stromerzeugung abgestimmt.

Green Factory: CO₂-Neutralität durch regenerative Energien, intelligente Vernetzung und Demand-Side Management.

Green Factory

Kunststoffabfälle aus Gewerbe, Industrie und haushaltsnahen Sammlungen werden bei der Schenker Industrie- und Städte- und Städtereinigungs GmbH in Hohenkammer über eine intelligente und innovative Verzahnung einzelner Prozesse und Techniken in einer kaskadenförmigen Aufbereitung zu hochwertigsten Sekundärrohstoffen und zum werkstofflichen Wiedereinsatz, vergleichbar mit Primärware, umgewandelt. Verschiedenste Alt-Kunststoffe benötigen individuell mehrstufige Aufbereitungsschritte, speziell

abgestimmte Dichttrennungsvorfahren, NFR-Technologie zur Sortentrennung auf Polymerbasis, Entmetallisierung und Störstoffentfrachtung, Größenklassifizierung und Materialhomogenisierungsverfahren. Durch eine innovative Heißwasserwäsche mit integrierter Brauchwasseraufbereitung wird eine von der Industrie geforderte geruchsfreie Produktqualität erzeugt.

Insekten.Vielfalt.Augsburg

Zahlreiche Studien belegen, dass innerhalb der vergangenen ca. 30 Jahre weltweit ein dramatischer Artenschwund stattgefunden hat. Rund 75 Prozent der bis dato bekannten Arten sind inzwischen verschwunden bzw. vom Aussterben bedroht. Durch die Anlage von Blühwiesen mit autochthonem Saatgut können mit einfachen Mitteln bessere Lebensbedingungen insbesondere für Fluginsekten geschaffen werden. Das vom Landschaftspflegeverband der Stadt Augsburg initiierte Projekt „Insekten.Vielfalt.Augsburg“ zeigt, dass Naturschutz ökologische, ökonomi-

sche und soziale Aspekte vereinen kann. Für Wasser, Boden und Luft ergeben sich Vorteile durch einen geringeren Eintrag von Schadstoffen und für den Menschen steigt die Lebensqualität durch blütenreiche und vielfältige Lebensräume.

Mit „100 Auen – 100 Arten“ will der Landschaftspflegeverband Unterallgäu in Mindelheim pflanzliche Artenvielfalt in die Nähe der Gewässer zurückbringen. Fließgewässer mit ihren Auenzonen sind wichtige Lebensadern. Sie sind unersetzlich für die Fruchtbarkeit der Agrarlandschaft. Vom Erhalt der pflanzlichen Vielfalt gehen direkte Effekte auf die Bestäubungsinsekten aus. Bunte Wiesenstreifen entlang der Gewässerufer schützen vor Bodeneinträgen ins Wasser und sie liefern den menschlichen Sinnen wohlthuende Reize. Im Zusammenhang mit Biodiversität sind sie aber vor allem Lebensräume und Ausbreitungswege für die gebietseigene Flora und Fauna. Allerdings braucht artenreiches Grünland Ansbach und Pflege. So wurden eine technische Lösung zur Gewinnung gebietseigener Wiesensamenmischungen, der „Wiesefix“, und ein Trocknungsmobil entwickelt. **DK**

Mantelverordnung:

bvse setzt sich für Nachbesserung ein

„Wir sehen die Mantelverordnung so noch nicht auf der Zielgeraden. Mit den Beschlüssen des Bundesrates vom 06.11.2020 wurden wesentliche Kritikpunkte nicht berücksichtigt. Dies betrifft sowohl den Produktstatus für Ersatzbaustoffe wie auch eine Länderöffnungsklausel für die Verfüllung von Abgrabungen und ein einheitliches Analyseverfahren sowohl für Recycling, Verfüllung und Deponierung von mineralischen Abfällen“, erklärt bvse-Vizepräsident und Vorsitzender des Fachverbandes Mineralik Jürgen Weber die Ergebnisse der jüngsten Vorstandsberatung.

Es ist für unsere Branche eine Rolle rückwärts, dass alle Ersatzbaustoffe künftig wieder dem Abfallregime unterliegen sollen. In fünf Bundesländern Recyclingbaustoffe, die für den offenen Einbau ohne technische Sicherungsmaßnahmen geeignet sind, bereits jetzt Produktstatus, so in Nordrhein-Westfalen, Hessen, Sachsen, Baden-Württemberg und in Bayern. Der Gesetzgeber muss eine Regelung zum Ende der Abfalleigenschaft zumindest für Ersatzbaustoffe der besten Qualitäten auf Bundesebene finden. Andernfalls wird die Mantelverordnung nicht wie gewünscht zu mehr Akzeptanz von Ersatzbaustoffen beitragen. Das Gegenteil wird der Fall sein.

Jürgen Weber: „Unsere Absatzmöglichkeiten werden sich erschweren. Wer bitteschön lässt sich gerne einen Abfall einbauen?“ In der Ausschreibungspraxis kann der Wunsch nach einer produktneutralen Ausschreibung nur durch ein gesetzlich verankertes vorzeitiges Ende der Abfalleigenschaft von qualitätsgeprüften Recyclingbaustoffen verwirklicht werden.

Viele Unternehmen in der Mineralikbranche sind zudem darauf angewiesen, dass die Möglichkeit der Verfüllung von Abgrabungen auf der Basis einer erweiterten Länderöffnungsklausel erhalten bleibt, so wie dies auch im Koalitionsvertrag der Bundesregierung politisch vereinbart ist. „Unsere Befürchtung ist“, so Weber, „dass ohne Länderöffnungsklausel die Genehmigungsbehörden keine Einzelfallgenehmigungen jenseits von Z0/Z0* erteilen. Die Praxis zeigt, dass der Vollzug hierfür ermessenslenkende Verwaltungsvorschriften benötigt. Die zuständigen Genehmigungsbehörden haben auch nicht die personellen Kapazitäten, jeden Einzelfall gesondert, „ohne Richtschnur von oben“ zu bewerten.“

Drohender Entsorgungsengpass

„Ohne Einzelfallentscheidungen jenseits von Z0/Z0* für Verfüllungen steuern wir mangels ausreichender DKO-Deponien unweigerlich auf einen Entsorgungsengpass insbesondere für Millionen von Tonnen Aushubmaterialien zu. Die Folge: Restvolumina von Inertabfalldeponien wären in kürzester Zeit erschöpft und es kommt zu gewaltigen Transportzunahmen und Preisexplosionen für gering belastete mineralische Abfälle“, warnte der bvse-Vizepräsident eindringlich. Es sei daher schlicht nicht nachvollziehbar, dass der Bundesrat der Empfehlung seiner Ausschüsse (Verkehr-, Wirtschafts- und Wohnungsbau) nicht gefolgt ist und keine Länderöffnungsklausel (gem. Nr. 68 der Bundesrat-Drucksache 587/20 bezüglich § 8 Absatz 7 Bundesbodenschutz- und Altlastenverordnung) für die Verfüllung von Gruben, Brüchen und Tagebauen beschlossen hat.

Eine weitere Forderung des bvse: Der Gesetzgeber muss sich auf ein einheitliches Analyseverfahren für Recycling, Verfüllung und Deponierung von mineral-

ischen Abfällen und Reststoffen festlegen.

Was für manche Abgeordnete vielleicht nur als ein Detailproblem angesehen wird, ist für Praktiker jedoch von entscheidender Bedeutung: Bereits jetzt sind häufig Doppelanalysen im Feststoff erforderlich, beispielsweise wenn Haufwerksanalysen die Z-Werte nach LAGA in der Feinfraktion (< 2mm) überschreiten und dann zusätzlich in der Gesamtfraktion nach Deponeierordnung untersucht werden muss. Mit weiteren Elutionsverfahren, wie dem Säulenversuch sowie unterschiedlichen Wasser-/Feststoffverhältnissen im Schüttelverfahren, sind trotz aller Fachkunde und Sachkenntnisse aller Beteiligten Fehlerinterpretationen, Unsicherheiten und nicht kalkulierbare Risiken in der Angebotslegung von Entsorgungsleistungen vorprogrammiert.

Kostensteigerungen

Zwangsläufig ist dies auch mit weiteren Kostensteigerungen und größeren Zeitspannen bis zum Vorliegen der Analyseergebnisse und damit auch nicht unerheblichen Bauzeitverzögerungen verbunden. Nur ein einheitliches Analyseverfahren gewährleistet eine zuverlässige Einstufung, die eine Grundvoraussetzung für einen praktikablen Umgang mit der Mantelverordnung ist. Die Forderung nach einem einheitlichen Analyseverfahren betont der bvse übrigens bereits seit Beginn des mittlerweile über 15 Jahre andauernden Verordnungsgebungsprozesses.

„Man muss es in dieser Deutlichkeit sagen, wenn diese drei Punkte nicht beachtet werden, wird es deutschlandweit zu einer massiven Mengenverschiebung in die ohnehin knappen Deponien kommen. Der Einsatz von Recyclingbaustoffen und die sonstige Verwertung im Zuge der Verfüllung von Abgrabungen werden zurückgehen, die noch vorhandenen Deponeiekapazitäten werden über Gebühr belastet und innerhalb weniger Jahre erschöpft sein“, gibt bvse-Vizepräsident Jürgen Weber zu bedenken. Der bvse-Fachverband Mineralik warnt nochmals eindringlich vor massiven Transportzunahmen, insbesondere für Bodenaushub und Bauschutz, sowie mit rasant steigenden Entsorgungskosten dieser beiden mit Abstand größten Abfallströme, von denen jährlich mehrere hundert Millionen Tonnen anfallen.

Es liegt nach Auffassung des bvse auf der Hand, dass dies für private und gewerbliche Bauherren sowie für die Öffentliche Hand, als einem der größten Auftraggeber in der Bauwirtschaft, zu massiven finanziellen Belastungen führen wird. „Ein kostengünstiges, bezahlbares sowie nachhaltiges Bauen wird mit den Beschlüssen des Bundesrates in Frage gestellt. Der Bauwirtschaft, als letztem verbleibenden Konjunkturmotor in einem durch die Corona-Pandemie auf längere Zeit geschwächten wirtschaftlichen Umfeld, werden unnötig Steine in den Weg gelegt“, lautet Webers Fazit. **□**

Weg frei für Plastiktütenverbot

Ab dem Jahr 2022 gilt in Deutschland ein Verbot für Plastiktüten. Nach der Zustimmung des Bundestags hat der Bundesrat eine entsprechende Änderung des Verpackungsgesetzes passieren lassen. Künftig dürfen leichte Plastiktüten mit Wandstärken von 15 bis 50 Mikrometern nicht mehr in Umlauf kommen. Im Jahr 2019 wurden in Deutschland 1,49 Milliarden leichter Plastiktüten in Umlauf gebracht.

Sehr leichte Plastiktüten, so genannte Hemdchenbeutel von weniger als 15 Mikrometern, werden nicht verboten. Sie sorgen vor allem für einen hygienischen Umgang mit offenen und leicht verderblichen Lebensmitteln wie zum Beispiel Fleisch- oder Wurstwaren. Für diesen Zweck gibt es noch keine gute Alternative. Da-

her kämen infolge eines Verbots womöglich mehr (Vor-)Verpackungen auf den Markt, was zu einer Zunahme des Verpackungsmülls führen würde. Viele Handelsketten verzichten schon heute auf Verpackungen für lose Produkte, was es möglich ist. Kunststofftragetaschen mit einer Wandstärke von mehr als 50 Mikrometern wieder-

ÖKOPROFIT München:

56 Betriebe sparen Rohstoffe und Energie

Die Abschlussrunde des ÖKOPROFIT-Jahrgangs München 2019/2020 ist trotz schwieriger Bedingungen in der Corona-Pandemie sehr erfolgreich durchgeführt worden. Die Ergebnisse der diesjährigen 56 Münchner ÖKOPROFIT Einsteiger- und Klub-Betriebe sind beachtlich. Unter anderem konnten rund 2,6 Millionen Kilowattstunden Strom, Wärme- und Prozessenergie sowie Kraftstoff und 8.200 Tonnen CO₂-Emissionen eingespart werden. Der Wert der Ersparnisse betrug fast 1,2 Millionen Euro.

Gemeinsam mit dem Beraterteam der Gesellschaft für Arbeitssicherheits-, Qualitäts- und Umweltmanagement mbH (Arqum) wird bei allen an ÖKOPROFIT teilnehmenden Betrieben die Situation individuell vor Ort untersucht. Im Anschluss werden Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltbilanz entwickelt. Abschließend werden die teilnehmenden Betriebe und Einrichtungen nach den strengen Kriterien der ÖKOPROFIT-Auszeichnung durch einen externen Umweltgutachter geprüft.

Ökologie und Ökonomie

Beatrix Zurek, Referentin für Gesundheit und Umwelt: „ÖKOPROFIT ist ein Beispiel dafür, wie sich Ökologie und Ökonomie gerade in Krisenzeiten durch kluge Ideen und moderne Innovationen vereinbaren lassen. Ich finde es großartig, dass sich so viele Münchner Unternehmen dafür einsetzen, Rohstoffe und Energie zu sparen, Abfall zu vermeiden und Emissionen zu reduzieren. Sie sind ein Vorbild für andere Firmen.“

Laut Clemens Baumgärtner, Referent für Arbeit und Wirtschaft, ist ÖKOPROFIT „ein starkes lokales Wirtschaftsnetzwerk, in dem

ein intensiver Wissenstransfer rund um eine nachhaltige Unternehmensführung stattfindet. Die durch ökologisch sinnvolle Maßnahmen erzielte Kostenersparnis kommt voll und ganz der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe zu Gute. Gerade in wirtschaftlich schwieriger werdenden Zeiten ist das wichtiger denn je.“

Bisher wurden in München rund 400 ÖKOPROFIT-Betriebe ausgezeichnet, die Jahr für Jahr mit unterschiedlichsten Maßnahmen ihre Energie- und Materialeffizienz verbessert haben. Für eine erfolgreiche Zertifizierung spielt es keine Rolle, aus welcher Branche ein Betrieb kommt oder wie groß die Belegschaft ist. So konnte 2019 und 2020 jeweils eine eigene ÖKOPROFIT-Runde für Volksfestbetriebe durchgeführt werden, die speziell auf die Bedürfnisse von Festzelt- und Schaustellerbetrieben zugeschnitten waren. Für beide Runden wurden eigene Ergebnisflyer veröffentlicht. Im Frühjahr 2021 wird eine Runde für neue Einsteigerbetriebe gestartet. Die ÖKOPROFIT-Einsteigerbetriebe des Jahrgangs 2019/2020 und die bisherigen Klubbetriebe können zudem ihre Aktivitäten im ÖKOPROFIT-Klub fortführen. **□**

um sind vergleichsweise stabil und werden daher typischerweise als abfallvermeidende Mehrwegtaschen verwendet.

Hierzulande wurden 2019 noch 1,5 Milliarden leichte Plastiktüten mit Wandstärken unter 50 Mikrometern in Umlauf gebracht, das sind etwa 18 Plastiktüten pro Einwohner. Das sind rund 14 Prozent weniger als noch 2018. In den Obst- und Gemüseabteilungen der Supermärkte nutzten Kunden etwa 3 Milliarden „Hemdchenbeutel“, das ist rund 1 Prozent weniger als 2018. Das geht aus dem aktuellen Monitoringbericht der Gesellschaft für Verpackungsmarktforschung (GVM) hervor, den der Handelsverband Deutschland vorlegt.

Konsummüll weiter reduzieren

Laut Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber „haben wir von Bayern aus die Initiative für ein umfassendes Plastiktütenverbot gestartet. Das Verbot von leichten Plastiktüten ist daher ein erster wichtiger Schritt zur Reduzierung von Kunststoff. Mit diesem Erfolg geben wir uns aber nicht zufrieden. Wir werden uns weiter für ein umfangreiches Verbot von Plastiktüten einsetzen. Wir werden auch künftig Initiativen zur Reduzierung von Kunststoff einbringen. Das Ziel ist klar: Wir wollen den Konsummüll weiter reduzieren.“

Praktische Alternativen

Bayern hatte eine Initiative zur Reduzierung unnötiger Kunststoffabfälle in den Bundesrat eingebracht und ein generelles Verbot von Plastiktüten gefordert. Die Initiative ging damit deutlich über den Beschluss des Bundestags hinaus. Glauber zufolge überzeugt die unterschiedliche Behandlung durch den Bundestag nicht: „Plastik bleibt Plastik, egal ob die Tüte sehr dünn oder dick ist. Plastiktüten belasten unsere Umwelt und die Tierwelt. Jede Plastiktüte, die wir einsparen, kann nicht als Mikroplastik in der Natur landen. Es gibt praktische Alternativen zur Plastiktüte.“

Der Minister appellierte an die Verbraucher, beim Einkaufen beispielsweise auf Baumwolltaschen zu setzen und gerade an der Obsttheke Mehrwegnetze statt Hemdchenbeutel zu verwenden. Rund zwei Milliarden Plastiktüten werden jährlich in Deutschland verbraucht. **DK**



**Komfort
Qualität
Funktion**

**Vielfalt
Design
Ergonomie**

**Direkt vom
Hersteller**

KRENZER

Wir gestalten Räume.

Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelfabrik
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de

www.krenzer-sitzmoebel.de

Zukunftsaufgabe Digitalisierung der bayerischen Forstwirtschaft

Interview mit Florian Rauschmayr, Hochschule Weihenstephan-Triesdorf

Corona wirkt derzeit wie ein Katalysator auf die Digitalisierung. Hier gibt es gerade in der Prozesskette Privatwaldbewirtschaftung große Potentiale. Im aktuellen Projekt „Digitalisierung Forstwirtschaft in Bayern“ befragte die Cluster-Initiative Forst und Holz zwischen Sommer und Herbst 2020 forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse, Forstdienstleister und anerkannte Experten nach dem aktuellen Stand in Sachen „Digitalisierung“. Über die ersten Ergebnisse sprach Clustermitarbeiter Johannes Rahm mit Florian Rauschmayr, Hochschule Weihenstephan-Triesdorf.

„Ich sehe in einigen Jahren eine konsequente Vernetzung aller Akteure im Forst von der Motorsäge oder dem Harvester über den Rücker hin zur Endabrechnung an den Waldbesitzer“, betont Florian Rauschmayr. Er ist an der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf in der Lehre für die Bereiche Holzzernte, Logistik und Digitalisierung tätig. Einen Vorteil für den Einsatz digitaler Werk-

zeuge in den forstwirtschaftlichen Zusammenschlüssen sieht man vor allem im Management von Geschäftsprozessen, zur Mitgliederbetreuung und zur Flächenbewirtschaftung.

Strategie zum optimalen Einsatz von Digitaltools

Das derzeit laufende Clusterprojekt „Digitalisierung Forstwirtschaft in Bayern“ soll die

forstlichen Akteure in Bayern mit Schwerpunkt Kleinprivatwald bei der Entwicklung einer Strategie zum optimalen Einsatz von Digitaltools unterstützen.

Durch die Befragung konnte eine orientierende Prozessanalyse typischer Abläufe im Kleinprivatwald und der dort tätigen Forstwirtschaftlichen Akteure und Dienstleister realisiert werden. Ebenso wurde so eine Sichtung von bereits vorhandenen Digitalisierungslösungen vorgenommen.

Rauschmayr und Rahm betonen dabei die große Bedeutung des Wissenstransfers. Durch den Digitalisierungsboom mit vielen neuen Hard- und Softwarelösungen wird der Markt unübersichtlicher. Dabei ist es



V.l.: Johannes Rahm und Florian Rauschmayr.

Bild: Cluster-Initiative Forst und Holz in Bayern gGmbH

enorm wichtig, nicht nur zu wissen welche Anwendungen möglich sind, sondern welche man tatsächlich benötigt.

Wo liegen die Potentiale?

Gerade beim in Bayern flächenmäßig dominierenden Privatwald zeigen sich deutliche Potenziale in der Holzbereitstellungskette. Mit Hilfe von digitalen Anwendungen können nicht nur längerfristig Kosten gesenkt, sondern vor allem in Zeiten hoher Arbeitsbelastungen Zeit erspart werden.

Ein Beispiel der Digitalisierung: Zukünftig erhalten Waldbesitzer, forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse und Forstdienstleister zeitgerecht aktuelle Informationen zu Borkenkäfergefahren, Sturmgefahr oder auch aktuelle Hinweise wie Förderaufrufe. Besonders in Bezug auf Kalamitätsschäden ist es wichtig zu wissen wo das Holz gerade liegt. Dadurch steht allem voran die Vision einer geschlossenen Prozesskette: Von forstlichen Dienstleistern und

forstwirtschaftlichen Zusammenschlüssen bis hin zum Sägewerk solle ein durchgängiger Datenfluss möglich sein. Nur so kann effektive Borkenkäferprävention und Schadholzaufarbeitung stattfinden.

Vernetzung der Akteure

In den forstlichen Organisationen und bei den Forstdienstleistern selber bestehen meist schon diverse Forstprogramme – hier sieht das Cluster Forst und Holz in Bayern großes Potenzial in der Vernetzung der Akteure. Ebenso kann eine starke GIS-Anwendung (Geo-Informationssystem) mit aktuellen Daten aus Flugbeobachtungen oder Satellitendaten zukünftig die Interaktion stärken. Auch bei der Erfassung der Waldzustände bis hin zu Forsteinrichtungen ist man international auf dem Vormarsch. Hier zeigen sich sogar genauere Messungen als mit den bisherigen Methoden. Am Ende können organisatorische Weiterentwicklungen wie z.B. FreiWerks-Lieferungen durch

Digitalisierung unterstützt werden.

Wo liegen die Herausforderungen?

Hemmnisse, die den konsequenten Einsatz der Digitalisierung behindern, zeigen sich stark in der fehlenden Transparenz über Kosten der Digitalisierung. Da die Digitalisierung ein komplexes System ist, lassen sich einzelne Kosten sowie Erfolgskontrollen nicht automatisch zuordnen. Durch die Gewinnung und Schulung von Mitarbeitenden sowie mehr Engagement der Anbieter bei der Vernetzung der Schnittstellen kann hieraus jedoch ein Erfolg erzielt werden. Durch große Stückzahlen z.B. bei Wald-Apps oder durch technische Entwicklungen wie bei Smartphones werden sich zudem die Kosten reduzieren.

Was sind die weiteren Schritte?

Ein zentraler Schritt ist die Vernetzung der Akteure. Eine Reduktion von „Insellösungen“ ist schwierig, aber ein Überblick über vorhandene Möglichkeiten kann die Synergien zwischen den Branchen vorantreiben. Hierzu sollten Förderungen in diesem Bereich angeregt werden und vorhandene Lösungen mit detaillierten Kostendarstellungen dokumentiert werden. Ein Ansatz für die Clusterarbeit: Durch digitale Schulungen, z.B. im virtuellen Format werden die Benutzer sensibilisiert und können die Chancen der Digitalisierung verstärkt nutzen.

Informationen: <https://www.cluster-forstholz-bayern.de/de/>

Grünflächen pflegen:

VGL Bayern plädiert für die Verlängerung von Jahresverträgen

Der Verband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Bayern setzt sich für die Verlängerung der Jahresverträge hinsichtlich der Pflege von Parks und Grünanlagen im kommunalen und gewerblichen Bereich ein. Hintergrund ist die Corona-Pandemie, die bei verschiedenen Auftraggebern zu einer erheblichen Verzögerung in der zeitnahen Ausschreibung neuer Jahrespflegeverträge führt.

Für Städte und Gemeinden ist der Erhalt der existierenden Grünanlagen unumgänglich, um die Auswirkungen des Klimawandels abzumildern. Dies gilt auch für Privat- und Betriebsgrundstücke.

Professionelle Pflege

Bereits heute leiden beispielsweise viele Stadtbäume an den steigenden Temperaturen, die die Hitzesommer mit sich bringen. Umso wichtiger ist eine professionelle, vertraglich geregelte Pflege. Denn jede funktionierende Grünfläche beugt einer weiteren Klimaerwärmung vor, bindet Feinstaub und Kohlendioxid und erhält damit die Lebensqualität in unseren Städten.

Deshalb empfiehlt der Verband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Bayern (VGL Bay-

ern) Auftraggebern, die derzeit auf Grund der Corona-Pandemie ihre Pflegeverträge nicht fristgerecht neu ausschreiben können, diese zumindest um ein Jahr zu verlängern. „Viele öffentliche Auftraggeber sehen sich derzeit genötigt, die vorhandenen Jahrespflegeverträge neu ausschreiben zu müssen“, konstatiert VGL Bayern-Präsident Gerhard Zäh.

Rücksichtnahme auf Corona-bedingte Umstände

„Da aber derzeit Corona-bedingt die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Garten- und Bauämtern sowie unsere Mitgliedsbetriebe im Garten- und Landschaftsbau stark belastet sind, sollten ablaufende Pflegeverträge möglichst einfach fortgesetzt werden. Darüber hinaus haben viele Unternehmer

signalisiert, dass sie als Auftragnehmer einer pauschalen Verlängerung zustimmen würden. Auftraggeber sollten im Einvernehmen mit den ausführenden Firmen prüfen, ob die bestehenden Jahresverträge über das Ende 2020 hinaus für ein Jahr verlängert werden können“, empfiehlt der Verbandspräsident.

Geringes Ansteckungsrisiko im Freien

Der Garten- und Landschaftsbau (GaLaBau) wurde 2020 durch die Corona-Pandemie nur wenig belastet. Wegen des geringeren Ansteckungsrisikos im Freien und umfassenden Präventionsmaßnahmen, konnte der Betrieb auf den Baustellen bisher nahezu uneingeschränkt aufrechterhalten werden. Außerdem haben sich die Auftragsbücher für 2021 in den letzten Monaten kontinuierlich gefüllt. Dies betrifft insbesondere den Auftragsbestand im Privatgartenbereich, der viele Ressourcen der ausführenden Unternehmen binden wird. Durch die Auswirkungen des gegenwärtigen Lockdowns stoßen nun auch die GaLaBau-Betriebe immer mehr an ihre Kapazitätsgrenzen. In den Fachbetrieben herrscht vielerorts eine angespannte Personalsituation, die eine Entlastung notwendig macht. Insofern würde auch hier eine möglichst formlose Verlängerung bestehender Pflegeverträge, sofern beide Partner zustimmen, eine erhebliche Erleichterung mit sich bringen.

Dringender Handlungsbedarf

Insgesamt besteht demnach dringender Handlungsbedarf, um eine bestmögliche Versorgung des kommunalen und gewerblichen Bereichs zu gewährleisten. Ist die Pflege von Stauden, Gehölzen und Rasenflächen nicht durch entsprechende Verträge geregelt, besteht die Gefahr, dass diese witterungsbedingt einen Schaden erleiden und damit teure Neupflanzungen notwendig machen. Für die Grünpflege liegen entsprechende Vorschriften, die in den DIN-Normen (Nummern 8915 ff) geregelt sind, vor. Werden hier Fehler in der Fertigstellungs-, Entwicklungs- oder Unterhaltspflege gemacht, führt dies in der Regel zu einem erheblichen finanziellen Schaden für Kommunen, Städte und Gewerbebetriebe.



Fragen Sie nach Ihrem persönlichen Ansprechpartner unter 0800 99 99 150.

BayWa

Leistungsstark zu jeder Jahreszeit.

Kommunal- und Gewerbeteknik auf grünen, grauen und weißen Flächen.

Bei Ihrer täglichen Arbeit im Frühling, Sommer, Herbst oder Winter unterstützen wir Sie durch individuelle Beratung, Vertrieb und nachgelagerten Service von:

- Traktoren
- Kommunalfahrzeugen
- Lastkraftwagen
- Transportern
- Anbaugeräten
- Anhängern

Kugelman Zwei-kammer-Aufbau-Streuer

Das Zweikammersystem hält Ihnen alle Möglichkeiten der Streustoffwahl offen. Der Mischbetrieb verschiedener Streustoffe ist beliebig möglich. Die DUPLEX Reihe ist auch mit Feuchtsalzausstattung konfigurierbar.

Erhältlich für alle gängigen Fahrzeugtypen wie z. B.:

- LKW
- Unimog
- Kommunaltransporter
- Kricklenker
- Hakenliftsysteme
- Abrollsysteme

BayWa AG
Technik

Arabellastraße 4
81925 München

[baywa.de/kommunaltechnik](https://www.baywa.de/kommunaltechnik)

Forstministerin Michaela Kaniber:

„Wir bauen den klimastabilen Wald“

Zehn neue Forschungsprojekte gestartet

Der Klimawandel setzt Bayerns Wäldern zu. Um sie zu erhalten, weitet der Freistaat seine Forschungsaktivitäten in diesem Bereich deutlich aus. „Wir starten 2021 neue forstliche Forschungsvorhaben. Denn wir brauchen dringend weitere Erkenntnisse zur Wahl der Baumarten, die dem Klimawandel standhalten. Die Bedingungen für unsere Wälder ändern sich nämlich dramatisch: Mancherorts müssen wir schon heute neue, unbekanntere Wege bei der Begründung einer neuen Waldgeneration gehen“, sagte Forstministerin Michaela Kaniber.

Insgesamt fördert das Landwirtschaftsministerium im kommenden Jahr zehn neue Forschungsprojekte mit über drei Millionen Euro, davon etwa die Hälfte aus der bayerischen Klimaschutzoffensive.

Vier Projekte beschäftigen sich mit dem Anbaurisiko klimastabiler Baumarten und neuen Herkünften. Dabei werden unter anderem das einzigartige bayerische Standortinformationssystem weiterentwickelt und die Eignung mediterraner Eichenarten in Süddeutschland, z. B. der Flaumeiche, bewertet. Darüber hinaus wird die Anpassungsfähigkeit der Wälder an den Trockenstress, die neuartige Ahorn-Rußbrindenkrankheit und der Klimawandel im Gebirgswald untersucht. Weitere Vorhaben befassen sich mit den Auswirkungen des Klimawandels auf Insekten und Bodenlebewesen im Wald.

Die Forschungsergebnisse sollen in die Beratung der bayerischen Waldbesitzer einfließen. „Auch unter den geänderten Rahmenbedingungen wollen wir Perspektiven für eine zukunftsgerichtete Waldbewirtschaftung aufzeigen. Dabei unterstützen wir die Waldbesitzer zudem seit Februar 2020 mit deutlich verbesserten und attraktiven Fördersätzen“, sagte Ministerin Kaniber.

proHolz Bayern kritisiert Pläne des Bundesumweltministeriums

Der deutsche Wald soll nach Plänen des Bundesumweltministeriums künftig weniger der Holzgewinnung, sondern angeblich mehr als bisher dem Klima- und Artenschutz dienen. ProHolz Bayern kritisiert diese Pläne, da es keinen Widerspruch zwischen Holzgewinnung und Klimaschutz gibt. Im Gegenteil: Die nachhaltige Nutzung und Holzgewinnung in heimischen Wäldern leisten einen wesentlich höheren Beitrag zu Klimaschutz und Artenvielfalt als die Stilllegung.

„Dass Waldflächen zukünftig nicht mehr bewirtschaftet werden sollen, ist im Sinne des Klimaschutzes nicht zielführend“, erklärt Alexander Gump, Vorsitzender des Kuratoriums von proHolz Bayern. Der Wald in Deutschland ist in großen Teilen zu alt, die Verjüngung der Baumbestände stagniert, die Vielfalt klimastabiler Baumarten ist nicht ausreichend. Dies gilt vor allem für kleinere Privat- und Kommunalwälder.

Dabei ist die Vielfalt klimastabiler Baumarten und die regelmäßige Verjüngung des Waldes zentral, um seine wichtige Klimaschutzfunktion und die Artenvielfalt langfristig zu sichern. Auch werden immer mehr Waldflächen immer extensiver oder gar nicht mehr bewirtschaftet. „Im Prinzip haben wir bereits Wälder, die zunehmend sich selbst überlassen werden. Aber das ist nicht die Lösung für die Probleme des Waldes und des Klimas. Im Gegenteil: Wir brauchen dringend neue Ideen und Initiativen, um die Herkulesaufgabe zu bewältigen, die heimischen Wälder aktiv in Klimaschutz zu umzubauen und sie fit zu machen für die Auswirkungen des Klimawandels.“ Mit der Stilllegung von Waldflächen erreiche man dieses Ziel nicht. „Um einen klimangepassten Waldumbau zu ermöglichen, braucht es eine moderne und aktive Forstwirtschaft“, ist sich Gump sicher.

Zukunftsweisende Idee: der klimaeffiziente Wald

Wie neue, innovative Wege aus dem Dilemma des deutschen Waldes aussehen können, skizziert das Modellprojekt „klimaeffizienter Wald“. Die Idee dahinter: Unternehmen, die sich aktiv um Nachhaltigkeit bemühen, unterstützen finanziell die Waldbesitzervereinigungen in ihrer Region beim Umbau des Waldes in Richtung Klimaeffizienz mit 15 Euro pro Tonne gebundenem CO₂. „Bislang lag unser Fokus immer auf der Vermeidung von CO₂, der Aspekt von dessen Bindung in heimischen Wäldern wurde vernachlässigt“, so Gump. Das Projekt kann dafür sorgen, dass das Holz unserer Wälder in regionale, langlebige Holzprodukte ver-

arbeitet wird, die ebenfalls CO₂ speichern. Rund zwei Drittel des Geldes erhalten die Waldbesitzer im Umkreis von 40 Kilometern um das sich engagierende Unternehmen. Den restlichen Betrag bekommen die regionalen Waldbesitzervereinigungen sowie die Wald-Auditoren, die das Projekt überwachen und zertifizieren. „Die Waldbesitzer erklären sich bereit, ihren Wald natürlich zu verjüngen, zusätzlich klimatolerante Baumarten zu pflanzen, klimaeffizient zu bewirtschaften und das gewonnene Holz in möglichst hohen Anteilen in langlebige und regionale Holzprodukte zu überführen“, erklärt Gump das Prinzip.

Holzenergieanlagen

Nicht hochwertige Holznebenprodukte können in modernen Holzenergieanlagen in Energie verwandelt werden. Nach erfolgreichem Audit erhalten sie dann den Klimawald-Standard KNW 1001:2020 für eine klimaeffiziente, nachhaltige Waldbewirtschaftung. Mit Start der CO₂-Bepreisung 2021 könnte diese Idee durch zusätzliche Gewährung einer staatlichen Klimaschutzprämie flächendeckend gefördert werden.

„Damit würde die vernünftige Forderung des Bundesumweltministeriums nach Honorierung der Klimaschutzleistung der Waldbesitzer erfüllt, ohne dass Waldflächen stillgelegt werden, die dringend umgebaut werden müssen“, sagt Gump. Denn stillgelegte Wälder bedeuten: weniger regional nachwachsender und CO₂ bindender Rohstoff Holz und dadurch der Einsatz klimaschädlicherer Alternativen sowohl im Bausektor als auch bei der Energiewende. „Konsequent zu Ende gedacht helfen Wälder, die nicht bewirtschaftet werden, dem Klima nicht“, fasst Gump zusammen.

Regionale Kreislaufwirtschaft

Der Rohstoff Holz ist und bleibt nachhaltig und schützt langfristig unser Klima – im Holzbau, in der modernen Holzenergie und in der holzbasierten Bioökonomie. Jeder Festmeter Holz aus heimischem Wald, der in langlebigen Holzprodukten wie Holzhäuser oder Möbel

verbaut wird, bindet eine Tonne CO₂. „Als Substitution anderer Rohstoffe, bei deren Gewinnung und Verarbeitung große Mengen CO₂ freigesetzt werden, ist Holz die klimafreundliche Alternative und: es wächst in unseren Wäldern nach, wenn sie nachhaltig bewirtschaftet werden“, betont Gump.

Enorme CO₂-Einsparung

Derzeit werden jährlich ca. 35 Millionen Tonnen CO₂ durch die Verwendung von Holz aus den Wäldern in Bayern vermieden oder in Holzprodukten gespeichert. Dieser Klimaschutzeffekt entspricht der 3,5-fachen Menge CO₂, die durch den Auf-

Biotope bundesweit miteinander vernetzen

Aufbau eines bundesweiten Biotopverbunds

Zu den größten Bedrohungen für die biologische Vielfalt gehört die Zerschneidung von Lebensräumen durch Verkehrswege, Siedlungen und Agrarflächen mit Monokulturen. Um naturnahe Lebensräume in Deutschland miteinander zu vernetzen und so das Überleben vieler Tier- und Pflanzenarten zu sichern, ist ein bundesweiter Biotopverbund notwendig. Das neue Projekt „Landschaft + Menschen verbinden – Kommunen für den bundesweiten Biotopverbund“ im Bundesprogramm Biologische Vielfalt soll daher bundesweit Kommunen dafür gewinnen, einen solchen Biotopverbund gemeinsam mit lokalen Akteuren umzusetzen. In Bayern, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen werden dazu in Modellregionen Biotop beispielhaft aufgewertet und stärker miteinander vernetzt. Zudem ist eine deutschlandweite Informationskampagne für alle Kommunen geplant. Das Bundesamt für Naturschutz fördert das Vorhaben mit Mitteln des Bundesumweltministeriums in Höhe von rund 2,4 Millionen Euro.

Bundesumweltministerin Svenja Schulze: „Damit Tiere und Pflanzen ausreichend Lebensraum finden und sich auch in neuen Lebensräumen etablieren können, brauchen sie zusammenhängende Gebiete. Nur so können ihre Populationen dauerhaft bestehen bleiben. Deshalb ist ein Ziel der Nationalen Strategie zur Biologischen Vielfalt, ein funktionsfähiges System vernetzter Biotop zu schaffen. Dabei kommt es auf die Kommunen an, die wir dabei unterstützen wollen, Biotop miteinander zu vernetzen und so zu sichern.“

Engagement vieler Akteure

BfN-Präsidentin Prof. Dr. Beate Jessel: „Ein bundesweiter Biotopverbund kann nur durch das gemeinsame Engagement vieler Akteure erreicht werden. Deshalb ist es so wichtig, dass das Projekt bei den Kommunen selbst ansetzt: Städte und Gemeinden werden dabei unterstützt, Maßnahmen zum Biotopverbund beispielhaft in die Tat

bau von Holzvorrat im Wald gespeichert werden und ungefähr 40 Prozent der jährlichen CO₂-Emissionen Bayerns. Durch Nutzungseinschränkungen oder Stilllegung von Wäldern werden diese Klimaschutzeffekte vermindert oder gehen verloren.

Mit dem Engagement von regional ansässigen Unternehmen wird so eine spürbare Klimaschutzleistung durch die Forstwirtschaft und die Verwendung von Holz erzielt. Auch regionale Holzabnehmer wie Sägewerke, Schreinereien oder Zimmerer sollten künftig stärker in diese nachhaltige Kreislaufwirtschaft eingebunden werden. „Das Projekt „Klimaeffizienter Wald“ hat enormes Potenzial für viele Regionen in Deutschland und ist deutlich wirksamer als die Stilllegung von bewirtschafteten Wäldern“, ist Gump überzeugt. □

Bucher Municipal:

German Design Award 2021 für vollelektrische Kehrmaschinen

Große Freude im Hause Bucher: „Mit Stolz verkünden wir, dass unsere neuen vollelektrischen Kehrfahrzeuge CityCat V20e und CityCat VS20e die Auszeichnung «Special Mention» beim German Design Award 2021 gewonnen haben!“, heißt es in einer Mitteilung des Unternehmens.

Das Design der elektrisch betriebenen Strassenkehrfahrzeuge hat die Jury in der Kategorie «Excellent Product Design» überzeugt, da es formal und funktional den Anspruch an Nachhaltigkeit, progressive Technik und Funktionalität sowie Bedienfreundlichkeit widerspiegelt.

Der German Design Award ist der internationale Premiumpreis des Rat für Formgebung. Sein Ziel: einzigartige Gestaltungstrends zu entdecken, zu präsentieren und auszuzeichnen. Jährlich werden daher hochkarätige Einreichungen aus dem Produkt- und Kommunikationsdesign prämiert, die alle auf ihre Art wegweisend in der internationalen Designlandschaft sind. Der 2012 initiierte German Design Award zählt zu den anerkanntesten Design-Wettbewerben weltweit und genießt weit über die Fachkreise hinaus hohes Ansehen.

Um die Vielfalt der Designkultur adäquat abzubilden, ist der German Design Award in die Segmente «Excellent Product Design», «Excellent Communications Design» und «Excellent Architecture» gegliedert. Innerhalb dieser Wettbewerbskategorien werden verschiedene Auszeichnungen vergeben. Die «Special Mention»-Auszeichnung würdigt eine konsequente Designkonzeption und Umsetzung. □



Übergabe des Traktors durch Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber an LWG-Präsident Andreas Maier. Bild: StMELF/Judith Schmidhuber

Fuhrpark wird klimafreundlicher

Ministerin Kaniber übergab schadstoffarmen Traktor

Thüngersheim – Praktizierter Klimaschutz im Obstbau: Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber hat der Landesanstalt für Weinbau und Gartenbau (LWG) in Thüngersheim einen für Biodiesel tauglichen Traktor übergeben. „Durch die Verwendung von Biodiesel werden im Vergleich zu Mineralöldiesel gut 80 Prozent Treibhausgase eingespart. Zudem wird der Biodiesel aus Pflanzen direkt vor unserer Haustüre gewonnen, was im Vergleich zum Mineralöl lange Transportwege erspart und Ressourcen schont“, sagte die Ministerin. Und weiter: „Wir wollen mit innovativer Technik als Freistaat Vorbild sein für die privaten Erzeuger. Wir nehmen Klimaschutz sehr ernst.“

Die LWG verwendet den 111 PS starken Traktor bevorzugt beim Obstbau. Sie hat ihn im Rahmen der Bayerischen Klimaschutzoffensive beschafft.

Die Bayerische Klimaschutzoffensive wurde Ende letzten Jahres vom Bayerischen Kabinett beschlossen und umfasst 96 konkrete Maßnahmen. Dazu gehört die klimafreundliche Umstellung des landwirtschaftlichen Fuhrparks im Landwirtschaftsressort. Das Hauptziel der Bayerischen Klimaschutzoffensive ist, die Klimaneutralität Bayerns im Jahr 2050 zu erreichen. Die Maßnahmen teilen sich in zehn Themenblöcke auf. Die Projekte betreffen sowohl die Vermeidung von Treibhausgasen wie zum Beispiel Gebäudesanierungen, Einsatz erneuerbarer Energien als auch die Anpassung an den Klimawandel wie etwa Waldumbau, Wasserückhalt in der Fläche oder trockenresistente Getreidesorten. Im Landwirtschaftsressort sind bereits 21 Traktoren und ein Harvester mit klimaschonenden Kraftstoffen unterwegs, zusätzlich noch vier kleinere Fahrzeuge mit Elektroantrieb. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Technologie- und Förderzentrums im Kompetenzzentrum für Nachwachsende Rohstoffe in Straubing stehen öffentlichen Stellen und Privaten für Informationen zur Verfügung. Dort beschäftigt man sich schon seit Jahren mit Biokraftstoffen und erneuerbarer Mobilität im landwirtschaftlichen und forstlichen Bereich. □

Geplant ist, feuchte Bodensenken anzulegen, Bewässerungsgräben aufzuwerten und Äcker in feuchtes Grünland umzuwandeln, die mithilfe extensiver Beweidung durch Wasserbüffel gepflegt werden.

Das Bundesprogramm Biologische Vielfalt

Die Umsetzung der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt (NBS) wird seit 2011 durch das Bundesprogramm Biologische Vielfalt unterstützt. Gefördert werden Vorhaben, denen im Rahmen der NBS eine gesamtstaatlich repräsentative Bedeutung zukommt oder die diese Strategie in besonders beispielhafter Weise umsetzen. Die geförderten Maßnahmen tragen dazu bei, den Rückgang der biologischen Vielfalt in Deutschland zu stoppen und mittel- bis langfristig in einen positiven Trend umzukehren. Sie dienen dem Schutz und der nachhaltigen Nutzung sowie der Entwicklung der biologischen Vielfalt und gehen über die rechtlich geforderten Standards hinaus. Weitere Informationen zum Bundesprogramm: <https://biologischevielfalt.bfn.de/bundesprogramm> □

ECO-Feuchtsalztechnologie

Driven by better



Bucher Municipal Wernberg GmbH
www.buchermunicipal.com

BUCHER
municipal

Zukunftsbäume für die Stadt

Neue Broschüre mit Auswahl von 65 stadtklimaverträglichen Baumarten aus der GALK-Straßenbaumliste

Wie sehen die Stadtbäume der Zukunft aus? Welche Eigenschaften müssen sie auszeichnen, um erfolgreich dem Klimawandel standzuhalten? Wie können Städte auch in Zukunft von den zahlreichen Vorteilen des Stadtgrüns profitieren und gleichzeitig fit für den Klimawandel werden? Empfehlungen und Antworten auf diese Fragen gibt die neue Broschüre „Zukunftsbäume für die Stadt“ mit 65 zukunftsrichtigen Straßenbäumen, herausgegeben vom Bund deutscher Baumschulen (BdB) e.V. und der Deutschen Gartenamtsleiterkonferenz (GALK) e.V..

Die GALK-Liste beinhaltet u.a. Baumarten und -sorten des Feldahorns, der Eichen, Hainbuchen oder des Ginkgobaums, welche das Stadtbild vieler deutschen Städte bereits heute prägen. Auch bislang nur wenig verwendete und in unseren Breiten nicht heimische Baumarten wie der Europäische Zürgelbaum, der Lampionbaum oder der Persische Eisenholzbaum sind in der Auswahl enthalten. In die Liste sind bundesweite Praxiserfahrungen von Kommunen, Baumschulbetrieben und des Arbeitskreises Straßenbäume eingeflossen.

Vielfalt schützt

„Vielfalt ist hier das Gebot der Stunde: Weg von den monokulturellen Baumbeständen in innerstädtischen Gebieten, und hin zu einem breiteren Sortiment an Straßenbäumen“, empfiehlt BdB-Präsident Helmut Selders und ergänzt: „Der Klimawandel bringt mit sich nicht nur extreme Witterungen, die den Bäumen zusetzen, sondern auch Schaderreger, die den Baumbestand bedrohen. Wenn Städteplaner und Grünflächenämter in Zukunft verstärkt auf Vielfalt bei

der Pflanzenverwendung setzen, ist der Baumbestand besser gegen Schädlinge und Klimaveränderungen gewappnet als die monokulturellen Bestände“.

Zukunftsbäume

Mit kurzen Beschreibungen und zahlreichen Fotos soll die aktuelle GALK-Straßenbaumliste kommunalen Grünflächenämtern, Stadtplanern, Landschaftsarchitekten und auch interessierten Bürgern als Planungshilfe bei der Auswahl von Stadtbäumen dienen. Auch regionale und Standortbesonderheiten werden berücksichtigt, ebenso wie die notwendige Bodenbeschaffenheit und der zu erwartende Pflegebedarf. Denn nur vitale und gut wachsende Bäume können am besten ihre Aufgaben wie CO₂-Bindung, Sauerstoffproduktion, Abkühlung und Schattierung, erfüllen. Des Weiteren beinhaltet die aktuelle Zukunftsbäume-Broschüre Angaben zur Bienenfreundlichkeit der einzelnen Baumarten. Somit kann die Artenvielfalt zusätzlich gefördert werden.

„Unsere Baumschulbetriebe arbeiten seit Jahren erfolgreich mit der Forschung auf dem Ge-

biet zusammen und haben ihr Sortiment entsprechend angepasst. Somit stellen wir sicher, dass klimafeste Baumarten in ausreichender Zahl und Qualität zur Verfügung stehen. Die Baumschulen im BdB beraten gerne bei der Auswahl geeigneter Zukunftsbäume“, ergänzt Helmut Selders.

Die Broschüre „Zukunftsbäume für die Stadt“ steht ab sofort als kostenloses E-Book (www.gruen-ist-leben.de/zukunftsbaeume/) zur Verfügung und ist ab Mitte Dezember 2020 als Druckversion erhältlich.

Bund deutscher Baumschulen

Der Bund deutscher Baumschulen (BdB) e.V. ist die berufsständische Vereinigung der Baumschulen. Die Branche kultiviert Gehölze auf aktuell weit über 20.000 Hektar mit einem jährlichen Produktionswert von über 1. Mrd. Euro. Auf Landesebene ist der BdB in 14 Landesverbände unterteilt, in denen zum großen Teil kleine und mittelständische Baumschulunternehmen organisiert sind. Die Betriebe vereinigen sich unter dem Leitmotiv der Branche „Grün ist Leben – Baumschulen schaffen Leben“. Seit 1993 ist der BdB zusammen mit weiteren Verbänden des Gartenbaus Gesellschafter der Deutschen Bundesgartenschau-Gesellschaft (DBG) und ist an der Planung und Umsetzung von Bundesgartenschauen (BUGAs) und Internationalen Gartenbauausstellungen (IGAs) beteiligt.



V.l.: Rudi Böck, Flußmeisterstelle Benediktbeuren, und Frieder Fülleemann, Henne Nutzfahrzeuge GmbH, vor dem U 530.
Bild: Henne Nutzfahrzeuge GmbH

Unimog U 530 in Benediktbeuern:

Sicherheit an Bergbächen

Das Team der Flussmeisterstelle Benediktbeuern durfte sich noch vor Weihnachten über einen besonderen Neuzugang freuen: Henne Nutzfahrzeuge aus Kirchheim bei München lieferte einen Unimog U 530 mit Gögl-Hardox-Stahlbrücke und hydraulischer Heckbordwand.

Das Fahrzeug wird vorwiegend für den Transport auf Bergwegen verwendet, denn dort werden u.a. Geröll, große Steine und Baumaterial für Arbeiten an Bergbächen benötigt, die dem Umwelt- und Hochwasserschutz dienen.

Mit dem Unimog hat die Flussmeisterstelle beste Erfahrung. Der neue U 530 ersetzt einen U 400, der mehr als 10 Jahre treue Dienste geleistet hat.

Um die teilweise sehr steilen Berghänge befahren zu können, wurde die leistungsstärkste Variante des Alleskönners gewählt.

Die Heckbordwand ist hydraulisch von der Fahrerkabine aus bedienbar. Das ist einerseits sehr komfortabel und andererseits dient es der Sicherheit, denn oftmals werden große Felsen gekippt. Wegen des überwiegend groben Transportgutes wurde eine Hardox Stahlbrücke installiert, die besonders widerstandsfähig ist. Die Bordwandaufsätze sind höher als üblich um auch Laub und Häckselmaterial zu transportieren. An der Frontanbauplatte kann ein Häcksel mit Auswurfkamin angebracht werden, der das Häckselgut direkt auf die Ladefläche befördert.



Ein glücklicher Moment war die Übergabe des neuen Mercedes-Unimogs U430 am Bauhof in Auerbach für Bauhofleiter Michael Kilger, die Bauhofmitarbeiter Matthias Keilhofer und Tobias Pscheidl, ebenso für Verkaufsberater Stephan Attenberger und Vorführer Ewald Schiehandl, beide von der Firma Beuthauser und ganz besonders für Bürgermeister Hans Dachs (v.li.)
Bild und Text: Isolde Deiser

Neuer Unimog U430:

Freude im Zachenberger Bauhof

Zachenberg. Für Bürgermeister Hans Dachs war die Anlieferung des neuen Unimogs für den Bauhof ein Glücksmoment. Als ehemaliger Bauhofleiter weiß er, wie wichtig ein gutes und zuverlässiges Fahrzeug ist. Nach Gesprächen mit den Bauhofmitarbeitern und intensiven Beratungen mit Verkaufsberater Stephan Attenberger von der Firma Beuthauser beschloss der Gemeinderat im Juli vergangenen Jahres die Beschaffung des neuen Unimogs als Ersatz für den 16 Jahre alten bisherigen MAN-LKW 220, weil man einen Unimog für zweckmäßiger erachtete.

Anfang Januar war es soweit: Ewald Schiehandl, Vorführer bei der Firma Beuthauser, fuhr den Unimog vom Transportfahrzeug auf den Zachenberger Bauhof in Auerbach.

Der neue Mercedes-Unimog U430 mit 300 PS, bestückt mit dem Salzsilo Yeti 25 von der Firma Bucher, das 2,5 Kubikmeter Streusalz fasst, kam gerade rechtzeitig zum Winterdienst-Einsatz an.

Das Fahrzeug hat eine zweckmäßige kommunale Ausstattung mit einem Gesamtgewicht von 14 Tonnen. Der Bürgermeister betonte, dem Gemeinderat sei es wichtig gewesen, dass der vorhandene Schneepflug

am neuen Fahrzeug angebracht werden kann. Das neue Fahrzeug wurde nach den Notwendigkeiten des Bauhofs beschafft, denn dort müsse man damit arbeiten.

Besonderes Ereignis

Bürgermeister Hans Dachs dankte dem Gemeinderat, der die Anschaffung des zweckmäßigen Bauhoffahrzeuges beschlossen hatte und wünschte den Bauhofmitarbeitern allzeit unfallfreie Fahrt.

Die Freude über dieses neue Fahrzeug erkennt man selbst am Nummernschild REG – GZ 430, GZ für Gemeinde Zachen-

berg und 430, die Bezeichnung des Unimogs.

Stephan Attenberger hob hervor, die Fahrzeugübergabe sei nicht nur ein besonderes Ereignis für die Gemeinde Zachenberg, sondern auch für die Firma Beuthauser.

Hilfe „mit Rat und Tat“

Da der nagelneue Unimog in der Bedienung gegenüber dem bisherigen LKW anders gearbetet ist, wurden alle Bauhofmitarbeiter von Ewald Schiehandl und Stephan Attenberger, von der Firma Beuthauser einen Tag lang geschult, zunächst in der Theorie und im Anschluss daran bei Probefahrten intensiv in die Bedienung des neuen Fahrzeugs eingewiesen. „Wir stehen auch künftig mit Rat und Tat zur Verfügung“, wurde dem Bauhofpersonal mit Bauhofleiter Michael Kilger und Bürgermeister Hans Dachs von den Beuthauser-Mitarbeitern Attenberger und Schiehandl versichert. ID



Voller Einsatz gegen Schnee und Eis.

Im Winterdienst zählen **Schnelligkeit, Zuverlässigkeit und Wirtschaftlichkeit**. Der Unimog ist in jeder dieser Disziplinen ein Profi. Dafür sorgen zum Beispiel innovative Eigenschaften wie der synergetische Fahrertrieb EasyDrive,

der während der Fahrt den Wechsel zwischen mechanischem und stufenlosem Antrieb (0–50 km/h) erlaubt, der komfortable Arbeitsplatz mit intuitivem Bedienkonzept oder modernste Euro-6-Motoren bis 220 kW (299 PS).



Mehr dazu bei Ihrem Unimog Partner oder unter mbs.mercedes-benz.com/unimog-kommunal

Mercedes-Benz
Trucks you can trust



Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 93266 Kulmbach, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29–33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

VDV begrüßt Beschlüsse und Initiativen:

Grünes Licht für E-Bus-Entlastung und Hochgeschwindigkeitsnetz

Gute Nachrichten für den VDV: Der Branchenverband für über 600 Unternehmen des öffentlichen Personen- und des Schienengüterverkehrs, begrüßt die mit der Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) einhergehende Entlastung. „Die beschlossene Absenkung der EEG-Umlage für E-Busse schafft ein Stück weit Spielräume, die wir unmittelbar in die Attraktivität des Angebotes investieren werden“, so VDV-Präsident Ingo Wortmann. Der VDV hatte die Absenkung als Branchenverband langjährig gefordert.

Bundestag und Bundesrat hatten abschließend für die Aufnahme von E-Linienbussen in die besondere EEG-Ausgleichsregelung gestimmt, die auch für Schienenbahnen gilt. Wortmann zufolge ist dies konsequent und richtig. Eine Begrenzung auf 20 Prozent der EEG-Umlage helfe den Unternehmen, den Kostenanstieg beim Busverkehr durch Umstieg auf alternative Antriebe weiter zu reduzieren, und belohne Investitionen in moderne, klimafreundliche Antriebstechnik. „Da eine weitere Voraussetzung ein Stromverbrauch von mehr als 100 MWh jährlich ist, hilft das auch den kleinen und mittleren Unternehmen vor Ort, das Nahverkehrs-Angebot zu verbessern“, betonte der VDV-Präsident.

Elektrobusse

Bereits bei ungefähr zwei bis drei ganzjährig im Linienbetrieb eingesetzten Elektrobusen in der Flotte werde der Schwellenwert von 100 Megawattstunden erreicht. Laut Wortmann ist dies auch ein Ansporn für die investierenden Unternehmen, um die erheblichen Zusatz- und Folgekosten, die durch die Maßnahmen für die Verkehrswende anfallen, ein wenig zu mindern. Die

EEG-Umlage zur Finanzierung des Ausbaus Erneuerbarer Energien macht bisher mehr als ein Drittel bei den Stromkosten eines Elektrobusse aus. Weitere Kostentreiber sind beim Betrieb von Elektrobusen die Stromsteuer, der KWK-Aufschlag und weitere Energiesteuern zur Finanzierung des Ausbaus der Windenergie oder zur Verbesserung der Netzstabilität.

Hochgeschwindigkeitsnetz

Weiterhin begrüßt der VDV die Initiative von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer, europaweit ein Hochgeschwindigkeitsnetz nach dem Vorbild des einstigen Trans-Europ-Expresses TEE einzuführen. Nach den Worten von VDV-Hauptgeschäftsführer Oliver Wolff „ist es bekannt, dass viele Verkehrsleistungen gerade dann gut angenommen werden, wenn das Ziel ohne Umstieg erreicht werden kann. Das Vorbild des TEE aufzugreifen und auch um Nachtzugangebote zu ergänzen, wäre ein echter Vorteil für die Kundinnen und Kunden und die Eisenbahn.“

Die Eisenbahn als klimafreundliches und auch touristisch attraktives Verkehrsmittel sollte bei der Erschließung der europäischen

Regionen und Metropolen eine stärkere Rolle spielen. Deshalb ist laut VDV die Vernetzung über zahlreiche Nationen hinweg mit einem qualitativ hochwertigen Produkt der richtige Weg in eine klimafreundliche Mobilität der Zukunft. Der TEE war zwischen 1957 und 1987 eine Zuggattung im europäischen Bahnfernverkehr, die sich durch schnelle Dieseltriebzüge mit hoher Laufruhe, komfortable Waggons und Bordküche auszeichnete.

Wiederbelebung des TEE

Der TEE soll in zwei Phasen wiederbelebt werden: Zunächst ist dieser für Strecken vorgesehen, die über eine ausreichende Infrastruktur verfügen. In der zweiten Phase sollen geeignete Strecken ausgebaut werden – hierfür fehle es gegenwärtig noch an einer effektiven EU-Förderkulisse. „Von besonderem Vorteil ist, dass Bundesverkehrsminister Scheuer bei diesem Vorhaben die europäischen Verkehrsminister einbezieht. So bekommt der europaweite Verkehr und damit die Eisenbahn allgemein die notwendige politische Unterstützung über Landesgrenzen hinaus“, erklärte Wolff, der auch Vizepräsident im Verband der Europäischen Eisenbahnen (CER) ist.

Auch die grundsätzliche Zustimmung der EU-Kommission zu einer fortentwickelten Gleisanschlussförderrichtlinie und dem geplanten Inkrafttreten zum März 2021 ist für den VDV eine gute Nachricht für das neue Jahr. Gleichzeitig ist es aus Sicht von VDV-Vizepräsident Joachim Berends ein gutes Zeichen, dass die bisherige Richtlinie bis einschließlich Februar 2021 verlängert werden kann. Auf diese Weise könnten Altan-

träge abgearbeitet und ein reibungsloser Übergang von der alten zur neuen Richtlinie gewährleistet werden.

Für das erweiterte Förderprogramm ist gemäß Bundeshaushalt 2021 zunächst ein jährliches Budget von 34 Millionen Euro vorgesehen. „Der Bund ist hier sehr engagiert: Dieser Haushaltsansatz soll künftig schrittweise erhöht werden. Der ‚normale‘ Gleisanschluss einschließlich der zugehörigen Umschlaggeräte wird weiterhin mit bis zu 50 Prozent gefördert. Die neu hinzugekommenen multimodalen Anlagen einschließlich der zugehörigen Umschlaggeräte werden unter Bedingungen mit bis zu 80 Prozent Förderung unterstützt“, erläuterte Berends.

Damit würden die wesentlichen Forderungen des VDV im Rahmen der Neuausrichtung der Gleisanschlussförderung erfüllt. Gleichzeitig schaffe der Bund die Voraussetzungen dafür, dass die erfolgreichen Güter-Verlagerungen von bisher rund 120 Millionen Tonnen von der Straße auf die Schiene und die damit einhergehende Einsparung von 3,3 Millionen Tonnen Treibhausgasemissionen fortgesetzt werden kann.

Gleisanschlussförderung

Zur Fortentwicklung der Förderrichtlinie zählen unter anderem die Einbeziehung der Ersatzinvestitionen, einschließlich Anschlussweiche, um das Schließen bestehender Gleisanschlüsse zu verhindern, multifunktionale Anlagen für den Umschlag von Gütern zwischen Straße und Schiene sowie Zuführungs- und Industriestammgleise zur Anbindung von Industrie- und Gewerbebetrieben. „Weitere wichtige Themen sind die Höhe der Planungskostenpauschale, neue Fördersätze und Förderquoten sowie eine einheitliche Wirtschaftlichkeitsuntersuchung. Ferner soll im Rahmen der europarechtlichen Vorgaben eine Kumulierung der Förderung mit Landesmitteln ermöglicht werden“, hob der Vizepräsident hervor. DK

Freistaat Bayern investiert über fünf Millionen Euro:

Zusätzliches Fahrzeug auf der Maintalbahn

Die Bayerische Eisenbahngesellschaft (BEG), die im Auftrag des Freistaats den Regional- und S-Bahn-Verkehr plant, finanziert und kontrolliert, investiert über fünf Millionen Euro in die Beschaffung eines zusätzlichen Triebwagens für die Fahrzeugflotte der Westfrankenbahn im Netz Hohenlohe-Franken-Untermain.

Das Fahrzeug vom Typ VT 642 soll bereits im Frühjahr 2021 zum Einsatz kommen und den zuletzt verspätungsanfälligen Betrieb am bayerischen Untermain stabilisieren. Die Westfrankenbahn (DB RegioNetz Verkehrs GmbH), die im Auftrag der BEG die Verkehrs betreibt, verfügt damit künftig über eine Flotte von 38 Fahrzeugen.

Mehr Stabilität

Verkehrsministerin Kerstin Schreyer ist überzeugt: „Ein Fahrzeug mehr entfaltet große Wirkung. Ich freue mich, dass wir mit der Finanzierung eines zusätzlichen Triebwagens eine schnelle und effiziente Lösung gefunden haben, um wieder mehr Stabilität in das attraktive Fahrplanangebot am bayerischen Untermain zu bringen.“

Kurze Wendezeiten in Aschaffenburg hatten in den letzten Monaten immer wieder zu einem Domino-Effekt geführt: Verspätungen oder Zugausfälle übertrugen sich auf Folgefahrten, teils über den ganzen Tag hinweg. Der zusätzliche Triebwagen soll die Zuverlässigkeit der Westfrankenbahn künftig steigern. Neben längeren Wendezeiten in Aschaffenburg bringt die Investition noch weitere Vor-

teile: In Miltenberg reduziert sich das verspätungsanfällige Kuppeln von Zügen in der morgendlichen Hauptverkehrszeit. Außerdem bieten sich Möglichkeiten zukünftig auch in einzelnen Verbindungen mehr Kapazitäten zur Verfügung zu stellen.

Thomas Precht, Sprecher der BEG-Geschäftsführung: „Das Fahrplanangebot in der Region überzeugt. Zuverlässigkeit ist aber die Voraussetzung dafür, dass die Fahrgäste das Angebot des umweltfreundlichen Regionalverkehrs auch auf Dauer annehmen. Mit dem zusätzlichen Fahrzeug auf der Maintalbahn stellt der Freistaat dafür die richtigen Weichen.“

Im Netz Hohenlohe-Franken-Untermain hatte die BEG das Fahrplanangebot mit dem Ende 2019 neu vergebenen Verkehrsdurchführungsvertrag an die Westfrankenbahn massiv ausgebaut. Zwischen Aschaffenburg und Miltenberg verkehrt der Regionalexpress RE 87 montags bis freitags im Stundentakt. Die Regionalbahn RB 88 verkehrt auch am Wochenende stündlich. Der gesamte Fahrplan ist zudem auf den Busverkehr im Landkreis abgestimmt, sodass die Ankunfts- und Abfahrtszeiten von Bahn und Bus systematisch miteinander verknüpft sind. □



Machen Tempo beim gemeinsamen Radwegekonzept: Landrat Raimund Kneidinger, Leitender Regierungsdirektor am Landratsamt Passau, Armin Diewald, Leiter der Kreisstraßenverwaltung, Herbert Hebel, Oberbürgermeister Jürgen Dupper, Klimaschutzbeauftragter des Landkreises Passau, Peter Ranzinger und Leiter des Sachgebiets Kreisentwicklung, Roland Gruber (v.l.). Bild: LRA Passau

Gemeinsames Radwegekonzept nimmt Fahrt auf

Stadt und Landkreis Passau arbeiten Hand in Hand an Verbesserungen für Radler

Wie kann der Umstieg vom Auto aufs Fahrrad möglichst attraktiv gestaltet werden? Eine Frage, die im Zentrum einer nachhaltigen Zukunft in der Region und eines gemeinsamen Radwegekonzepts von Stadt und Landkreis Passau steht.

Klar ist dabei, dass ein funktionierendes Radwegekonzept nur von Stadt und Landkreis zusammen auf den Weg gebracht werden kann. Passau liegt als Oberzentrum der Planungsregion Donau-Wald im Herzen des Landkreises Passau, die Hauptverbindungsachsen führen sternförmig aus dem Landkreis zur Stadt Passau hin. Ein Radwegekonzept, das an der Grenze zwischen Stadt und Landkreis enden würde, wäre wenig zielführend, sind sich Passaus Oberbürgermeister Jürgen Dupper und Landrat Raimund Kneidinger einig.

Unterschiedliche Bedürfnisse berücksichtigen

„Das Radwegekonzept soll einerseits die Bedürfnisse von Freizeitradlern und Touristen berücksichtigen, vor allem aber von Berufspendlern, die tagtäglich auf eine gute Fahrrad-Infrastruktur angewiesen sind“, so Landrat Kneidinger. „In der Zeit von E-Bikes und Pedelecs wird diese Form der Mobilität und des Individualverkehrs immer interessanter. Vor diesem Hintergrund brauchen wir eine sachgerechte Grundlage für Radfahrer“, bekräftigt Oberbürgermeister Jürgen Dupper.

An vielen Stellen gibt es bereits eine gute Grundlage für ein zukunftsfähiges Radwegenetz. Oft braucht es zur Optimierung beispielsweise nur eine Anpassung der Beschilderung. Auf manchen Routen wird aber auch ein Aus- und Neubau von Radwegen erforderlich sein. Hier wollen Stadt und Landkreis eng mit dem staatlichen

Bauamt zusammenarbeiten, um entlang der bereits vorhandenen Hauptverkehrsachsen den Radwegbau voranzutreiben.

Bei den konkreten Planungen zum Ausbau des Radwegenetzes sind die Kommunen aber auch auf die Unterstützung aus der Bevölkerung angewiesen. Um dort zielgerichtet anpacken zu können, wo auch wirklich Bedarf besteht, braucht es belastbare Analysen zur Nutzung und Auslastung der einzelnen Verkehrsachsen durch Radfahrer. Unter anderem könne man sich vorstellen, dazu anonymisierte Bewegungsdaten freiwilliger Radfahrer zu nutzen.

Mobilitäts-Komplettpaket

Ziel des Konzepts ist ein zukunftsfähiges Mobilitäts-Komplettpaket. Beim Radwegeausbau wird in der ersten Stufe ein starker Fokus auf den stadtnahen Landkreisgemeinden liegen. Für Radfahrer aus weiter entfernten Gemeinden solle es z.B. durch E-Bike-Ladestationen und -Stellplätze an Bushaltestellen die Möglichkeit geben, direkt vom Fahrrad auf den ÖPNV umzusteigen.

Stadt und Landkreis wollen dabei nun Tempo machen. Noch in diesem Jahr soll der Austausch auf den jeweiligen Fachebenen stattfinden und Planungsziele festgelegt werden. Frühzeitig zu Jahresbeginn will man in die Abstimmung mit den Kommunen und den weiteren beteiligten Behörden gehen, um möglichst schnell zu tatsächlichen Verbesserungen im Radverkehr zu gelangen. □



„Fahrräder Röntgenring 1“ Verkehrsteilnehmer sichtbar machen, die sauber mobil sind: Oberstraßenmeister Stefan Bauer-Österlein, Bauingenieurin Julia Henneberger, Baureferent Benjamin Schneider, Radverkehrsbeauftragter Adrien Cochet-Weinandt, Tiefbau-Chefin Annette Messerer an der Zählstele der Radachse 3, die am Hauptbahnhof vorbeiführt. Bild: Georg Wagenbrenner

Neuer Komfort auf der Radachse 3:

Jedes Fahrrad zählt

Ein ganzes Bündel an Verbesserungsmaßnahmen schlossen die Tiefbauer jetzt im Bereich Röntgenring/Haugerring an der Radachse 3 in Würzburg ab. Der Radweg ist nun verbreitert und der Belag erneuert, die Gehwege sind gepflastert und die Barrierefreiheit wurde durch taktile Leitelemente an den Überwegen und Haltestellen gewährleistet. Auf 870 Metern (innerstädtische Seite) und 350 Metern (Bahnhofsseite) wurden ca. 1,7 Millionen Euro investiert. Der Freistaat Bayern übernimmt die Hälfte der Kosten.

Vom Bayerischen Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr kam zudem eine besondere Zuwendung in Höhe von 5.000 Euro. Dies ist eine Anerkennung für die Aufnahme in den Kreis der „Fahrradfreundlichen Kommunen“ im Jahr 2019. Diese Summe ist in die Installation einer „Zählstele“ geflossen.

Bei der Inbetriebnahme dieser Infotafel, die mit einer Kontaktschleife im Radweg verbunden ist, freute sich Baureferent Benjamin Schneider: „Wann sind wir schon einmal in der Lage so verständlich aufzuzeigen, wie viele Radler unsere Hauptachsen täglich oder jährlich nutzen? Die städtischen Anstrengungen für eine stetig wachsende Zahl von Radlerinnen und Radler, für E-Biker oder auch die Fans von Lastenrädern sind ein-

ne gute Investition und werden an dieser hochfrequentierten Stelle beispielhaft sichtbar gemacht.“

An dieser Hauptachse gab es bislang nur Drahtesel-Hochrechnungen, ausgehend von kurzzeitigen Verkehrszählungen. Von einem Jahreswert von rund 150.000 Radfahrten (aus der Zellerau kommend/Richtung Berliner Ring) geht man aktuell im Baureferat aus.

Bald wird man es ganz genau wissen. Und diese Zahl wird auch für motorisierte Berufspendler durch die Windschutzscheibe gut sichtbar sein und womöglich auch zum Umsteigen anregen. Denn zu vielen Stoßzeiten gilt hier auf der eigenen Trasse, was sonst im Straßenverkehr streng verboten ist: Man kann die Autos rechts überholen. □

Neue Mobilitätsbegleiter in Nürnberg

Für Viele ist das Nutzen von Bussen und Bahnen Alltag, für Menschen mit einer vorübergehenden oder dauerhaften Einschränkung kann es schnell zu einer Herausforderung werden. Und genau da setzt der neue Begleitedienst der NOA.kommunal GmbH an: Ab sofort begleitet geschultes Personal Menschen in Nürnberg, die Unterstützung bei ihren Wegen mit öffentlichen Verkehrsmitteln brauchen.

Die VAG Verkehrs-Aktiengesellschaft Nürnberg hat die Ausbildung der zehn Mobilitätsbegleiter fachlich wie finanziell unterstützt und auch Experten vom Zentrum für Altersmedizin des Klinikums Nürnberg haben beratend zur Seite gestanden.

„Unsere Mobilitätsbegleiter sind gut für ihre neue Aufgabe gerüstet und hochmotiviert, Menschen zu helfen, die sich unsicher fühlen, wenn sie sich im öffentlichen Raum bewegen“, berichtet Susanne Brandes, Einsatzleiterin für den Begleitedienst bei der NOA. „Wir hätten uns zwar einfachere Bedingungen für den Start gewünscht, aber gerade in Zeiten mit immer strengeren Corona-Beschränkungen gibt es Menschen, die auf sich alleine gestellt sind und Hilfe benötigen. Wir stehen unter Beach-

tung aller Hygienevorgaben bereit“, so Brandes weiter.

Und so funktioniert der Begleitedienst: Die Mobilitätsbegleiter können außer an Feiertagen montags bis freitags zwischen 8.00 und 18.00 Uhr gebucht werden – frühestens zwei Wochen, spätestens drei Tage vor dem gewünschten Termin.

Die finale Bestätigung seitens der NOA erfolgt am Tag vor dem Wunschtermin. Für die Fahrten muss eine gültige Fahrkarte gelöst werden, in seltenen Fällen auch für die Begleitperson. Der zusätzliche Service gilt von der Wohnungstür zum Zielort und zurück und ist kostenfrei. Gebucht werden kann telefonisch oder per E-Mail an begleitedienst@noa.nuernberg.de oder unter www.mobidienst-nuernberg.de □

Europa-Urkunde 2020:

Sieben Schulen ausgezeichnet

Europaminister Dr. Florian Herrmann und Kultusminister Prof. Dr. Michael Piazzolo haben sieben bayerische Schulen aus allen Regierungsbezirken im Rahmen einer Videogrüßbotschaft mit der Europa-Urkunde 2020 ausgezeichnet und ihr Engagement gewürdigt.

Europaminister Herrmann: „Das Motto der Europäischen Union lautet seit 20 Jahren ‚In Vielfalt geeint‘. Wir sind stolz, dass so viele Schulen in Bayern den europäischen Gedanken leben und die Zukunft von Europa kreativ mitgestalten. Ein besonderes Kompliment geht an die Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte der Preisträgerschulen, die sich so vielfältig engagiert und in besonderer Weise für ihr Europa eingesetzt haben. Sie sind überzeugte Botschafter des Jahrhundertprojektes Europa für Frieden, Freiheit und Demokratie!“

Kultusminister Michael Piazzolo gratuliert: „Die Gewinner-schulen leben den Europagedanken. Sie begeistern die junge Generation für europäische Werte durch Schulparterschaften, Europaklassen oder Kooperationsprojekte. Interkulturelles Lernen und Völkerverständigung werden hier ganz großgeschrieben und sind Teil des Schulltags.“

• **Niederbayern: Grafen von Schaunberg Schule – Grundschule Julbach**

Die Grundschule Julbach in Niederbayern pflegt insbesondere bei Schullandheimaufenthalten in der Partnergemeinde Julbach/Mühlviertel in Oberösterreich den Kontakt mit der dortigen Schule. Sie beteiligt sich am europa- und weltweiten Programm „Wasserforscher“, in dessen Rahmen Themen rund um die Rettung eines virtuellen Wasserspeichers der Erde bearbeitet werden. Die teilnehmende Klasse aus Julbach wurde nationaler Sieger und durfte Deutschland auch beim Entscheid zum internationalen Sieger vertreten.

• **Umweltschule und Botschafter der Artenvielfalt**

Bereits fünf Mal wurde die Grundschule Julbach als „Umweltschule in Europa – internationale Nachhaltigkeitsschule“ zertifiziert. Gemeinsam mit einer Volksschule in Mining (Oberösterreich) wurde ein Vogelzugprojekt durchgeführt. Beide Klassen wurden zu „Botschaftern der Artenvielfalt“ ausgezeichnet.

Im Rahmen eines Schullandheimaufenthalts im Dreiländereck wurde der tschechische Ort Horni Plana besucht und die Moldau als europäischer Strom kennengelernt. Zudem konnten die Themen Flucht und Vertreibung in diesem Grenzgebiet nachvollzogen werden.

Die Schulkinder beteiligen sich zudem an der Weihnachtsaktion des Ortspfarrers zur Unterstützung des Waisenhauses in Sacueni (Rumänien) und packen für diese Weihnachtspäckchen. Als Dank der rumänischen Kinder

erhalten die Kinder in Julbach selbstgebautes Obst aus Rumänien. Am Europatag findet eine „Europa-Ausstellung“ im Foyer der Grundschule statt, für die die Kinder Plakate zu einzelnen Ländern basteln, europäische Künstler oder europäische Rezepte vorstellen.

• **Oberbayern: Gymnasium Bad Aibling**

Das Gymnasium Bad Aibling hat sein europäisches Profil erweitert und mit Beginn des Schuljahres 2019/2020 in der 5. Jahrgangsstufe eine Europaklasse eingerichtet. Im Rahmen eines einstündigen Wahlunterrichts bekommen nun Schülerinnen und Schüler in den Jahrgangsstufen 5 und 6 die Möglichkeit, Basiskomponenten in anderen Sprachen (v.a. Englisch, Latein, Italienisch, Französisch) und interkulturelle Kompetenz zu erwerben.

• **Europe on Air**

Im Rahmen von Erasmus+ hat das Gymnasium Bad Aibling beim Projekt „Europe on Air“ mit fünf Schulen aus Frankreich, Italien, Ungarn, Portugal und der Türkei zusammengearbeitet. Die Partnerschulen bauten Schulradios auf und haben über diese auf Englisch über kulturelle Aspekte der Länder diskutiert sowie Podcasts und Hörrätsel erstellt. In Frankreich haben die Schüler einen Cook-and-meet-Workshop veranstaltet und vom Präsidenten der Maison de l'Europe de Provence in Aix-en-Provence wurde ihnen für ihre Verdienste eine „Médaille d'honneur“ verliehen.

Beim Erasmus+-Projekt „Roots and Roads“ arbeitet das Gymnasium mit fünf Partnerschulen aus Amsterdam, Athen, Istanbul, London und Stockholm zusammen. Thematisches Ziel ist die Auseinandersetzung mit Migration in den jeweiligen Ländern. Eine weitere Teilnahme an Erasmus+ erfolgt beim Projekt „Arts for future“, bei dem in Anknüpfung an die Fridays for future-Bewegung das Thema „Nachhaltigkeit“ im Fokus steht. Mittels Kunst sollen die Schülerinnen und Schüler ihre Sorgen darlegen und auf grenzübergreifende Umweltprobleme aufmerksam machen. Die Schule arbeitet mit sechs Partnerschulen aus Frankreich, Spanien, Schweden, Kroatien, Griechenland und Deutschland zusammen und wird dabei eine koordinierende Rolle übernehmen.

Bereits seit dem Schuljahr 1995/1996 hat das Gymnasium einen bilingualen Zug im Fach Italienisch. Ab der 8. Jahrgangsstufe erhalten die Schülerinnen und Schüler Zusatzunterricht

in Italienisch mit dem Schwerpunkt „landeskundliche Konversation“, in der 10. Jahrgangsstufe wird das Fach Geschichte zweisprachig unterrichtet. Seit Jahren pflegt die Schule einen Schüleraustausch mit Frankreich und – bereits seit 28 Jahren – mit Italien und organisiert jährlich für die 8. Jahrgangsstufe eine Sprachreise nach Großbritannien. Seit mehreren Jahren wird der Europatag mit fächerübergreifender Darstellung verschiedener Themen (u.a. mit Tänzen, Essen und Getränken, traditioneller Kleidung) für die 7. Jahrgangsstufe organisiert.

• **Oberpfalz: Staatliche Realschule Obertraubling**

Die Realschule Obertraubling verfolgt seit Jahren die Ausbildung eines europäischen Schulprofils und engagiert sich mit einer Vielzahl verschiedener Projekte für den europäischen Gedanken. Besonders hervorzuheben ist die Teilnahme am Erasmus+-Projekt „An Experience with and for Refugees“ mit Partnerschulen aus Portugal, Spanien, Griechenland, Italien und Ungarn, bei dem zentrale Aspekte der Flüchtlingsthematik bearbeitet und dabei in verschiedenen Projekten und Schwerpunkten den Schülerinnen und Schülern eine intensive Möglichkeit zur Auseinandersetzung bietet. Durch den Austausch mit Jugendlichen anderer Nationen wird den Schülern hier ein vielfältiger Blick ermöglicht.

• **Zahlreiche Partnerschaften**

Seit vielen Jahren pflegt die Realschule zahlreiche Partnerschaften in das europäische Ausland. Sie hat in den vergangenen Jahren an mehreren eTwinning-Projekten mit verschiedenen Kooperationspartnern aus Spanien, Tschechien, Frankreich, Litauen, Italien, Polen, Rumänien und Finnland teilgenommen. Zudem pflegt sie einen regelmäßigen Schüleraustausch und gegenseitige Besuche des Lehrerkollegiums mit Dobraný (Tschechien) sowie einen Schüleraustausch mit einer spanischen Schule in Santander. Die Realschule fördert auf spielerische Weise die Auseinandersetzung der Schüler mit europapolitischen Themen durch Teilnahme am Planspiel „Cube – Your take on Europe“ oder durch das Brettspiel „Play your taxes“, das von der Realschule getestet wurde.

Zudem engagiert sich die Schule mit einer Vielzahl von Aktionen zu aktuellen Themen, die auch den europäischen Gedanken vertiefen. Es gab eine Plakataktion gegen Rassismus sowie eine Stolpersteinverlegung mit Schülersprechern. 2017 hat die Schule ein „Fest der Nationen“ ausgerichtet. In den Jahren 2015/2016 hat die Schule Flüchtlinge in Obertraubling unterstützt, sei es durch eine Hilfs-güterspendeaktion der Fachschaft, durch Mithilfe der Schüler bei der Vorbereitung der Ersteinrichtung oder durch Deutschkurse für die Geflüchteten durch Lehrer der Schule.

• **Mittelfranken: Psychologisch-Heilpädagogische Privatschule Regina Stein Nürnberg**

Das Private Förderzentrum mit dem Förderschwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung Regina Stein beteiligt sich kontinuierlich an Projekten im Rahmen von „Erasmus+“. In den Jahren 2014 bis 2016 hat das Förderzentrum am Projekt „European Languages – key for European citizens“ teilgenommen. Aktuell läuft gemeinsam mit sechs Partnerschulen das Projekt „TEAM“. Ziele des Projekts sind Inklusion, Unterstützung der Lehrkräfte sowie Sprachförderung. In diesem

Rahmen kommen Schüler/innen mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf (beispielsweise ADHS oder Taubheit) und deren Lehrkräfte aus Griechenland, Lettland, Polen, Portugal und Rumänien zusammen und arbeiten in gemischten, jahrgangsübergreifenden Teams.

• **Treffen mit Partnerschulen**

Im Januar 2020 hat das Förderzentrum Regina Stein ein Treffen mit den Partnerschulen organisiert: Gemeinsam haben Schülerinnen und Schüler mit und ohne Förderbedarf sowie ihre Lehrkräfte eine Woche im Schulandheim in Vorra verbracht. Sie haben dort in gemischten Teams und weitgehend ohne Sprachkenntnisse der Muttersprachen der Partnerschulen mit den Lehrkräften in gemischten Teams zusammengearbeitet und den gesamten Tagesablauf gemeinsam gestaltet. Ergebnis des Projekts soll eine Homepage werden, auf der die Lehrerinnen und Lehrer ihre Einblicke, neue Lehrmethoden und Eindrücke der anderen Länder mit den Partnerschulen teilen.

• **Unterfranken: Main-Limes Realschule Obernburg**

Die Main-Limes Realschule Obernburg stärkt mit verschiedenen Initiativen den europäischen Gedanken, die politische Bildung wie auch die Werteerziehung. Im Rahmen von Erasmus+ arbeitet sie seit September 2018 mit Schulen aus Italien, den Niederlanden, Lettland, und Litauen zusammen. Die Schülerinnen und Schüler sollen im Rahmen dieses Projekts erkennen, wie sie in der Gesellschaft vernetzt sind, welchen Einfluss Medien und soziale Netzwerke haben, welche europäischen Werte auf dem Spiel stehen und wie man positive Veränderungsprozesse bewirken kann.

• **Geographie auf Englisch**

In den Jahrgangsstufen 7 bis 9 wird in der Main-Limes Realschule

• **European Energy Award:**

Günzburg startet in die nächste Runde

Nach 2017 soll die Auszeichnung erneut in die Stadt geholt werden

Die Stadt Günzburg startet in die nächste Runde des European Energy Awards (eea). In seiner Sommersitzung am 6. Juli beschloss der Stadtrat diesen Schritt einstimmig, um das Ziel der energieautarken Stadt bis 2030 zu erreichen. Der European Energy Award ist ein Energie- und Umweltauditverfahren für Kommunen und dient dem Erreichen von Energie- und Klimaschutzzielen und der langfristigen Verbesserung der Umweltqualität.

Mehr als 1.300 europäische Kommunen nehmen am eea teil. „Der eea unterstützt Kommunen mit maßgeschneiderten Instrumenten, wie speziell ausgearbeitete Kriterien für Förderprogramme, bei ihrem Engagement für Energieeffizienz und Klimaschutz“, erklärt Daniela Fischer, Klimaschutzmanagerin der Stadt Günzburg.

• **Auszeichnung 2017**

Begleitet und betreut wird die Stadt Günzburg, wie bereits in der „ersten Runde“ vom Energie- und Umweltzentrum Allgäu

le das Fach Geographie auch englischsprachig angeboten. Ergänzend zur Sprachkompetenz spielt das Thema Europa dabei eine zentrale Rolle. Jährlich finden für die Jahrgangsstufe 10 eine zweitägige Studienfahrt zum EU-Parlament nach Straßburg sowie für die 8. Jahrgangsstufe eine Sprachreise nach England statt. In Straßburg wird den Schülerinnen und Schülern die Teilnahme an einer Parlamentssitzung und die Begegnung mit Europaabgeordneten ermöglicht. Durch das Wahlfach Spanisch erweitert die Realschule ihr europäisches Profil und hat einen dauerhaften Schüleraustausch mit der spanischen Schule Asti Leku Ikastole in Portugalete (Spanien) etabliert, der mit der Teilnahme am Comenius-Projekt „Nutzen und Risiken sozialer Netzwerke“ begonnen hatte.

An der Auswahl des Bayeux-Calvados-Preises beteiligt sich jährlich eine Schülergruppe und befasst sich in diesem Rahmen mit der Wahrung der Pressefreiheit und der Demokratie.

• **Oberfranken: Christian-Sammet-Mittelschule Pegnitz**

Die Christian-Sammet-Mittelschule pflegt seit Jahren eine intensive Schulparterschaft mit einer Schule in Slany/Tschechien. Jährlich erfolgen gegenseitige Besuche, bei denen unterschiedliche Programme und Aktivitäten stattfinden, die zur Völkerverständigung beitragen. Dies können gegenseitige Besuche an den Partnerschulen selbst sein, gemeinsame Klassenfahrten oder Schullandheimaufenthalte.

• **Tschechisch-deutscher Austausch**

Beispielsweise fand ein gemeinsames Treffen in Mödlareuth an der ehemaligen deutsch-deutschen Grenze statt. Beim Weihnachtsbesuch 2019 der tschechischen Schülerinnen und Schüler in Pegnitz fand ein gemeinsames Gespräch der tschechischen und deutschen Schülerschaft mit den beiden Bürgermeistern von

Pegnitz und Slany statt. Eigens zu diesem Zweck war der Bürgermeister von Slany nach Pegnitz gereist. Die Lehrkräfte der beiden Schulen pflegen ihren Austausch insbesondere im Rahmen von gegenseitigen Lehrerhospitalationen.

• **Schwaben: Berufliche Oberschule Lindau**

Die Berufliche Oberschule Lindau orientiert sich unter mehreren Aspekten am europäischen Gedanken. Sie ist am Erasmus+ Austauschprojekt: „Let's share our investigation projects with Europe“ beteiligt und treibt in diesem Rahmen gemeinsam mit zwei Partnerschulen in Spanien und Portugal die Organisation, das Monitoring und die Präsentation von wissenschaftlichen Projektarbeiten voran. In diesem Rahmen sind bereits gegenseitige Besuche von und bei den Partnerschulen erfolgt, bei denen u.a. die unterschiedlichen Projekte der jeweils anderen Schülerinnen und Schüler vorgestellt wurden.

• **Marketingmaßnahmen: Kosten und Monitoring**

Ein Fokus lag darauf, Präsentationsmöglichkeiten mit neuen Medien zu erlernen. In Deutschland wird der Schwerpunkt Marketingmaßnahmen, deren Kosten und das Monitoring sein. Durch diese interkulturelle Zusammenarbeit sollen unterschiedliche Sichtweisen und Arbeitsweisen sowie kulturell unterschiedlich beeinflusste Märkte kennengelernt werden. Die Berufliche Oberschule Lindau bietet in den Fächern VWL, Biologie und International Business Studies bilingualen Unterricht an. Bei Themen, wie z.B. „Sich auf dem internationalen Arbeitsmarkt erfolgreich bewerben“ oder „Culture in a box“ setzen sich die Schülerinnen und Schüler mit anderen Kulturen auseinander und werden gleichzeitig auf ihre Zukunft vorbereitet, was ein ausgesprochenes Anliegen der Schule ist. □



Auch im Corona-Jahr gelang die Weihnachtsaktion des Kindergartens Am Mühlbach in Garching zugunsten eines rumänischen Kindergartens und eines Kinderheims. Bereits seit mehr als 10 Jahren verpacken die Eltern und Kinder gut erhaltene Kleidungsstücke und Spielsachen sowie Dinge des täglichen Bedarfs. Die Weihnachtsgeschenke gehen in die Kleinstadt Bals im Süden Rumäniens; Arbeitslosigkeit und Armut sind hier groß. Bild: Stadt Garching



Daniela Fischer, Klimaschutzmanagerin der Stadt Günzburg, mit der Auszeichnung des „EuropeanEnergyAwards“ von 2017. 2021 tritt die Stadt erneut an. Bild: Julia Ehrlich/ Stadt Günzburg

• **Förderung durch Freistaat**

Die Teilnahme der Stadt Günzburg am eea wird vom Freistaat Bayern mit 70 Prozent der anfallenden Kosten gefördert. Das sind knapp 56.000 Euro über die Laufzeit von drei Jahren.

„Wir freuen uns auf viele spannende Projekte, Aktionen, Ideen und Diskussionen. Entscheidend für den Erfolg wird die nachhaltige Umsetzung definierter Konzepte und Maßnahmen sein. Für eine enkeltaugliche Zukunft lohnt sich dieser Weg“, sagt Jauernig.

Jeder kann einen Beitrag zum Erreichen des Pariser-Klimaziels von einer Erderwärmung von maximal 1,5 Grad Celsius beitragen. Die Stadtverwaltung freut sich auf eine aktive Beteiligung der Bürger. □

GZ ZU GAST BEI ...

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?
Die kreisfreie Stadt Passau und ihre ca. 53.000 Einwohner. Wann haben Sie Ihr Amt angetreten?

Im Mai 2008.

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Die Entscheidung fiel wohl während meiner Zeit als Schülersprecher. Damals entstand ein gewisses Interesse an Politik und politischem Engagement.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Durch Engagement in verschiedenen Jugendverbänden und durch ehrenamtliche Tätigkeit in Vereinen.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Jürgen Dupper

Bezirksvorsitzender der kreisfreien Städte in Niederbayern, Bayerischer Städtetag

Passau befand sich mitten in einer finanziellen Notlage. Obendrein befanden sich zwei städtische Tochterunternehmen in einer gehörigen Schiefelage. So war damals die Sanierung der städtischen Finanzen das Gebot der Stunde. Seit 2008 stellt die Stadt Passau ihre Haushalte ohne Nettoneuverschuldung auf.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Nach der Bewältigung der Corona-Pandemie steht zunächst das (Wieder-)Hochfahren des städtischen Lebens im Fokus. Insbesondere die hart getroffenen Branchen wie Gastronomie und kleinteiliger Einzelhandel bedürfen unseres koordinierten Vorgehens.

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Natürlich wird der übliche kommunalpolitische Dreiklang die Passauer Agenda bestimmen: Arbeiten, Wohnen, Leben. Das bedeutet



entschlossene Standortpolitik mit klugen Infrastruktur-entscheidungen, öffentlicher und privater Wohnungsbau mit klar definiertem Anteil an günstigem Wohnraum, weitere Investitionen in Bildung, Betreuung, Hochwasser- und Lärmschutz.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Hören Sie nicht auf Ratschläge älterer Kollegen sondern finden Sie Ihren eigenen Weg.

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Gute Kommunalpolitik entsteht meiner Beobachtung nach dann, wenn Stadtrat, Oberbürgermeister und Verwaltung die Dinge gemeinsam in die Hand nehmen. Dabei ist der gelungene Kompromiss, der möglichst viele Interessen berücksichtigt, allemal besser als die Umsetzung sog. Visionen. Die Bürgerinnen und Bürger müssen auf allen Kanälen, die Transparenz herstellen, mitgenommen werden (live-stream der Sitzungen, Informations-freiheitssatzung etc.). Bei wichtigen Projekten, z.B. Stadtteilentwicklungskonzept, sitzen sie mit am Tisch.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Die Digitalisierung wird die Kommunalpolitik nicht grundlegend verändern. Sie wird helfen, Prozesse noch transparenter zu machen (Stichwort: online-Bürgerbeteiligung), sie wird die Inanspruchnahme vieler städtischer Dienstleistungen noch komfortabler machen und sie wird das Verwalten noch effizienter machen.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

Respecte finem

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Als ein Oberbürgermeister, der mit den Menschen Lösungen für die Stadt und ihre Menschen gesucht und gefunden hat und dabei darauf verzichtete, sich Denkmäler zu setzen. □

Regionalentwicklung Stauden:

Zwei langjährige Vorstandsmitglieder verabschiedet

Zwei „Urgesteine“ der Regionalentwicklung Stauden (RES) wurden bei der jüngsten Mitgliederversammlung in der Fischacher Staudenlandhalle verabschiedet: der langjährige Zweite Vorsitzende Josef Böck und Schatzmeisterin Renate Meier.

In Vertretung des neu gewählten Vorsitzenden Peter Wachler, Bürgermeister von Markt Wald im Landkreis Unterallgäu, dankte sein ebenfalls frisch gewählter Stellvertreter, Fischachs Rathauschef Peter Ziegelmeier, den beiden langjährigen Mitstreitern für ihren unermüdlchen Einsatz für ihre heimatliche Staudenregion. Josef Böck, nach 30 Jahren an der Spitze der

Gemeinde Langenneufnach inzwischen zum Altbürgermeister ernannt, fungierte an der Seite von Peter Ziegelmeier zwölf Jahre lang als dessen Stellvertreter im Vorsitz der Regionalentwicklung.

Reaktivierung der Staudenbahn

Ein großes Thema in diesen vier Amtsperioden war die geplante Reaktivierung der Staudenbahn im Abschnitt zwischen Gessertshausen und Langenneufnach; ein Großprojekt, das noch immer nicht „in trockenen Tüchern“ ist und die Kommunalpolitik nach derzeitigem Stand auch noch in den nächsten Jahren intensiv beschäftigen wird. Als Vorsitzender des Staudenbahn-Schienenweg-Trägervereins bleibt der 61-Jährige beim

Thema Staudenbahn auch nach seinem Ausscheiden aus der RES-Führungsspitze aber weiterhin an vorderster Front am Ball.

Mit nicht weniger Herzblut engagierte sich Renate Meier aus dem Fischacher Ortsteil Wollmetshofen in den vergangenen Jahren für „ihre“ Stauden. Von 2012 bis 2017 als Geschäftsführerin und „gute Seele“ der Regionalentwicklung tätig, kümmerte sie sich anschließend von 2017 bis 2020 als Schatzmeisterin im Vorstand um die Finanzen der RES mit ihren zwölf Mitgliedsgemeinden.

Zum Nachfolger von Renate Meier als RES-Schatzmeister wählte die Mitgliederversammlung Gerald Eichinger, Bürgermeister von Langenneufnach. Für Josef Böck rückt Gessertshausen Rathauschef Jürgen Mögele als weiterer stellvertretender Vorsitzender in den Vorstand der Regionalentwicklung nach. (wkl)



Der stellvertretende RES-Vorsitzende Peter Ziegelmeier (Mitte) verabschiedete Renate Meier und Josef Böck aus der Führungsriege der Regionalentwicklung Stauden. Bild: Walter Kleber

Virtuelle Jahresabschluss-Sitzung mit Sechs-Gänge-Menü

Die CSU-Kreistagsfraktion im Landkreis Neumarkt hält alljährlich kurz vor Weihnachten eine Jahresabschlussitzung mit Rückblicken und Vorschau ihrer Fraktionsarbeit. Zusätzlich erhalten die Mandatsträger eine Plattform, um ihre Arbeit ebenfalls in einer Rück- und Vorschau zu beleuchten. Zwischen den jeweiligen Tagesordnungspunkten hatte es in der Vergangenheit immer eine Suppe, das Hauptgericht und als Nachspeise einen Cappuccino etc. gegeben. Aufgrund der Pandemie war ein physisches Treffen schwerlich möglich. Daraufhin hat sich der Fraktionsvorsitzende, Bürgermeister a.D. Alois Scherer, mit seinem Fraktionsvorstand etwas Besonderes für die 25-köpfige Fraktion einfallen lassen.

In der Einladung war vermerkt, dass sich jeder sein Lieblingsgetränk bereithalten sollte. Nach der Begrüßung und Bekanntgabe der Tagesordnung wurde gemeinsam im Rahmen der Videokonferenz auf das vergangene dennoch erfolgreiche Jahr angestoßen. Danach erfolgte der bebilderte Jahresrückblick des Fraktionsvorsitzenden.

Nach dem Rückblick auf runde Geburtstage, Neujahrsempfänge, den Wahlkampfveranstaltungen, der Fraktionsvorstandsitzungen und Fraktionsitzungen, wurde besonders auf die konstituierende Kreistagssitzung im Mai 2020 eingegangen. Der wiedergewählte Landrat Willibald Gailler konnte den weiteren Landrat, Bürgermeister Josef Bauer, und die stellvertretende Landrätin und zugleich CSU-Kreisvorsitzende Susanne Hierl neben den beiden anderen Gruppierungen angehörnden stellvertretenden Landräte vereidigen. Nach Besetzung der Ausschüsse und dem Beschluss über die Landkreisordnung endete die erste Sitzung.

Nach dem bebilderten Rückblick gab's die Vorspeise. Antipasta war angesagt. Jeder konnte sich nach Anweisung des Fraktionsvorsitzenden die einzelnen Menüpunkte vom Server herunterladen. Während sich die Fraktionsmitglieder die Delikatesse munden ließen, brachte Staatsminister Albert Fürecker – zugleich Mitglied der Fraktion – seinen Rück- und Ausblick in Form einer Videobotschaft zum Besten.

Hilfstransport der Bayerischen Feuerwehren

Herrmann dankt für Unterstützung Kroatiens

Das Erdbeben in Kroatien Ende Dezember 2020 hat schlimme Schäden angerichtet und auch die kroatischen Feuerwehren stark getroffen. Rund 300 bayerische Feuerwehren sind einem Aufruf des Landesfeuerwehrverbandes gefolgt und haben viele Ausrüstungs- und Gerätespenden für ihre kroatischen Kameradinnen und Kameraden zusammengetragen. Bayerns Innenminister Joachim Herrmann war in Hirsbrunn dabei, als ein Fahrzeugverband mit zehn Feuerwehrfahrzeugen zum Sammelpunkt in Richtung Rohrdorf startete. Insgesamt 21 Fahrzeuge machen sich auf den Weg ins Krisengebiet.

Der Innenminister lobte die grenzüberschreitende Hilfeleistung: „Ich bin beeindruckt von der Resonanz und stolz auf unsere Feuerwehren! Dies ist ein wichtiger Beitrag, um die örtlichen kroatischen Feuerwehren mit Gerätschaften und Schutzausrüstung einsatzfähig zu machen.“

Herrmann dankte allen beteiligten Kommunen, die als Träger der Feuerwehren die Spenden mitgetragen haben. Der Freistaat Bayern übernimmt mindestens 90 Prozent der Transportkosten.

Der Transportkonvoi wird voraussichtlich Montagabend in der Stadt Sisak ankommen. □

Saisonkalender Landkreis Fürth

Einen „perfekten Begleiter für den Kauf von Obst, Gemüse und Salaten“ nannte Landrat Matthias Dießl den neuen Saisonkalender, der in Zusammenarbeit mit dem Klimaschutzmanagement und der Regional- und Wirtschaftsförderung entstand und nützliche Tipps zu gesundem Einkauf enthält. Der Saisonkalender soll das Bewusstsein für das vielfältige regionale Angebot stärken und ist angereichert mit Rezeptideen und Terminen von Bauernmärkten in den Städten und Gemeinden des Landkreises.

Dießl: „Wir wollen darauf aufmerksam machen, dass mit dem Kauf regionaler Produkte schon durch geringere Transportwege Energie und Treibhausgasemissionen eingespart werden können“. Dies habe auch einen gesundheitlichen Aspekt: Frühernte, Vitaminverlust und Behandlung entfallen bei regionalen Produkten, weil Obst und Gemüse nicht für langen Transport „fit“ gemacht werden müsse, um im Zielland die optimale Reifung zu erreichen. Der Kalender zum Thema „Leckeres und Gutes aus dem Landkreis Fürth“ ist beim Landratsamt erhältlich und kann auch über die Homepage des Landkreises heruntergeladen werden (www.landkreis-fuerth.de). pmw



Alois Scherer, Bürgermeister a.D., Deining, CSU-Kreistagsfraktionsvorsitzender, Neumarkt i.d.OPf. Bild: Alois Scherer

gesundes Jahr 2021 mit den Lieblingsgetränken angestoßen.

Unisono waren sich alle Fraktionsmitglieder einig, dass die eher trocken und nüchtern anmutende virtuelle Jahresabschlussitzung mit dem tatsächlichen Anstoßen und dem Sechs-Gänge-Menü sehr amüsant und abwechslungsreich war.

Auch eine Alternative, eine virtuelle Sitzung ein wenig einladender zu gestalten. Dennoch hoffte der Fraktionsvorsitzende, alle Fraktionsmitglieder und die Mandatsträger im kommenden Jahr wieder zu einer „normalen“ Jahresabschlussitzung einladen zu können. □

GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPv in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Redaktion:

Constanze von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chef-in von Dienst

Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Jörg Kunstmann (KPv)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandene Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:

Monika Steer (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 55 vom 01.01.2021

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:

Theresa von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MwSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MwSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MwSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 9307-22

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH; Geschäftsführerinnen:

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

DZO Druckzentrum Oberfranken

GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.



Mitglieder der WestAllianz München informierten sich über das neuartige Transportsystem ottobahn: v.l. Marc Schindler, Geschäftsführer ottobahn; Helmut Zech, Vizelandrat Landkreis Dachau; Stefan Löwl, Landrat Landkreis Dachau; Heiko Büttner, Vorsitzender der Geschäftsleitung S-Bahn München; Johannes Kneidl, Vorsitzender WestAllianz München und Bürgermeister Gemeinde Sulzemoos, Peter Fink, Vorsitzender IHK-Regionalausschuss Dachau; Thorsten Salaske, ottobahn. Nicht auf dem Bild: MVV-Geschäftsführer Dr. Bernd Rosenbusch; MVG-Geschäftsführer Ingo Wortmann; Florian Hartmann, Oberbürgermeister Stadt Dachau.

Bild: Gemeinde Sulzemoos

WestAllianz München:

Stärke durch Gemeinsamkeit

Sieben Gemeinden, ein Ziel: Im Oktober 2011 wurde die WestAllianz München, ein Zusammenschluss der Gemeinden Bergkirchen, Karlsfeld, Maisach, Odelzhausen, Pfaffenhofen und Sulzemoos ins Leben gerufen. Einige Jahre später schloss sich Gröbenzell an. Entlang der A8 bilden die Kommunen einen starken Wirtschaftsraum westlich der Landeshauptstadt. Laut Johannes Kneidl, Bürgermeister von Sulzemoos und seit Mitte 2020 Vorsitzender des interkommunalen Zweckverbandes, „repräsentieren wir mit unseren Mitgliedskommunen zusammen ca. 70.000 Einwohner, so viel wie viele Landkreise in Bayern“.

Dieses Gewicht wolle man bei allen Themen, die den Westen von München berühren, mit einbringen – zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger und der ansässigen Wirtschaft.

Da das Verhältnis von Arbeitsplätzen zu Einwohnern geringer ist als in anderen Teilen des „Münchner Speckgürtels“, hat sich die WestAllianz zum Ziel gesetzt, weitere attraktive Unternehmen anzusiedeln. Unternehmen und Investoren sollen von den deutlichen Vorteilen der Wirtschaftsstandorte entlang der A8 überzeugt werden. Ebenfalls auf der Agenda der Bürgermeister stehen die Ausweisung von Wohngebieten, die sich an den Bedürfnissen der verändernden Lebensentwürfe orientieren sowie die kontinuierliche Verbesserung der sozialen Infrastruktur.

Interkommunale Zusammenarbeit

Um gemeinsame Projekte effizient voranzubringen, arbeitet die 2015 mit dem Bayerischen Qualitätspreis ausgezeichnete WestAllianz München in

mehreren Arbeitsgruppen zu den Themen „Bildung und Wirtschaft“, „Energie, Klima- und Naturschutz“, „Kultur“, „Mobilität“, „Naherholung und Tourismus“ sowie „Wohnformen und Bevölkerungsentwicklung“ interkommunal zusammen. Damit sorgt sie für eine Stärkung der Standortfaktoren.

So wurden beispielsweise in Zusammenarbeit mit den örtlichen Schulen „Ausbildungsrallyes“ veranstaltet, bei denen Schüler mit Firmen im Verbandsbereich in Kontakt gebracht wurden, um Berufsbilder und mögliche Ausbildungsangebote kennen zu lernen. Bereits zum sechsten Mal erschien darüber hinaus der Ausbildungs-kompass, eine Broschüre, die ein breitgefächertes Angebot an Ausbildungsmöglichkeiten in den Landkreisen Dachau und Fürstenfeldbruck bietet. Die regionalen Betriebe im Wirtschaftsraum bekommen hiermit die Möglichkeit, sich vorzustellen und für ihr Ausbildungsangebot zu werben. Zudem unterstützt der Weiterbildungskompass der WestAllianz München die ansässigen Firmen und Be-

triebe dabei, eine passende Weiterbildung für ihre Mitarbeiter zu finden.

Das Team für „Naherholung und Tourismus“ entwickelt wiederum die Idee zum Räder-Kneißl-Radweg, der aus Mitteln der LEADER-Förderung finanziert wurde. Der Radweg verbindet Freizeit und Erholung in der Natur mit der Lokalgeschichte des Mathias Kneißl, der hier gelebt hat. Das Projekt erregt deutschlandweit mediales Aufsehen und wird sehr stark von Radfahrenden aller Generationen frequentiert.

Neben gemeinsamen Messeauftritten und Expertengesprächen wird darüber hinaus alljährlich in einer der Mitgliedsgemeinden zu einem Wirtschaftsforum eingeladen und alle zwei Jahre zu einem Energietag.

Wie Vorsitzender Kneidl darlegt, will sich die WestAllianz München künftig noch intensiver mit den Themenbereichen „Energie und Klima- und Naturschutz“ sowie „Mobilität“ befassen und sich auf entsprechende Projekte konzentrieren. Bei letzterem reichen die Ideen von der Förderung der E-Mobilität über weitere Verbesserungen des ÖPNV bis hin zu einem möglichen Radweg entlang der A 8 und einem S-Bahn-Nordring.

ottobahn

Interessant erscheint den Landkreis-Politikern neuerdings auch das Schienen- und Gondel-

Verleihung des niederbayerischen Integrationspreises 2020:

Wertschätzung für ehrenamtliches Engagement

Die Freiwilligen Agentur Landshut, das Kinder & Jugendtheater AMIKO des Pfarr-Caritas-Verbandes Pfarrkirchen e.V. und Alpha4u – Das Bildungsinstitut e.V. sind mit dem niederbayerischen Integrationspreis ausgezeichnet worden. Gewürdigt wurden damit Initiativen, die andere dabei unterstützen, Teil der Gemeinschaft zu werden. Regierungspräsident Rainer Haselbeck zufolge soll der Preis „eine Anerkennung für die Ausgezeichneten sein und ein Beispiel für möglichst viele andere“.

Das Projekt „Frauen für Frauen – Chancenpatenschaften in Landshut“ der Freiwilligen Agentur Landshut ermöglicht sogenannte Frauen-Tandems in Form kurzzeitiger Patenschaften. Ehrenamtlich unterstützen die Patinnen ihre Tandempartnerinnen bei der Bewältigung von Alltagsherausforderungen, wie etwa Begleitung bei Behördengängen, Unterstützung bei der Wohnungssuche, Hilfestellung bei der Erstellung von Bewerbungsunterlagen, aber auch der Aufbau eines sozialen Netzwerkes und gemeinsame Unternehmungen in der Freizeit spielen eine wichtige Rolle. 2019 konnten 50 Kurzzeitpatenschaften gestiftet werden, davon hatten 29 Prozent

der Patinnen selbst Migrationshintergrund.

Für das Projekt „Interkulturelle Erzählstunde“ wurde die Freiwilligen Agentur Landshut dieses Jahr auch mit dem Bayerischen Integrationspreis 2020 ausgezeichnet.

Das Kinder & Jugendtheater AMIKO des Pfarr-Caritas-Verbandes Pfarrkirchen e.V. bietet für Kinder ab dem Kindergartenalter aller Herkunftsländer kostenlos ein Kinder- und Jugendtheater an und fördert damit den Gemeinschaftssinn und die Kommunikationsfähigkeit der jungen Menschen. Außerdem arbeitet das Kinder- und Jugendtheater mit der Jugendgruppe des Schülerzentrums KRABAT zusammen

und entwickelt gemeinsam Bühnenstücke.

Alpha4u – Das Bildungsinstitut e.V. hat die Bewohnerinnen und Bewohner der Gemeinschaftsunterkunft Vilshofen dabei unterstützt, ehrenamtlich Masken zu nähen, sowohl für die Bewohner der GU als auch für die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde und Umgebung. 2.500 Masken konnten so gegen eine kleine Spende verteilt werden. Darüber hinaus setzt sich Alpha4u für Sprachkurse, Talentförderung und Persönlichkeitsentwicklung von Flüchtlingen und Migranten ein.

6.000 Euro Preisgeld

Das Preisgeld in Höhe von insgesamt 6.000 Euro stellt das Bayerische Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration für Menschen zur Verfügung, die sich besonders für die Unterstützung und Förderung von Menschen mit Migrationshintergrund einsetzen. DK

GZ

GESTERN hat mein Chef gesagt ...



„Welchen Wunsch zum neuen Jahr hatten Sie? Ich wünsche mir, dass wir am Ende des Jahres beim Wort „Corona“ wieder zuerst an ein mexikanisches Bier und beim Namen „Donald“ an eine Comic-Ente denken.“ Mein Chef, der Bürgermeister, brachte auf einen kurzen Nenner, was sich wohl viele Leute so oder so ähnlich bei der Rückschau auf 2020 dachten.

Bei der Sache mit dem Namen Donald haben wir glaube ich eine gute Chance, auch wenn derzeit der Mann, der noch ein paar Tage im Weißen Haus in Washington wohnen darf, die Welt weiter und tiefer in seinen Kosmos des Irrwitzes zieht. Immer noch schüttelt es einen, wenn man an die Freak-Parade aus Senioren-Bikern, QAnon-Scha-

Die Wissenschaft verspricht uns, dass uns eine Impfung wieder zurück zur Normalität bringt und, ehrlich gesagt, ich will einfach daran glauben. Corona nervt.

Aber es gibt etwas, das noch viel mehr nervt: Besserwisser. Damit meine ich nicht nur Dauertalkshowgäste, die aus einem lange zurückliegenden Medizinstudium die Befähigung ableiten, immer neue Bilder der Corona-Apokalypse zu malen, verbunden mit der Anregung, die Republik sollte jede Tätigkeit einstellen und sich in den unbegrenzten Winterschlaf begeben. Freiheitsrechte im Grundgesetz? War da was?

Die unerträglichste Besserwisseri kommt aber von denen in Politik und Medien, die schon immer gewusst haben, was für Impfstoffe man vorbestellen hätte sollen. Ich komme mir als Staatsbürgerin und Mediennutzerin nicht ernst genommen vor. Was waren denn im Herbst die Stars, die in aller Munde als potentielle Heilsbringer waren? CureVac und AstraZeneca! Bei CureVac ist die Bundesrepublik extra finanziell eingestiegen, um die Forschung abzuschließen und sich ein gutes Stück vom Kuchen zu sichern. Bei AstraZeneca hieß es, das Stöffchen kommt aus Oxford, das muss gut sein. Und warum nicht auch bei Sanofi ordern, einem der größten Player überhaupt? Für mich ist es bei der damaligen öffentlichen Diskussion erfreulich, dass die EU den Mut aufgebracht hat, so viel von BioNTech und Moderna zu bestellen. Das waren ja alles Blindeinkäufe, niemand wusste, wer als erster durchs Ziel geht.

Mein Chef, der Bürgermeister, ist wie immer Pragmatiker und hat nur den Ehrgeiz, das Impfen bei uns so effizient wie möglich zu organisieren, unabhängig, wer den Impfstoff liefert. Jeder der will, soll seinen Teil bekommen und keiner, der zweifelt, soll sich impfen lassen müssen. Aber ich kann es mir nicht verkneifen, ihm einen Satz von Lothar Späth mitzugeben. Der bezieht sich zwar auf die Kritiker der Wiedervereinigung vor 30 Jahren, kann aber auf jedes Ereignis übertragen werden, für dessen Bewältigung keine Blaupausen vorhanden sind: „Bei der nächsten Wiedervereinigung machen wir es besser“.

Ihre
Sabrina

Kosmos des Irrwitzes

manen und Zottelbärten denkt, die wie eine Horde Plünderer bei einem Strom-Blackout das amerikanische Parlamentsgebäude stürmen und sich völlig enthemmt in Sessel flegeln, Einrichtungen zertrümmern und Denkmäler schänden.

Was daran besonders traurig macht, ist die Tatsache, dass eine verblendete Masse in ihrer Wut über das Ergebnis einer demokratischen Wahl sämtlichen Autokraten des Erdballs Anlass zur Hämie gibt. In Teheran, Minsk und Peking feixen Leute, die Wahlen allerhöchstens als Feigenblatt für ihre totalitären Ansprüche abhalten. Dort wird friedlicher Protest auf den Straßen niedergeknüpelt und Widerworte führen ins Gefängnis. Eigentlich sollten wir in den westlichen Demokratien für diese Länder Vorbild und könnten für deren Völker Hoffnung sein. Das alles wird durch die Eitelkeit und den Narzissmus eines abgewählten Mannes konterkariert, der lieber schlichte Gemüter aufhetzt, als eine Wahlniederlage zuzugeben. Aber über dies alles wird die Geschichte hinweggehen – sicherlich noch dieses Jahr.

Was garantiert nicht so leicht gelingen wird, ist das Abschütteln des Corona-Albtraums. Wir hangeln uns jetzt seit letztem März von Lockdown zu Beschränkungen, von Zumutung zu Geduldprobe und was macht das Virus? Es mutiert und wird immer noch ansteckender.

konzept des Mobilitäts-Startup ottobahn. Johannes Kneidl hatte die Gelegenheit, auf Initiative von Dachaus Landrat Stefan Löwl gemeinsam mit einer Delegation aus Politik und Verwaltung das junge Unternehmen im Münchner Süden zu besuchen und auf der Teststrecke eine Runde zu drehen.

Mit seinem neuartigen Transportsystem will das 2019 gegründete Startup eine revolutionäre Antwort auf die Fragen zur nachhaltigen Mobilität von morgen geben. Mit vollautoma-

tisierten, miteinander koppelbaren Gondeln sollen künftig Personen und Güter kostengünstig, schnell und zuverlässig transportiert werden. Die ottobahn kehrt dabei mit hängenden Kabinen, die sich mit einem Elektromotor selbstständig an Schienen in ca. fünf bis zehn Metern Höhe fortbewegen. Kommt es zum Ein-/Aussteigen oder Ein-/Ausladen, wird die Gondel nach unten gelassen. Im Endausbau soll die ottobahn dann app-basiert individuelle Mobilitätswünsche von A nach B erfüllen.

Für Kneidl ist dieses Konzept „eine geniale Idee“. Er könne sich gut vorstellen, dass die erste ottobahn entlang der A8 verläuft: „Von Pasing über Bergkirchen nach Sulzemoos, über Odelzhausen und mit einer in diesem System unkomplizierten möglichen Anbindung von Pfaffenhofen an der Glonn bis nach Dasing oder Gersthofen.“ Die WestAllianz München sei jedenfalls mit dem Vorhaben einverstanden und werde das Thema unter Einbindung politischer Mandatsträger weiterverfolgen. DK

FAHNEN KÖSSINGER

Alles für Städte und Gemeinden
Für den perfekten Auftritt Ihrer Kommune

www.fahnen-koessinger.de/shop • Telefon: 09451 9313-0
facebook.de/fahnenkoessinger @instagram.de/fahnenkoessinger

„Heimat ist das, was da ist“

Bernhard Springer will heuer ein neues Geschichtsprojekt starten

Auch zwischen den Jahren hat Bernhard Springer viel Zeit am Computerbildschirm verbracht. „Ich bereite gerade ein neues Projekt vor“, verrät der Kreisheimatpfleger aus Amorbach. In diesem Projekt geht es um das, was die Kulturlandschaft im Landkreis Miltenberg prägt – und zwar in völlig unspektakulärer Weise. „Das können Flurkreuze, Viehwaagen, Kilometersteine, Milchhäuschen oder Dorfsteine sein“, sagt der 52-Jährige, der Mitstreiter sucht, um heuer solche Kulturzeugnisse der Heimat zu dokumentieren.

Angeblich, hört Bernhard Springer immer wieder, lässt die bindende Kraft der Heimat in geradezu erschreckender Weise nach. Doch stimmt das wirklich? Der Mittelschullehrer, der vor fünf Jahren das Amt des Kreisheimatpflegers übernahm, hält diese kulturpessimistische Klage für ein Gerücht. „Ich beobachte eher, dass die Heimatverbundenheit wächst“, sagt er. Immer mehr Menschen haben genug von jener Gleichmacherei, die fast allen Innenstädten ein ähnliches, monotones Gepräge gibt. Sie sehnen sich nach Unvergleichbarem. Nach etwas, mit dem sie sich identifizieren

können. Mit sterilen Glaspalästen kann man das kaum.

Für dieses Jahr würde sich Bernhard Springer vor allen Dingen wünschen, dass sich die Geschichtsvereine im Kreis stärker für Kinder- und Jugendarbeit engagieren. Sein neues Projekt wäre ideal für Jugendarbeit geeignet. Welches Abenteuer verspricht es zum Beispiel, alte Eiskeller von Brauereien zu untersuchen. In Amorbach gibt es solche Keller entlang der Kirchzeller Straße. Wer hat sie gebaut? Wie wurden sie genutzt? Springers Wunsch wäre es, dass Geschichtsvereine Kinder- und Jugendgruppen gründen, in de-

nen junge Menschen solchen Fragen nachgehen.

Nicht zuletzt weil es reichlich abstruse Vorstellungen von „Heimat“ gibt, wäre Kinder- und Jugendarbeit wichtig. Heimat, laut Springer, heißt z.B. absolut nicht: Hier hat Fremdes nichts verloren! Im Gegenteil. Immer wieder bereichert Neues die Heimat. Sonst wäre Heimat auch irgendwann etwas Totes. „Alles, was da ist, und jeder, der da ist, gehört zur Heimat“, betont Springer mit Blick auf jene Menschen, die ihre eigene Heimat verlassen mussten und neu in den Landkreis gezogen sind. Gerade für Kinder aus Flüchtlingsfamilien wäre es hervorragend, könnten sie über die Jugendarbeit des örtlichen Geschichtsvereins in ihre neue Heimat hineinwachsen.

Weinbergsmauern und Totenwege

Zeugnisse der Vergangenheit sind überall in Miltenberg sehr zahlreich. Man muss nur die Augen aufmachen. Genau hinschauen. „Auch die Weinbergsmauern sind typische Beispiele einer früheren Kulturlandschaft“, sagt Springer. Noch unauffälliger sind sogenannte Totenwege. Auf solchen Wegen wurden Verstorbene zum Friedhof getragen. Früher, als

das Dorf Zittenfelden, heute ein Ortsteil von Schneeberg, keinen eigenen Friedhof hatte, wurden die Leichen auf so einem Totenweg nach Amorbach gebracht. Vor allem solche kaum ins Auge springenden Kulturdenkmäler müssten dokumentiert werden: „Sonst weiß man in 50 Jahren überhaupt nicht mehr, dass so etwas existierte.“

Kapelle Amorbach

Es lohnt sich auf alle Fälle, die Augen offen zu halten und das, was einem beim Spaziergang durchs Dorf begegnet, genau zu betrachten. Denn bei intensiver Beschäftigung entpuppen sich vermeintlich tote Dinge plötzlich als überaus lebendig – und voller spannender Geschichten. Bernhard Springer hat dies soeben selbst erlebt, als er sich mit der Kapelle Amorsbrunn in Amorbach befasste. Das tat er so intensiv, dass daraus ein Buch entstand. Soeben hat der Kreisheimatpfleger das Manuskript fertig gestellt. Erscheinen wird das Werk im Juni.

Nicht nur die Kapelle, sondern vor allem die Wasserquelle, die unter der Kapelle entspringt, zieht laut Springer Tag für Tag Menschen an. Das Wasser galt in früheren Zeiten als heilkräftig und gut für die Fruchtbarkeit. Frauen, die ein Kind haben wollten, tauchten deshalb ins Quellwasser ein. „Bis heute gibt es Menschen, die sogar weite Strecken auf sich

ONLINE-Fachgespräch
25.01.2021 | 19 Uhr

ICH MUSS DANN MAL LÄNGER WEG!

Eine Vertretungsregelung und weitere Vorschläge zur Stärkung des kommunalen Ehrenamtes

mit **Johannes Becher, MdL** Kommunalpolitischer Sprecher und **Stephanie Jicha** Grüne Vizepräsidentin des Tiroler Landtages

Anmeldung und Infos unter www.gruene-fraktion-bayern.de/termine

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
LANDTAG BAYERN

nehmen, um sich alle sechs bis acht Wochen hier Wasser zu holen, weil sie darauf schwören, dass es eine Wirkung hat“, erzählt Springer. Auf den Körper. Oder auf Dinge: „Ich habe zum Beispiel schon die Aussage gehört, dass Kartoffeln nur dann richtig gut sind, wenn sie mit diesem Wasser gekocht werden.“ **Pat Christ**

Vorschau auf GZ 3

In unserer Ausgabe Nr. 3, die am 28. Januar 2021 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunale Finanzthemen
- Wasser · Abwasser
- Kommunaler Bau
- Gestaltung öffentlicher Räume
- Freizeitanlagen · Tourismus

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG



Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-23

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com

ERLUS
Qualität aus Deutschland

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE

Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etsb.de

Energiedienstleistung

erdgas schwaben
sicher, günstig, nah

erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

LASSEN SIE UNS DER FORSTWIRTSCHAFT EINE ZUKUNFT GEBEN **juwi**

Windenergieprojekte generieren verlässliche Einnahmen für den anstehenden Waldumbau. Sie möchten uns Ihre Forstfläche für Windenergieprojekte verpachten? Melden Sie sich.

juwi AG · Simone Brunswig · 06732/9657-2328 · energieprojekte@juwi.de · www.juwi.de

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG



Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-23

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbehain 23 · D-84069 Schierling
Tel: 09451 93130 · www.fahnenkoessinger.de

Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Informationssicherheit / Datenschutz

Daten schützen.

> 50 erfolgreich realisierte Projekte

DSGVO
BayDSG
ext. DSB
ext. ISB
ISIS12
Schulungen
eLearning

www.Mein-Datenschutzberater.de

Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.

Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.

www.schweitzer-online.de **schweitzer**
Fachinformationen

Abonnieren Sie unseren

KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung

www.bayerngrund.de **Bayern Grund**

Kommunale IT

www.akdb.de

GZ auf folgenden Social Media Kanälen:



Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

www.bayernlabo.de **Bayern Labo**

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthäuser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthäuser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

SEW

HYGIENISCH EINWANDFREIE WÄRMERÜCKGEWINNUNG

✓ 100% Außenluft umluftfrei
✓ betriebssicher
✓ energieeffizient

Vorteile für Ihre Lüftungsanlage:

- + keim- und schadstoffübertragungsfreie Wärmerückgewinnung durch getrennte Luftströme
- + Ersatzleistung für Heizkessel, Kältemaschine und Rückkühlwerk
- + kurze Amortisation, sicherer Betrieb
- + Neubau oder Sanierung im Bestand
- + Wegfall von Rückkühlwerken möglich

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):

Kliniken in Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Murnau, Schweinfurt • Universitäten in Regensburg und Würzburg • FH Aschaffenburg • Saturn Arena Ingolstadt • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, O2-Tower, The Charles Hotel, TUM, Villa Stuck • div. Polizeistationen etc.

SEW® GmbH | 47906 Kempen | Tel. 02152 91560
www.sew-kempen.de

Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN
www.baustoffrecycling-bayern.de

Messenger-Dienste

Aktuelle Infos über kommunale Neuigkeiten – direkt auf Ihr Handy:



Sitzmöbelhersteller

KRENZER
Wir gestalten Räume.

Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelfabrik
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Klimaanlage

LRS
Lüftungs-Reinigungs-Service

„Wenn wir gehen ist die Luft rein!“

Wartung und Reinigung von:
• Lüftungsanlagen nach DIN 18017 Teil 1 u. 3
• Prozesslufttechnische Anlagen
• Kontrollierte Wohnraumlüftung

DLW

Lüftungs-Reinigungs-Service Franz Sedlmeier GmbH
Wolfratshäuser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
eMail: info@l-r-service.de
Internet: www.l-r-service.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Veranstaltungsort

die Veranstaltung wird digital via Webex durchgeführt

Termin

Dienstag, 2. Februar 2021, 15⁰⁰ Uhr bis 16³⁰ Uhr

Veranstalter

MigraNet – IQ Netzwerk Bayern
und die Landkreise München und Starnberg
Mit freundlicher Unterstützung
des Bayerischen Integrationsministeriums
in Partnerschaft mit dem Bayerischen Landkreistag
Organisation: Bayerische GemeindeZeitung
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH, Geretsried

Tagungsbeitrag

Die Teilnahme ist kostenfrei

Link zur Teilnahme am Bayerischen FachkräfteForum

<https://t1p.de/b3ug>

Für Rückfragen

Angelina Harutunian
Landratsamt München, Fachbereich 3.1.1 - Bildung und MINT
Frankenthaler Str. 5-9
81539 München
Telefon: 089 / 6221-1677
Fax: 089 / 6221 44-1677
angelina.harutunian@lra-m.bayern.de
<http://www.landkreis-muenchen.de>

Annette von Nordeck
gwt Starnberg GmbH | Wirtschaftsförderung
Gesellschaft für Wirtschafts- und Tourismusedwicklung
im Landkreis Starnberg mbH
Kirchplatz 3
82319 Starnberg
Tel: +49 8151 / 90 60 -18
Fax: +49 8151 / 90 60 -580
info@starnbergammersee.de
nordeck@starnbergammersee.de
www.starnbergammersee.de



Bayerisches Staatsministerium des
Innern, für Sport und Integration



Landkreis
München



Netzwerk
Bayern



www.gemeindezeitung.de



Online-Veranstaltung:

Bayerisches FachkräfteForum

Strategien zur Gewinnung von Fachkräften
mit Migrationshintergrund in den
Landkreisen München und Starnberg

Dienstag, 2. Februar 2021, 15⁰⁰ bis 16³⁰Uhr

Das Förderprogramm „Integration durch Qualifizierung (IQ)“ wird durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales gefördert.



Bundesministerium
für Arbeit und Soziales

In Kooperation mit:



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung



Bundesagentur
für Arbeit



Landkreis
München



Programm:

Die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Bayern hängt in entscheidendem Maße davon ab, wie gut es gelingen wird, die Fachkräftebasis in allen Regionen des Freistaats zu sichern.

Die globale Bedrohung durch das Corona-Virus hat die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in jüngster Zeit gravierend verändert. Gleichwohl haben nach wie vor zahlreiche Unternehmen und teilweise komplette Wirtschaftszweige große Schwierigkeiten, geeignete Fachkräfte zu finden. Ein zu berücksichtigender Faktor ist dabei auch, dass der demografische Wandel sich künftig weiter verstärken wird.

Gemeinsam mit dem Bayerischen Landkreistag laden MigraNet – IQ Netzwerk Bayern und die Bayerische Gemeindezeitung mit freundlicher Unterstützung des Bayerischen Integrationsministeriums zum Bayerischen FachkräfteForum „Strategien zur Gewinnung von Fachkräften mit Migrationshintergrund“ in jeden Regierungsbezirk ein.

Mit unserer Veranstaltungsreihe vertiefen wir das Thema „Fachkräftegewinnung vor Ort“ und zeigen Strategien zur Gewinnung von Fachkräften mit Migrationshintergrund auf. Die Veranstaltungsreihe ermöglicht die gezielte Kommunikation relevanter Akteure vor Ort mit ausgewiesenen Fachleuten.

Das Thema Fachkräfteeinwanderung sowie die Chancen des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes werden ebenso erläutert wie die Anerkennung ausländischer Abschlüsse, Spracherwerb und Arbeitsrecht.

Die Veranstaltung richtet sich an Arbeitgebende, Personalverantwortliche, Mitglieder von Betriebs- und Personalräten sowie Verantwortliche in den Kommunen.

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme.

- 15⁰⁰ **Anmoderation**
Anne Güller-Frey
mit Hinweisen zum Ablauf;
insbesondere zur Technik
- 15¹⁰ **Grußworte**
Landrat Christoph Göbel und Landrat Stefan Frey
- 15²⁰ **Keynote iab –**
Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung
Fachkräfte gesucht? Welche Möglichkeiten bietet das Fachkräfteeinwanderungsgesetz?
Philipp Jaschke, iab
- 15³⁵ **Fachkräfteeinwanderungsgesetz:**
Chancen, Herausforderungen und praktische Umsetzung (Welche Prozessabläufe haben sich bereits eingespielt, welche Akteure sind involviert)
Martin Walter, MigraNet – IQ Netzwerk Bayern
- 15⁵⁰ **Schulungsangebote zum Thema „Anerkennung von ausländischen Qualifikationen“ – Unterstützung für die Arbeitgeber**
Dr. Martina Müller-Wacker, Global Competences
- 16⁰⁰ **Expert*innen der Ausländerbehörden, der Agentur für Arbeit und der Kammern stehen im Anschluss für Fragen zur Verfügung**
Teilnehmer*innen werden entsprechend ihrer Ortsangabe zugeteilt
- Raum 1, Landkreis München**
Moderation: **Martina Neubauer, Angelina Harutunian**
- Raum 2, Landkreis Starnberg**
Moderation: **Annette von Nordeck, Anne Güller-Frey**

Wichtiger Hinweis: Ihre Fragen stellen Sie bitte während des FachkräfteForums über die Chat-Funktion.

MigraNet – IQ Netzwerk Bayern

Das Förderprogramm „Integration durch Qualifizierung (IQ)“ zielt auf die nachhaltige Verbesserung der Arbeitsmarktintegration von Erwachsenen mit Migrationshintergrund ab. Das Programm wird durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) gefördert. Partner in der Umsetzung sind das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und die Bundesagentur für Arbeit (BA).

Folgen Sie MigraNet

Internet: www.migranet.org

Facebook: <https://fb.com/migranet.bayern>

Newsletter: <https://www.migranet.org/newsletter>

Folgen Sie der Bayerischen Gemeindezeitung

Die Bayerische Gemeindezeitung beliefert zwei Mal im Monat die kommunalen Entscheiderinnen und Entscheider mit Fachinformationen.

Additiv zu unserer Zeitung erreichen Sie uns über folgende Kanäle:

Newsletter: www.gemeindezeitung.de/newsletter/

Messenger: www.gemeindezeitung.de/messenger/

Lesen Sie die Neuigkeiten direkt auf dem Handy und abonnieren Sie unseren Kanal auf Notify, Telegram, Facebook-Messenger oder Whatsapp.

Instagram: [bayerische_gemeindezeitung](https://www.instagram.com/bayerische_gemeindezeitung)

Facebook: [GZaktuell](https://www.facebook.com/GZaktuell)

Twitter: [GZ_AKTUELL](https://twitter.com/GZ_AKTUELL)

Xing: [verlagbayerischekommunalpresseghmbhbayerischegemeindezeitung](https://www.xing.com/profile/verlagbayerischekommunalpresseghmbhbayerischegemeindezeitung)

LinkedIn: [verlag-bayerische-kommunalpresse-gmbh-bayerische-gemeindezeitung](https://www.linkedin.com/company/verlag-bayerische-kommunalpresse-gmbh-bayerische-gemeindezeitung)

Youtube: [gemeindezeitung](https://www.youtube.com/channel/UC...)